



130. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. April 2018, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 11659

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Hermann Imhof 11659

Mitteilung betr. Neubesetzung im
Landesgesundheitsrat..... 11712

Mitteilung betr. Neuwahl des Vorsitzenden des
Dienstrechtsausschusses..... 11712

Bekanntgabe gem. § 26 Abs. 2 betr. Umbesetzung
im Ältestenrat, in der Richter-Wahl-Kommission und
in den Ausschüssen (s. a. Anlage 2)..... 11712

Bekanntgabe der Neuwahl der Abgeordneten
Tobias Reiß und **Alexander König** zu
stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion.....
11712

Mitteilung betr. Verschiebung des
Tagesordnungspunktes 4 b (Drs. 17/21510)..... 11714

Mitteilung betr. Verschiebung der
Tagesordnungspunkte 4 e (Drs. 17/21571), 4 f
(Drs. 17/21572) und 4 g (Drs. 17/21584)..... 11725

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Das Beste für Bayern"

Ministerpräsident Dr. Markus Söder..... 11659 11662
11667
Natascha Kohlen (SPD)..... 11672
Thomas Kreuzer (CSU)..... 11681
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 11689
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 11697
Claudia Stamm (fraktionslos)..... 11704

Tobias Reiß (CSU)..... 11705
Alexander Muthmann (fraktionslos)..... 11709

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)

Beschluss..... 11710

Bestellung
neuer Mitglieder und eines stellvertretenden
Mitglieds sowie eines stellvertretenden Vorsit-
zenden der Enquete-Kommission "Integration
in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben"

Beschlüsse..... 11711

Wahl
eines stellvertretenden Mitglieds des Parla-
mentarischen Kontrollgremiums

Wahl..... 11711

Wahl
eines Maßregelvollzugsbeirats

Wahl..... 11711

Bestellung
eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-
Kommission des Bayerischen Landtags

Beschluss..... 11711

Bestellung**eines Mitglieds des Parlamentarischen Beirats
der Bayerischen Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit**

Beschluss..... 11712

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Stefan Schuster, Horst Arnold u. a.
und Fraktion (SPD)**zur Änderung des Bayerischen Personalvertre-
tungsgesetzes (Drs. 17/21480)**

- Erste Lesung -

Stefan Schuster (SPD)..... 11712

Wolfgang Fackler (CSU)..... 11714

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 11715

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 11716

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 11717

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**für ein Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-
Gesetz (Drs. 17/21573)**

- Erste Lesung -

Staatsministerin Melanie Huml..... 11717

Staatsministerin Kerstin Schreyer..... 11718

Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 11719

Bernhard Seidenath (CSU)..... 11720 11722

Kerstin Celina (GRÜNE)..... 11722

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER)..... 11722

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 11724

Claudia Stamm (fraktionslos)..... 11725

Verweisung in den Gesundheitsausschuss..... 11725

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreu-
zer, Tobias Reiß, Karl Freller u. a. und Fraktion
(CSU)**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
(Drs. 17/21586)**

- Erste Lesung -

Verweisung in den Innenausschuss..... 11725

Schluss der Sitzung..... 11725

(Beginn: 13.04 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 130. Vollsitzung des Bayerischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde auch wie immer erteilt. Ich darf noch darauf hinweisen, dass der Bayerische Rundfunk die anschließende Regierungserklärung und die Aussprache live überträgt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einen Glückwunsch aussprechen: Am 16. April feierte unser Kollege Hermann Imhof einen halbrunden Geburtstag. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch, alles Gute und vor allen Dingen auch Gesundheit!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich auch noch unsere Gäste ganz, ganz herzlich begrüßen, die auf der Ehrentribüne Platz genommen haben.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Das Beste für Bayern"

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Bitte schön.

(Beifall bei der CSU)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Staatsregierung möchte Ihnen heute ein Programm vorstellen, das Anspruch hat und Haltung zeigt. Heute geht es nicht um die Welt, heute geht es nicht um Europa; heute geht es um Bayern und seine Stellung. Dieses Regierungsprogramm ist Bayern pur, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die zentrale Frage lautet: Wie kann Bayern die Digitalisierung und die Globalisierung erfolgreich gestalten, aber gleichzeitig seine Eigenständigkeit und seine Seele bewahren? – Wir wollen – das ist unser Anspruch – modern sein und bayerisch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir managen die Zukunft und kümmern uns um die Probleme eines jeden Einzelnen. Machen und kümmern um die großen Linien und die kleinen Sorgen, das ist unsere Philosophie. Man kann auch sagen: Wir wollen die Menschen in Bayern nicht belehren, sondern wir wollen ihnen helfen. Das ist unser Anspruch für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist der Stand heute? Bayern erlebt goldene Zeiten. Bayern ist stark, Bayern wird größer, Bayern ist solide, und Bayern ist sehr sicher. Bei uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Welt noch in Ordnung, und sie soll es auch bleiben. Dies alles verdanken wir der täglichen Arbeit der Bürgerinnen und Bürger, der Leistungskraft unserer Unternehmen und dem großartigen ehrenamtlichen Engagement in Bayern. Ein herzliches Vergelt's Gott dafür.

(Beifall bei der CSU)

Bayern hat es aber auch gutgetan, dass wir immer entscheidungsfähig waren. Deswegen ist für uns eines klar: Wir wollen keine weitere Zersplitterung der politischen Landschaft, wir wollen keine endlosen Streitereien in einer Regierung, wir in Bayern setzen auf Stabilität und Sicherheit. Kurz, wir wollen Bayern und keine Berliner Verhältnisse in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Bayern geht es also super. Aber nicht allen im Land geht es super. Bayern ist besser als alle anderen; aber es kann noch deutlich besser werden. Deswegen wollen wir nicht einfach nur das Maximale, sondern das Beste für Bayern und das Beste für die Menschen.

Wie ist unser Weg? – Wir haben Prinzipien. Bayern ist weltoffen und traditionell zugleich. Wir schauen in die Welt hinaus und pflegen bayerisches Brauchtum und unsere christlich-abendländisch geprägte Kultur.

Wir setzen auf einen starken und liberalen Staat zugleich. Ein Staat muss stark sein, wenn es um Schutz geht; aber er muss liberal sein, wenn es um Freiheit geht. Unser Motto lautet: Leben und leben lassen. Unser Ziel ist, dass wir den Menschen Anreize geben, ihr Leben zu gestalten, und sie nicht ständig mit Verboten traktieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern soll sich Leistung lohnen; denn von nichts kommt nichts. Wir bekennen uns daher in unserem Land zu Leistung und Eigentum. Wir setzen auf Eigentum statt auf sozialistische Umverteilung.

(Beifall bei der CSU)

Und: Stadt und Land Hand in Hand. Wir wollen ländliche Räume weiter fördern, weil wir der festen Überzeugung sind, dass der ländliche Raum kein Museum ist. Der ländliche Raum ist Zukunftsraum. In den Städten wollen wir ein sensibles Wachstum, um – das ist ganz entscheidend – in unserem Land das Leben

auch für Normalverdiener und die Mittelschicht erschwinglich zu halten. Wir glauben fest daran, dass es in der politischen Diskussion nicht nur Arm und Reich geben kann. Wir müssen uns auch um die kümmern, die durch harte tägliche Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass unser Land stark und besser wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesen Überzeugungen und aus diesen Haltungen folgen Handlungen. Das ist der Zehn-Punkte-Plan für Bayern:

Erstens. Wir bauen Sicherheit aus und stärken den Rechtsstaat. Bayern ist human. Kein anderes Land in Deutschland hat so viel für Flüchtlinge geleistet wie wir. Das war christlich und sozial zugleich. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass bei diesem Thema die Balance stimmen muss. Wir können auf Dauer nicht mehr Geld für Asyl und Integration ausgeben als für die Etats ganzer Ministerien zusammen. Das kann auf Dauer so nicht bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ausdrücklich: Wir helfen anderen gern; aber wir dürfen darüber die einheimische Bevölkerung nicht vergessen. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der CSU)

Unser Rechtsstaat muss im Kleinen wie im Großen funktionieren. Wer anerkannter Asylbewerber ist, bekommt Startchancen wie in kaum einem anderen Land der Welt. Wer aber nach einem rechtsstaatlichen ordentlichen Verfahren kein Bleiberecht hat, der muss in seine Heimat zurück. Wir müssen die Zahl der Rückführungen deutlich erhöhen. Sonst untergraben wir das Vertrauen in den Rechtsstaat. Besonders klar sage ich: Wer Gewalt ausübt, unsere Bürger angreift oder unsere Gesellschaftsordnung bewusst und gewaltsam verändern will, der muss mit der ganzen Konsequenz des Rechtsstaates rechnen. So jemand muss das Land verlassen, und zwar rasch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Um die Sicherheit zu verbessern, richten wir daher die Bayerische Grenzpolizei mit insgesamt 1.000 Stellen wieder ein. Das ist mehr als nur Schleierfahndung plus. Mit der Grenzpolizei und neuer Drohnentechnik sichern wir den gesamten Grenzraum in Bayern und wappnen uns gegen illegale Einwanderung. Als Zentrale werden wir die neue Direktion der Bayerischen Grenzpolizei bereits zum 1. Juli in Passau einrichten.

Ich sage Ihnen eines: Die Bayerische Grenzpolizei ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal in Deutschland, um das uns noch viele beneiden werden. Das gibt es nur bei uns.

(Beifall bei der CSU)

Aber nicht nur der Grenzraum soll sicher sein und sicherer werden. Unsere Polizei leistet überall im Land großartige Arbeit. Ich möchte hier im Namen aller ein aufrichtiges Dankeschön den Frauen und Männern sagen, die sich bei der Polizei für unsere Sicherheit einsetzen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Um die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu unterstützen und die Sicherheit zu verbessern, wollen wir noch mehr Polizeipräsenz vor Ort und auf der Straße. Zusätzlich zu den bereits 2.000 beschlossenen Stellen für Polizisten schaffen wir daher weitere 1.000 Stellen, die – das ist unser Ziel – über alle Inspektionen und nicht in den Präsidien verteilt werden. Unser Ziel ist dezentrale Versorgung überall im Land statt zentraler Versorgung.

(Beifall bei der CSU)

Damit richten wir in den nächsten Jahren insgesamt bei Grenzpolizei und Polizei über 3.500 Stellen neu ein. Zum Vergleich: Auf Bundesebene sollen die Länder insgesamt 7.500 neue Stellen schaffen. Wir in Bayern stemmen von diesen 7.500 für alle Länder alleine 3.500. Das heißt, Bayern schafft fast die Hälfte dessen, was alle anderen Länder insgesamt schaffen sollen. Eines kann man für Deutschland schon sagen: Wenn alle so entschlossen wären wie Bayern, wäre unser Land sicherer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Polizei muss dort sein, wo Gefahr droht. Deswegen werden wir vor allem die Polizeipräsenz an öffentlichen Plätzen, im Umfeld der Bahnhöfe und in den U-Bahn-Zwischengeschoßen ausbauen. Außerdem werden wir auch neue Wege gehen bzw. alte reaktivieren: Wir werden für jede Großstadt in Bayern eine Reiterstaffel der Polizei einrichten und in München sogar eine zweite.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hoffentlich habt ihr genug Pferde!)

Das ist keine Nostalgie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und auch Hafer!)

Mit insgesamt 200 Polizeipferden – in anderen Ländern ist das übrigens sehr erfolgreich – sorgt die berittene Polizei für eine ganz andere Sichtbarkeit und für einen ganz anderen Respekt vor der Polizei im öffentlichen Raum. Ich sage Ihnen eines: Die berittene Polizei ist unsere "Bayerische Kavallerie".

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Super!)

Diese wollen wir auch unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Um Asylverfahren zu verkürzen und schneller abschließen zu können, gründen wir ein Landesamt für Asyl, unser Bayern-BAMF, mit insgesamt rund 1.000 Mitarbeitern und Sitz in Manching. Wir bündeln dort die gesamten Zuständigkeiten innerhalb der Staatsverwaltung und beschleunigen das Zusammenwirken von Kommunen und Land. Auch hier reden wir nicht nur, sondern handeln: Zum 1. August nimmt das Landesamt seine Arbeit auf.

Um Asylverfahren zu beschleunigen, werden insgesamt 100 neue Verwaltungsrichter eingestellt. Neben den bisher bestehenden Abschiebebehörden in Eichstätt und in Erding richten wir zusätzlich eine Abschiebebehörde in Hof ein. Denn eines muss ganz klar sein: Wer sich der Abschiebung bewusst und rechtswidrig widersetzt, muss konsequent mit Abschiebehaft rechnen. Auch das ist ein wichtiges Signal der Rechtsstaatlichkeit in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir bündeln bestehende Programme für die freiwillige Ausreise, um diesen Prozess deutlich effektiver zu unterstützen; denn freiwillige Ausreise und Abschiebung gehören im Endeffekt zusammen. Wir stellen von finanziellen Zahlungen auf Sachleistungen um, wo dies nur irgendwie möglich ist. Wir wollen – auch das ist ein klares Signal – Menschen gerne helfen, aber wir wollen keine falschen Anreize zur Zuwanderung setzen. Asyl darf im Endeffekt kein Einkommen sein, sondern muss eine Hilfe sein.

(Beifall bei der CSU)

Damit die Polizei nicht allein bleibt, unterstützen wir auch die Justiz. Wir werden daher 100 Stellen für Gerichte und Staatsanwaltschaften und 100 Stellen für den Justizvollzug schaffen. Und, das ist neu: Um die Eigenständigkeit der bayerischen Justiz zu stärken, werden wir das Bayerische Oberste Landesgericht

wieder einrichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Sein Sitz ist in München;

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ausgerechnet in München!)

die bestehenden Senate in Nürnberg und Bamberg bleiben. Eines sage ich Ihnen: So wie die Grenzpolizei ist auch dieses Gericht ein klares Signal: Ein Oberstes Landesgericht gibt es wieder nur in Bayern und sonst nirgendwo.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Der Anti-Stoiber! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann schaffen wir auch gleich eine eigene Währung: den Bayern-Schilling! – Zuruf von den GRÜNEN: Söder-Euro! – Glocke der Präsidentin)

– Ich freue mich, dass es bei Herrn Aiwanger noch Emotionen gibt.

Zweitens. Wir schaffen Modernität durch Digitalisierung. Neben der Migration ist die Digitalisierung die größte gesellschaftliche Herausforderung. Wir werden Bayern zu einem der modernsten Länder in Europa machen. "Made in Bavaria" ist digital. Daher haben wir erstmals in der Staatsregierung einen eigenen Staatsminister für Digitalisierung eingesetzt. Grundlage ist aber die Infrastruktur. Bis 2025 werden wir alle Haushalte in Bayern an das Gigabit-Netz anschließen. Wir werden die Mobilfunkversorgung deutlich verbessern müssen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Müssen!)

Dazu werden wir bis 2020 zusätzlich 1.000 Mobilfunkmasten aufstellen und einen Mobilfunkpakt mit der Wirtschaft und den Kommunen schließen. Außerdem wollen wir Bayern zu einer Modellregion für 5G machen.

Auch unsere Verwaltung soll komplett digital werden. Das "digitale Rathaus rund um die Uhr und an jedem Ort" soll als Erstes in Bayern entstehen. Bei diesem Umstellungsprozess unterstützen wir unsere Kommunen in den nächsten Jahren mit insgesamt 100 Millionen Euro, und – auch das ist neu – wir beginnen mit Blockchain in der Staatsverwaltung.

Besonders wichtig ist uns aber die digitale Bildung. Sie fängt in der Schule an. Wir brauchen mehr Tablets und weniger Büchertaschen. Wir erhöhen die bisheri-

ge finanzielle Förderung deutlich und wollen damit insgesamt 50.000 digitale Klassenzimmer entwickeln. Bildung ist aber nicht nur eine Frage der Schule, sondern auch eine Frage der Menschen, die heute im Arbeitsprozess stehen. Mir ist es ganz wichtig, dass alle an der digitalen Revolution teilhaben können. Deswegen fördern wir besonders Arbeitnehmer bei der Weiterbildung. Wir etablieren eine digitale Weiterbildungsförderung. Wir werden sogenannte Bildungsschecks von maximal 500 Euro für Mitarbeiter kleinerer Unternehmen bereitstellen. Wir setzen gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern digitale Bildungsberater ein und garantieren den Digitalbonus für die gesamte nächste Legislaturperiode.

Für Unternehmen – auch das ist einzigartig – ist Datensicherheit besonders wichtig. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sind sich unsicher, wie es mit der Datensicherheit weitergeht. Daher entwickeln wir als erstes Bundesland für solche Unternehmen eine "Bayern-Cloud". Damit können sensible Unternehmensdaten gesichert und geschützt werden. Meine Damen und Herren, das ist Bayern. Wir belasten die Unternehmen nicht, sondern wir helfen ihnen bei der Umstellung auf Digitalisierung.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Bayern muss Zentrum der deutschen Forschungsavantgarde bleiben. Wer sich ausruht, fällt zurück. Fortschritt heißt, sich immer weiter zu entwickeln. Wir haben dabei auch den Mut zu langfristigen, futuristischen Vorgaben.

Meine Damen und Herren, wir werden die Luft- und Raumfahrt wieder zu einer bayerischen Schlüsseltechnologie machen. Für die Raumfahrt gründen wir eine eigene Fakultät an der TU in Ottobrunn. Im Mittelpunkt steht dabei ein neues bayerisches Raumfahrtprogramm: "Bavaria One". Ziele sind die Entwicklung unbemannter, suborbitaler Flugkörper, Erdbeobachtung und Quantensensorik.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich dachte schon, Sie wollten zum Mond fliegen! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger!

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Wer sich über Zukunft lustig macht, versündigt sich an dem Land.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir machen uns über Sie lustig!)

Ohne Zukunft hat Bayern, haben die jungen Menschen in Bayern keine Chance. Wir setzen auf die Zukunft. Wir leben nicht in der Vergangenheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ein weiteres Thema der Zukunft ist die Computertechnologie. Gemeinsam mit dem Bund wird derzeit in Garching einer der stärksten Hochleistungsrechner gebaut. Doch dies ist nur eine Momentaufnahme. Die Computertechnologie entwickelt sich von einem Jahr zum nächsten unglaublich rasant. Daher werden wir schon jetzt beginnen, einen besseren Rechner mit der 150-fachen Rechenleistung zu entwickeln. Dieser neue bayerische Supercomputer liegt dann an der Weltspitze.

Nach vielen Gesprächen mit Wissenschaftlern gehen wir noch einen Schritt weiter: Wir beginnen mit der Entwicklung eines sogenannten Quantencomputers. Quantencomputer – das sind die Computer von übermorgen. Meine Damen und Herren, dahinter steht unser Anspruch: Wir wollen nicht mit Bremen oder Berlin konkurrieren, sondern mit dem Silicon Valley. Das ist unser Ziel, und das schaffen wir damit.

(Beifall bei der CSU)

Zukunft ist auch die künstliche maschinelle Intelligenz – eine der absoluten Schlüsseltechnologien. Bayern liegt insoweit ganz gut, kann aber noch viel besser werden. Wir gründen daher das Kompetenznetzwerk "Künstliche maschinelle Intelligenz". Es besteht aus zahlreichen Hochschulen: denen in München, Erlangen, Würzburg, Augsburg, Bayreuth, Ingolstadt und Weiden. Wir schaffen damit einen Verbund, der auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig ist.

Daneben ist die Medizinforschung ein Zukunftsthema.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Deswegen schließen wir Krankenhäuser!)

Medizin ist für uns alle eine Schlüsselfrage der Zukunft. Deswegen bauen wir ein Healthcare-Robotik-Zentrum in Garmisch für künstliche Gliedmaßen sowie für die Entwicklung von Assistenten für Pflegebedürftige, um Menschen im hohen Alter eine ganz andere Lebensqualität zu ermöglichen.

Wir gründen in Regensburg ein außeruniversitäres Forschungsinstitut für die neuen, uns auch durch den Klimawandel herausfordernden Immun- und Infektionskrankheiten.

Wir bauen ein hochschulübergreifendes Bayerisches Krebsforschungszentrum mit Schwerpunkten in Erlangen und Würzburg auf, um eine der Geißeln unserer

Gesellschaft besser behandeln, das Leben der Menschen verlängern und deren Lebensqualität verbessern zu können.

(Beifall bei der CSU)

Neben Krebs sind Herz- und Kreislaufkrankheiten die größte Herausforderung für viele Menschen. Deswegen werden wir am Herzzentrum München den weltweit modernsten digitalen OP-Saal entwickeln. Dann werden alle Krankenhäuser in Bayern, die eine Kardiologie haben, Herzoperationen simulieren, berechnen und unter Nutzung der Datenübertragung durchführen können. Jedes Krankenhaus mit Kardiologie profitiert am Ende von dieser Entwicklung. Genau das ist unser Motto, unsere Losung: Wir entwickeln Spitzentechnologie. Diese ist aber nicht nur für die Stadt da. Auch die kleinen Krankenhäuser im ländlichen Raum müssen davon profitieren.

(Beifall bei der CSU)

Auch Mobilität ist eine der Zukunftsfragen. In der vergangenen Woche fand die 150-Jahr-Feier der TU München statt. Anders als manche meinen, blickte man nicht nur zurück, sondern auch nach vorn. Es ist wichtig, auch dort Visionen zu haben und zu versuchen, diese in die Realität umzusetzen.

Deswegen werden wir Bayern auch beim Thema Mobilität weiterentwickeln. Wir werden Bayern zu einer führenden Pilot- und Produktionsregion für individuellen Flugverkehr entwickeln. Wir werden in den nächsten zehn Jahren die europaweit erste Referenzstrecke für ein sogenanntes Hyperloop-System bauen. Diese Technik ermöglicht den Transport mit 1.000 Kilometern pro Stunde – solargetrieben und ohne Lärmbelästigung. An der TU München werden von den besten Wissenschaftlern bereits Vorarbeiten geleistet. – Meine Damen und Herren, wer sich der Zukunft verschließt, der bleibt in der Vergangenheit hängen. Wir machen in Bayern Zukunft pur!

(Beifall bei der CSU)

Wir entwickeln die Hochschullandschaft weiter. Neben den vielen beschlossenen Projekten wird die Hochschule Rosenheim zu einer Technischen Hochschule aufgewertet. In Waldkraiburg wird ein neues Zentrum für natürliche Materialien und innovative Stoffe entstehen.

Alle bisher beschlossenen Hochschulprojekte werden übrigens im Zeitplan weiterentwickelt: die neue Uniklinik Augsburg, die Hightech-Uni Nürnberg, der massive Ausbau der Technischen Hochschule Ingolstadt-Neuburg. Wenn man alles zusammenrechnet, kommt man zu dem Ergebnis, dass in den nächsten Jahren

in Bayern mindestens 18.000 Studienplätze neu geschaffen werden. Wir sind damit das Studenten-Land Nummer eins in Deutschland. Studenten garantieren Innovationen, und Innovationen garantieren die Lebensrealität und die Lebensmöglichkeiten der Zukunft. Das ist Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die Wissenschaft wird gestärkt, aber auch die Kultur: Neben den bereits beschlossenen Konzertsälen in München und Nürnberg werden wir ein drittes Bayerisches Staatstheater in der Metropole Augsburg einrichten. Drei Metropolen, drei Staatstheater!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Theater ist hier genug! – Zuruf von der SPD: Warum habt ihr es damals abgelehnt?)

– Die Zuschauerinnen und Zuschauer erleben derzeit, dass manch einer, anstatt sich ernsthaft mit der Zukunft Bayerns zu beschäftigen, glaubt, wir seien hier in einem Gasthaus. Wir sind im Parlament, meine Damen und Herren, und müssen uns auch so benehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Neben einem dritten Bayerischen Staatstheater werden wir auch an das denken, was Vertriebene und Aussiedler für uns leisten. Sie bereichern unser kulturelles Erbe. Gerade die Deutschen aus Russland sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, der mehr Wertschätzung verdient. Daher gründen wir auch ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland in Nürnberg. Wir schätzen jeden, der zu uns ins Land kommt. Aber eines ist auch klar: Unsere Vertriebenen und Aussiedler sind keine Zuwanderer. Sie sind Landsleute und verdienen deswegen besondere Wertschätzung.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir stehen zu Mittelstand und Handwerk. Leistung muss sich in Bayern lohnen. Selbstständigkeit und Unternehmertum, vor allem in den vielen Familienbetrieben, sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Dass Bayern stärker ist als andere Länder, liegt an den vielen mittelständischen Unternehmen. Deswegen wollen wir "Made in Bavaria" weiter stärken. Die Staatsregierung will noch stärker Kümmerer für die bayerische Wirtschaft sein.

Wir brauchen für unseren bayerischen Mittelstand eine Ansiedlungs- und Außenwirtschaftsstrategie aus einem Guss. Wir wollen nicht nur bayerische Unternehmen im Ausland besser begleiten, sondern auch Unternehmensansiedlungen in unserem Land stär-

ken. Wir bündeln hierzu die verstreuten Ansiedlungsaktivitäten und gründen eine gemeinsame Wirtschaftsagentur Bayern. Dort werden sich die bekannten Institutionen "Bayern International", "Invest in Bavaria" sowie die neue Aufgabe "Invest daheim" wiederfinden.

"Invest in Bavaria" wird gestärkt. Wir wollen uns mehr auf strukturschwache Räume konzentrieren. Daher wird das Büro in Nürnberg aufgestockt und ein zusätzliches in Hof eröffnet. "Invest in Bavaria" muss am Ende mehr sein als nur "Invest in Munich". Entsprechende Aktivitäten müssen überall im Land stattfinden.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem werden wir Unternehmen helfen, günstigere Standorte in Bayern selbst zu finden. Mit "Invest daheim" werden wir Unternehmensverlagerungen von den Zentren in den ländlichen Raum, wo gewünscht, finanziell und organisatorisch unterstützen. Wir werden dazu einen Investitionsfonds mit einem Startkapital von 50 Millionen Euro auflegen. Der Staat ist mit Behördenverlagerungen vorangegangen. Der Staat ist mit der Ausgründung von Hochschulen vorangegangen. Jetzt sollen Arbeitsplätze folgen. Viele Unternehmen siedeln sich jetzt in München an und klagen schon darüber, wie teuer das wird. Wir wollen diesen Unternehmen zeigen, dass im ländlichen Raum gute Alternativen bestehen. Wir wollen die Unternehmen außerdem finanziell und organisatorisch unterstützen. Meine Damen und Herren, der ländliche Raum darf nicht nur Naturraum sein, er muss auch Lebens- und Arbeitsraum bleiben. Das ist der Anspruch, den wir in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen auch Existenzgründer. Um die Unternehmensgründung an einem Tag zu ermöglichen, führen wir Fast Lanes für Gründer bei Behörden ein, setzen Statistikpflichten aus und wollen zur vierteljährlichen Umsatzsteueranmeldung zurückkehren.

Für die gesamte Wirtschaft müssen wir uns aber die Frage stellen: Wo kommen die dringend benötigten Fachkräfte her? Der Bund beabsichtigt, Fachkräfte vor allem aus dem Ausland anzuwerben. Unser Ziel ist es, verstärkt die Ressourcen im eigenen Land zu nutzen. Daher werden wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft und den Gewerkschaften das Bayerische Fachkräfteprogramm starten. Unser Ziel ist es, weit über 100.000 zusätzliche Fachkräfte aus Bayern für Bayern zu gewinnen. Zielgruppen sind dabei Jugendliche ohne Berufsausbildung, Langzeitarbeitslose, Ältere und Behinderte. Wir schließen

dazu einen Weiterbildungspakt mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Dieses Bündnis für Qualifizierung soll manchem Spätzünder den Wiedereinstieg ermöglichen. Mir ist es zu einfach, beim Thema Fach- und Arbeitskräfte nach dem Ausland zu rufen, wie das gerade geschehen ist. Wir sollten allen die Chance geben, im eigenen Land den Einstieg in den Beruf zu finden. Das ist eine christlich-soziale Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonderer bayerischer Wirtschaftszweig sind Tourismus und Gastronomie. Diese Bereiche sind ganz besonders wichtig. Wir sind das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Bayerische Gemütlichkeit ist ein Exportschlager in der Welt. Aber die Konkurrenz schläft nicht. Wir nehmen das sportlich und starten eine neue Tourismusoffensive. Wir werden unsere Tourismusorte, auch die Kurorte und die Heilbäder, stärken, indem wir keine großen Wellnessstempel finanzieren, sondern gerade kleine Hotels und Pensionen fördern. Gerade diese müssen im Wettbewerb um Gemütlichkeit besser ausgestattet und sollten mit weniger Bürokratie belastet werden. Dies ist nicht nur für die Stärkung der Tourismuswirtschaft ein wichtiger Beitrag, sondern auch für den Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur. Das ist auch eine Stärkung unserer Dörfer. Bayerns Zukunft liegt nicht nur in den Zentren; auch die Dörfer müssen Lebensqualität behalten.

Fünftens. Wir brauchen mehr Wohnungen, Eigentum und einen intelligenten Verkehr. Bezahlbarer Wohnraum ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller politischen Ebenen und Parteien. Wir werden daher die Investitionen in den Wohnungsbau massiv ausbauen. Unser Ziel ist es, dass bis 2025 in Bayern insgesamt 500.000 neue Wohnungen errichtet werden. Auch die Kommunen müssen dabei ihren Anteil leisten; denn laut der Bayerischen Verfassung ist der Wohnungsbau eigentlich eine kommunale Aufgabe. Wir lassen die Kommunen mit dieser Aufgabe aber nicht allein, im Gegenteil. Mit der BayernHeim gründen wir noch im Juli eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Geht doch!)

Als Startkapital werden dafür E.on- und Grundstockmittel verwendet. Mit der BayernHeim wollen wir vor allem Wohnraum für untere und mittlere Einkommensgruppen schaffen. Meine Damen und Herren, sich in München eine Wohnung leisten zu können, darf nicht nur ein Privileg der oberen Zehntausend sein. Der Staat muss sich viel stärker als in der Vergangenheit um die mittleren Einkommensgruppen kümmern, um diejenigen, die hart arbeiten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Mit diesem Programm sprechen wir Studenten und Menschen in sozialen Berufen wie Erzieher und Pfleger an. Insgesamt soll die BayernHeim bis zum Jahr 2025 10.000 Wohnungen schaffen. Dazu müssen wir Grundstücke haben. Wir werden alle staatlichen Grundstücke und Konversionsflächen nutzen. Wir räumen Militärareale wie das McGraw-Kasernengelände frei. Anders als früher gilt für uns jetzt bei der Immobilienverwaltung der Grundsatz: Wohnungsbau ist oberster Staatsbedarf.

Um die staatlichen Baumaßnahmen in Bayern zu beschleunigen, stärken wir die Bayerische Bauverwaltung mit insgesamt 250 zusätzlichen Stellen im Ministerium, vor allem aber auch in den Straßenbau- und Landratsämtern. Meine Damen und Herren, Bauen hängt nicht nur vom Geld ab. Bauen muss auch von der Geschwindigkeit her schneller werden. Bauen darf nicht am Personal scheitern. Hier ist staatlicher Einsatz gefragt. Wir helfen, damit wir schneller und effektiver Wohnraum bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Bei den staatlichen Wohnungen verzichten wir für fünf Jahre auf jede Mietpreiserhöhung. Damit sind wir Vorbild für den gesamten Wohnungsbau in Bayern. Andere können diesem Beispiel folgen. Dies ist de facto eine staatliche Mietpreisbremse. Alle im öffentlich geförderten Bereich Tätigen sollten bei diesem Thema nicht von anderen etwas fordern, sondern einen eigenen Beitrag erbringen. Wir tun das. Wir verzichten auf jede Form der Mietpreiserhöhung. Meine Damen und Herren, das ist unser Beitrag zu diesem Thema.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt der, der die staatlichen Wohnungen privatisiert hat! Das ist lächerlich!)

Wir verlängern und fördern den kommunalen Mietwohnungsbau durch die garantierte Fortführung des bisherigen Programms bis 2025.

Eines muss ich feststellen: In Deutschland haben wir mit die niedrigste Eigentumsquote in ganz Europa. Der Traum vom Eigenheim und den eigenen vier Wänden muss auch für den Normalverdiener und die Mittelschicht wieder Realität werden können. Eigentum schafft Verantwortung. Das Eigentum ist die beste Möglichkeit der Vorsorge für das Alter. Bei uns wird regelmäßig gesagt: Wir wollen nicht auf das Eigentum setzen. Das ist der falsche Weg. Wir in Bayern bekennen uns zum Eigentum. Deshalb werden wir die bayerische Eigenheimzulage und das bayerische Baukindergeld Plus einführen. Das kann kein anderes Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerische Eigenheimzulage wird eine Grundförderung von 10.000 Euro haben und als einmaliger Festbetrag ausgezahlt. Zusätzlich führen wir das bayerische Baukindergeld Plus ein, mit dem wir auf das Baukindergeld des Bundes noch einmal 300 Euro drauflegen. Damit gibt es 1.500 Euro pro Kind und pro Jahr. Über einen Zeitraum von zehn Jahren bekommt damit in Bayern eine Familie mit zwei Kindern beim Neubau oder Kauf 40.000 Euro. Unter Beachtung der bisherigen Rechtsprechung wollen wir das Baukindergeld Plus als Einheimischenmodell ausgestalten; denn vor allem die Bayern sollen davon profitieren. Meine Damen und Herren, ich möchte die Eigentumsquote wieder erhöhen. Eigentum und Bayern gehören untrennbar zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Entwicklung des Verkehrs ist wichtig. Ich sage ganz klar: Bayern ist Autoland. Ich bekenne mich ausdrücklich zum Auto. Wir in Bayern wollen keinen ideologischen Kampf gegen das Auto, im Gegenteil. Deshalb lehnen wir Fahrverbote ab. Meine Damen und Herren, hier geht es nicht nur um einen Wirtschaftsfaktor oder eine Industrie. Viele Menschen können sich nicht jedes Jahr ein neues Auto leisten. Die Art und Weise, wie manche Messung stattfindet oder manche Grenzwerte definiert werden, kann nicht allein dafür ausschlaggebend sein, ob Menschen mobil sein können oder zur Arbeit fahren dürfen. Wir sagen deshalb: Wir sind gegen Fahrverbote und bekennen uns zur Automobilität in unserem Land.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Dahinter stehen viele Tausend Arbeitnehmer, nicht nur Unternehmensinteressen. Deshalb schließen wir mit der bayerischen Industrie und den Gewerkschaften einen Autopakt. Dabei geht es um alternative Antriebstechnologien, die Digitalisierung im Fahrzeugbereich und die Qualifizierung der Beschäftigten. Wir wollen in Bayern das Auto der Zukunft entwickeln. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei der Entwicklung der Elektromobilität stärker werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt plötzlich! – Florian von Brunn (SPD): Das wollten Sie schon im Jahre 2009!)

Dabei reicht es nicht aus, Ladesäulen zu etablieren. Das Grundproblem liegt darin, dass Deutschland bei der Batterietechnik zurückgefallen ist. Dieses Thema hat sich lange keiner angenommen. Wir tun das, und zwar fast im Rahmen einer nationalen Aufgabe. Wir bauen an der Universität Bayreuth ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für Batterietechnik auf. Damit setzen wir ein klares Signal. Der Süden

Deutschlands ist Autoland. Der Süden Deutschlands ist Zukunftsland. Bei dieser Technologie wollen wir die Innovationen nicht von anderen kaufen, wir würden sie gern selbst herstellen. Meine Damen und Herren, deswegen sind wir an dieser Stelle aktiv.

(Beifall bei der CSU)

Auch Verbrennungsmotoren wollen wir verbessern. Wir wollen innovative Kraftstoffe entwickeln und werden daher in Straubing ein Zentrum aufbauen, um einen verbesserten, sauberen "Bayern-Sprit" zu entwickeln.

Wir wollen auch beim Thema ÖPNV massiv zulegen. Daher schaffen wir – das ist das klar erklärte Ziel – einen einheitlichen ÖPNV-Tarif für ganz Bayern. Wir brauchen ein bayernweites Ticket, einheitliche Verbundstrukturen sowie einen Routenplaner, mit dem man auf einen Blick und einen Klick sein Ticket bestellt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bis 2050!)

Wir werden den ÖPNV mit zusätzlich 100 Millionen Euro pro Jahr massiv fördern. Dies unterstützt Kommunen und kommunale Verkehrsverbände enorm. Nirgendwo sonst in Deutschland werden kommunale Verkehrsverbände, Smart- und Bürgerbusse und auch landkreisübergreifende Buslinien entsprechend unterstützt, wie zum Beispiel eine Alpenbuslinie, die wir uns vorstellen können. Wir müssen nämlich nicht nur den Verkehr vom Land in die Stadt, sondern auch den Verkehr auf dem Land besser organisieren. Das Ziel kann nicht sein, dass am Ende nur aus Kostengründen Dörfer nicht mehr angefahren werden können und es für Dörfer keinen ÖPNV gibt. Viele Menschen, vor allem ältere Menschen setzen auch auf die Zukunft des ÖPNV im ländlichen Raum. Wir in Bayern unterstützen dies, meine Damen und Herren, wie kein anderes Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Wir finanzieren die Anschaffung von 2.000 Bussen, 100 Straßenbahnen sowie 50 U-Bahnen und werden bis 2020 den gesamten ÖPNV mit WLAN ausstatten.

Damit aber kein Zweifel aufkommt: Unser massiver Einsatz für den ÖPNV ist notwendig; aber zugleich ist es wichtig, dass wir die Straßenverbindungen erhalten. Gerade im ländlichen Raum kann man nämlich nicht überall eine U-Bahn bauen. Wir müssen uns an die eigene Nase fassen. Deswegen setzen wir den Ausbau der Staatsstraßen fort und legen mit 20 Millionen Euro noch eine Schippe drauf. Dann steht in diesem Jahr so viel Geld für Staatsstraßen zur Verfügung wie noch nie. Ich glaube, ÖPNV ist wichtig, aber

wir dürfen auch das Staatsstraßennetz in Bayern nicht vernachlässigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Sechstens. Wir investieren in eine bessere Kinderbetreuung und mehr Bildung. Bayern ist ein Generationenland. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern und damit das Ja zum Kind erleichtern. Ich sage ausdrücklich: Wir schreiben niemandem vor, wie er zu leben hat. Wir wollen nur dabei helfen, dass jeder sein Glück in unserem Land findet. Wir respektieren alle Formen der Kinderbetreuung. Wir finden es gut und greifen niemanden an oder grenzen niemanden dafür aus, wenn er zu Hause bleibt und seine Kinder zu Hause erzieht. Genauso in Ordnung ist es aber, wenn sich eine Mutter für den schnellen Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit entscheidet. Für beide Wege gilt: nicht gegeneinander ausspielen, beides als echte Wahlfreiheit definieren, jungen Familien helfen und ihnen nicht ständig ein schlechtes Gewissen machen, wenn sie sich für eine bestimmte Form der Kinderbetreuung entscheiden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Um diese Wahlfreiheit zu unterstützen, führen wir eine neue Familienleistung ein: das bayerische Familiengeld. Damit erhalten Familien für das zweite und dritte Lebensjahr ihres Kindes monatlich 250, auf die gesamte Zeit gerechnet also 6.000 Euro. Ab dem dritten Kind gibt es für jedes Kind monatlich 300, insgesamt 7.200 Euro. Das Familiengeld ist unabhängig vom Einkommen und vor allen Dingen von der Art der Betreuung. Eltern können entscheiden, was sie damit machen: zu Hause bleiben oder das Geld einsetzen, um den Kitabesuch damit zu bezahlen.

Mit dem Familiengeld bündeln wir das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld und legen deutlich drauf. Im Grunde genommen ist es ein Betreuungsgeld plus bzw. ein Landeserziehungsgeld plus. Wir schaffen damit maximale und das erste Mal echte Wahlfreiheit für junge Familien. Alle Familien mit kleinen Kindern – ich betone: alle – erhalten damit mehr als bisher. Die neue Leistung kommt sogar den Eltern zugute, die weder Betreuungsgeld angenommen haben noch bei den Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld zum Zuge kamen. Wir beginnen mit der Auszahlung des Familiengeldes noch in diesem Jahr.

Ich sage Ihnen eines, weil ich schon höre, wie bald diskutiert wird: Wenn Politik immer nur ankündigt und nie schafft, etwas umzusetzen – –

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE

WÄHLER): Ausländermaut! – Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– Es ist das Recht der Opposition, so etwas zu sagen, aber ich kann mich erinnern: In anderen Ländern braucht man jahrelang, bis man kleine Maßnahmen umsetzt. Wir werden in diesem Jahr zeigen, meine Damen und Herren, was uns Familien wert sind und dass sie Unterstützung bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Für das vierte bis sechste Lebensjahr unserer Kinder starten wir eine Qualitätsoffensive für alle Kindertageseinrichtungen. Statt nur einfach blind auf Gebührenfreiheit zu setzen – –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, das wäre der erste Schritt!)

– "FREIE WÄHLER" heißt manchmal auch "Freibier-Wähler", meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kinderbetreuung ist kein Freibier!)

Meine Damen und Herren – –

Präsidentin Barbara Stamm: Moment, Herr Ministerpräsident. – Ich bitte um Ruhe. Zuhören ist auch eine Tugend, wenn ich das hier sagen darf. – Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Meine Damen und Herren, das Folgende ist wichtig, und ich glaube, viele junge Familien haben ein Interesse daran: Statt nur auf Gebührenfreiheit zu setzen, steigern wir lieber die Qualität der Betreuung. Wir schaffen neue Plätze in Kindertageseinrichtungen, 30.000 bis 2020, und wollen helfen, längere Öffnungszeiten zu finanzieren. Zusätzlich aber – und das ist entscheidend für eine bessere Qualität der Erziehung – werden wir in den nächsten fünf Jahren 2.000 Tagespflegepersonen finanzieren, damit – das ist ganz entscheidend – die Erzieherinnen und Erzieher wieder mehr Zeit für die individuelle Betreuung der Kinder haben. Anstatt einfach nur alles für kostenlos zu erklären, ist es besser, die Qualität der Betreuung für unsere Kinder zu verbessern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden zusammen mit dem Bund den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen. Nur eine Maßnahme steht dabei schon

fest: Bis 2025 werden dazu in Bayern sicher 10.000 neue Hortplätze geschaffen werden.

All das, was ich jetzt erwähnt habe – Familiengeld, Qualität der Betreuung usw. –, bildet ein Familienpaket. Es zeigt: Wir nehmen jede Form der Betreuung ernst. Wir unterstützen alle unsere jungen Familien. Wir wollen das klarmachen. Wir haben nämlich nicht nur Zuwanderung aus anderen Ländern; wir haben auch Zuwanderung aus Deutschland, die wir auch benötigen, um unsere Leistung in unserem Land zu stärken. Jede Familie, die zu uns kommt, soll wissen: Bayern ist Familienland Nummer eins, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist Familienland und Bildungsland. Schulbildung ist zentral und wichtig. In anderen Landtagen hat es viele Diskussionen über den Wert der Lehrer gegeben. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz ehrlich: Ich möchte unseren bayerischen Lehrerinnen und Lehrern auch als Vater herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

– Komisch, dass die anderen da nicht klatschen.

(Margit Wild (SPD): Weil das halt so heuchlerisch ist!)

Schon oft hat es Diskussionen um die Leistung der Lehrer gegeben. Den Lehrerinnen und Lehrern möchte ich auch deshalb danken, weil ich sagen muss: Der Job eines Lehrers oder einer Lehrerin ist heute ein anderer, als er es vielleicht vor 30 oder 40 Jahren war. Unsere Lehrer leisten nicht nur Wissensvermittlung, sondern echte Erziehungsarbeit und, meine Damen und Herren, auch Herzensbildung. Dafür sind wir dankbar und sagen ein herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CSU)

Steigende Schülerzahlen, unterschiedliche Sprachkenntnisse, Inklusion und Ganztagsangebote erfordern mehr Lehrer. Daher werden wir mit einer Bildungsoffensive Plus zusätzlich zu den bereits beschlossenen 2.000 Stellen noch einmal 2.000 neue schaffen. Das sind insgesamt 4.000 neue Lehrerstellen in den nächsten Jahren. Meine Damen und Herren, dies ist ein klares Signal der Staatsregierung, dass wir für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für Kinder und für die Eltern eine verlässliche Bildungsgarantie geben. Wir wollen nicht dauernd Schulreformen machen; aber wir wollen die Betreuung an der Schule verbessern. Das ist das entscheidende Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unter dem Motto "Schule öffnet sich" auch externe Fachkräfte einladen, als multiprofessionelle Teams von Schulpsychologen und Sozialpädagogen mitzuhelfen, weil es heute in den Schulen nicht nur um Wissensvermittlung geht, sondern weil es in den Schulen immer wieder auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen und Herausforderungen kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir werden ein Programm "Schulsozialarbeit" schaffen und mit 500 Kräften ausstatten.

Meine Damen und Herren, die Kombination von mehr Lehrern auf der einen Seite und gezielten Hilfsangeboten, um auch Defizite, die manchmal außerhalb der Schule liegen, auszugleichen, auf der anderen Seite gibt unseren Kindern in der Schule die aus unserer Sicht bestmögliche Chance, ihren eigenen selbstbestimmten Weg ins Leben zu finden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich denke, das ist ein richtiges Signal.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Neben der Wissensvermittlung und der Herzensbildung ist bei uns auch der Dialekt eine Besonderheit. Mundart ist Teil unserer Identität. Meine Damen und Herren, wir möchten nicht, dass unsere Dialekte verloren gehen. Wir wollen daher auch, was in dieser Form neu ist, einen Unterrichtsschwerpunkt "Mundart und regionale Kultur" in der Schule einführen. Damit wollen wir eines zeigen: Dialekt macht schlau – wenn gleich auch nicht alle!

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Eine ganz besondere Entwicklung unseres Landes ist sein Dialekt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen es, anders als andere Bundesländer, so: Bei uns muss man nicht nur Hochdeutsch können. Wer Bairisch versteht, hat auch Teil an der Entwicklung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Siebtens. Wir tun mehr für Gesundheit und Pflege.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Markus Hochmut kommt vor dem Fall!)

Neben dem Wohl der Kinder zeigen wir auch Respekt für die ältere Generation und achten deren Würde. Das ist nach unserer Überzeugung christlich und so-

zial. Wir wollen gerade im ländlichen Raum die medizinische Versorgung verbessern. Wir werden mit einer Landarztquote und einer neuen Landarztprämie zusätzlich 1.000 Ärzte aufs Land bringen.

Wir stärken die Krankenhäuser. In der kommenden Legislaturperiode garantieren wir auf der jetzigen Entwicklungsstufe über 3 Milliarden Euro für den Krankenhausbau. Das ist übrigens ein Plus von 23 % gegenüber dieser Legislaturperiode. Das ist ein klares Konjunktur- und auch Medizin- und Heimatprogramm für den ländlichen Raum. Wir wollen, wenn es nur irgendwie geht, die medizinische Qualität im ländlichen Raum verbessern, aber auch die wohnortnahe Versorgung garantieren. Beides muss zusammenkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonders emotional wichtiges Thema: Wir brauchen insgesamt natürlich ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe. Meine Damen und Herren, wir wollen daher nicht nur die Angebote im Krankenhaus stärken, sondern natürlich auch eine Berufsgruppe, die unsere besondere Unterstützung verdient: die Hebammen in Bayern.

Wir wollen gerade freiberuflichen Hebammen mehr Unterstützung und Wertschätzung geben. Wir werden ihnen deswegen – das sind insgesamt keine hohen Beträge, aber eine wichtige Wertschätzung – einen jährlichen Bonus in Höhe von 1.000 Euro geben. Meine Damen und Herren, einen solchen Hebammenbonus gibt es nur in Bayern. Er zeigt unsere besondere Wertschätzung für diesen Beruf.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Pflege ist wichtig. Wir wollen uns neben dem Plus von 1.000 bayerischen stationären Pflegeplätzen und den 500 zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen natürlich auch für eine einheitliche Tarifbindung für alle Pflegekräfte einsetzen, damit Pflegekräfte besser, ordentlich und anständig bezahlt werden. Darüber hinaus gehen wir einen besonderen Weg: Uns ist wichtig, auch diejenigen Pflegekräfte zu unterstützen, die nie eine Tarifsteigerung erhalten. Meine Damen und Herren, das sind die Familien und die Angehörigen von Pflegebedürftigen. An die denkt eigentlich keiner,

(Zurufe von SPD und FREIEN WÄHLERN: Doch!)

obwohl der Großteil der Menschen, die in Bayern gepflegt werden, zu Hause gepflegt wird. Wir wollen als christlich geprägtes Familienland daher ein Bayerisches Landespflegegeld einführen. Davon sollen mit

1.000 Euro pro Jahr alle Pflegebedürftigen in Bayern und deren Angehörige und Familien profitieren.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur eines: Familiengeld für die Jüngsten und Pflegegeld für die Älteren – das ist ein neuer bayerischer Generationenvertrag. Das gibt es nirgendwo sonst.

(Beifall bei der CSU)

Wir richten ein eigenes Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg ein, um die Pflegemaßnahmen zu koordinieren. Wir gründen an der Hochschule Kempten ein neues Zentrum "Digitale Pflege". Wir werden auch, weil uns die letzten Meter des Lebens besonders wichtig sind, die Angebote für Hospiz- und Palliativarbeit in ganz Bayern aufstocken. Wir werden die ehrenamtliche Hospizarbeit in ganz Bayern finanziell stärker unterstützen. Außerdem werden wir, nachdem es das im Süden schon gibt, auch im Norden, in Bamberg, ein Kinderhospizzentrum einrichten.

Meine Damen und Herren, wie wir mit den letzten Metern des Lebens umgehen, zeigt, mit welcher Verantwortung wir für unsere Gesellschaft arbeiten. Ich finde, die Menschen haben es verdient, auf den letzten Metern genauso behandelt zu werden, wie sie ihr ganzes Leben gelebt haben.

(Beifall bei der CSU)

Achtens. Wir schützen Umwelt und setzen auf unsere Landwirtschaft. Bayern ist Bauern- und Bioland. Unsere Landschaft ist von freier Natur genauso geprägt wie von den landwirtschaftlichen Flächen. Wir wollen in Bayern keinen Gegensatz zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Meine Damen und Herren, beides gehört untrennbar zu unserem Erbe.

(Beifall bei der CSU)

Wir bekennen uns zur landwirtschaftlichen Nutzung. Dabei ist für uns die konventionelle Landwirtschaft genauso wertvoll wie der biologische Landbau.

Ich muss Ihnen eines sagen: In den Diskussionen, die man draußen führt, wird immer wieder mit Unterstellungen gegen unsere Bauern gearbeitet. Ich wünsche mir mehr Vertrauen in unsere bäuerliche Kultur. Ich wünsche mir mehr Respekt vor der Arbeit, die in den Familien geleistet wird. Meine Damen und Herren, wir brauchen auch in Zukunft noch bayerische Bauern und wollen keine anonymen Agrarfabriken wie in anderen Ländern.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Wir gehen auch hier unseren eigenen bayerischen Weg. Wir schließen mit den Landwirten einen Pakt zum Eigentum mit verbessertem Schutz landwirtschaftlicher Flächen und dem Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" bei Umweltmaßnahmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden zudem, um Umwelt und Landwirtschaft miteinander und auf gleicher Augenhöhe zu haben, die Landwirtschaftsverwaltung wieder in die Regierungen integrieren, damit beides Hand in Hand stattfinden kann.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Wir werden außerdem den innovativen Ackerbau fördern. Wir starten das 1000-Feldroboter-Programm, um die Bewirtschaftung effizienter zu machen und die Auswirkungen von Schädlingsbekämpfungsmitteln deutlich zu reduzieren. Neben dem Digitalbonus, den es für die Wirtschaft gibt, wird es künftig auch einen Digitalbonus für unsere Bauern geben.

Meine Damen und Herren, für uns ist Landwirtschaft der eine, der Naturschutz und die Artenvielfalt der andere Teil. Wir werden deswegen eine Naturoffensive Bayern starten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist klar: Wir stellen die Idee eines Nationalparks weit zurück.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weit!)

Wir stärken stattdessen die bayerischen Naturparks. Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung: Mit Naturparkzentren, mit Naturparkkranchern, mit unseren Naturparks überhaupt findet überall und nicht nur in einzelnen Schutzgebieten Naturschutz statt. Ein dritter Nationalpark wird nicht helfen, die Schöpfung zu bewahren.

(Zuruf: Falsch!)

Meine Damen und Herren, wir wollen Naturschutz in der Fläche und in ganz Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden stattdessen die Umweltbildung und das Naturerlebnis verbessern. Wir werden ein Biodiversitätszentrum in der Rhön, ein Walderlebnis- und Eichenzentrum im Spessart, das "Zentrum Naturerlebnis alpin" am Riedberger Horn und an der Donau ein begehrtes Donau-Aquarium zusammen mit dem Haus im Moos einrichten. Das ist der Unterschied.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verbieten die Nutzung der Natur nicht, sondern laden dazu ein, die Natur zu erleben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen eine verbesserte Datenbasis, um den Artenschutz zu stärken. Wir gründen daher ein Bayerisches Artenschutzzentrum in Augsburg mit Außenstellen in Laufen und in Veitshöchheim. Wir stärken auch bestehende, sehr erfolgreiche Programme, um noch mehr Naturflächen und Lebensraum für Artenvielfalt zu schaffen. Wir unterstützen das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm zusätzlich mit insgesamt 10 Millionen Euro; denn, meine Damen und Herren, sowohl KULAP als auch Vertragsnaturschutzprogramm umfassen mit rund 1,2 Millionen Hektar fast 40 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Bayern.

Ich kann Ihnen nur sagen: Bessere Artenschutzprogramme als diese beiden gibt es in Deutschland nicht. Meine Damen und Herren, wir bauen lieber diese aus, als den Zutritt an anderer Stelle zu verbieten.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Warum bekommen Balderschwang und Maiselstein dann doppelt so viel?)

Und nun zur Fläche: Bayern muss und soll auch künftig wachsen. Dennoch wollen wir Flächen schonen. Aber Verbote und starre Flächengrenzen sind der falsche Weg. Sie gehen nur zulasten der kommunalen Selbstverwaltung und der Bürgerentscheidung vor Ort. Eine Flächenhöchstgrenze würde nicht nur ein Bürokratiemonster schaffen, eine neue Flächenbeschränkungsbehörde, sondern auch den Frieden am Land gefährden. Wir verfolgen eine klare Linie: Wir setzen auf Anreize statt auf Verbote, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem Motto "Innen statt Außen" weiten wir Städtebauförderung und Dorferneuerung aus und revitalisieren vor allem Ortskerne. Dies gilt dann übrigens für alle bayerischen Gemeinden und nicht nur für ganz bestimmte Regierungsbezirke. Dieses Modell geht am schnellsten, ist am effektivsten und führt dazu, dass nicht nur Fläche geschont, sondern auch Innenstädte und Dörfer belebt werden. Deswegen ist uns wichtig: Dorfkultur braucht Unterstützung, und zwar nicht nur mit Romantik, sondern mit Maßnahmen und finanzieller Förderung. Das tun wir in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir flankieren das mit einer bayerischen Entsiegelungsprämie, bei der jeder Quadratmeter, der dauerhaft entsiegelt wird, finanziell gefördert wird, um die Durchlässigkeit für Wasser und Pflanzen und damit ein Mehr an biologischer Vielfalt zu garantieren. All diese Maßnahmen zusammen gesehen – man muss

das immer im Zusammenhang sehen –, ist unser Ziel klar: Wir erhalten Landschaft, bewahren die Schöpfung und stärken die bäuerliche Kultur im Land. Das ist unsere Philosophie. Bayern entwickelt sich, aber Bayern soll auch Bayern bleiben. Das erreichen wir mit unserem Programm.

(Beifall bei der CSU)

Neuntens. Wir eröffnen ein neues Kapitel der Demokratie in Bayern. Wir erteilen politischem Extremismus von links und rechts eine klare Absage. Unser Rechtsstaat ist wachsam, wenn es um die Bekämpfung gewaltbereiter Extremisten geht. Wir müssen aber alle gemeinsam noch viel stärker auf diejenigen achten, die im Internet anonym mit falschen Fakten und hasserfüllten Botschaften agieren. Das ist nicht nur eine Aufgabe einzelner politischer Gruppierungen, sondern auch des Staates. Daher soll sich die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dieser Aufgabe stärker widmen. Sie soll eine Strategie für mehr Objektivität in sozialen Medien und gegen solche digitalen Hassprediger entwickeln. Dazu wollen wir die Landeszentrale neu aufstellen, sie aus der reinen Betrachtung vergangener politischer Prozesse herausholen und sie in die Debatte, wie Politik weitergeht, integrieren. Auf der einen Seite muss der Extremismus mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Auf der anderen Seite ist es auch die Aufgabe aller Demokraten, Personen, die Fakten verfälschen, gemeinschaftlich besser, stärker und nachhaltiger zu begegnen, auch wenn wir über die Konzepte streiten.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden eine historische Verfassungsänderung auf den Weg bringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh! – Florian von Brunn (SPD): Oh!)

Wir wollen als erstes Bundesland eine Amtszeitbegrenzung von zehn Jahren für das Amt des Ministerpräsidenten einführen. Meine Damen und Herren, das verändert, unabhängig von der Person, die Verfassungswirklichkeit und die politische Architektur in Bayern. Das wird in die Verfassungsgeschichtsbücher eingehen.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Natürlich ist das so. Wir zeigen damit, dass Macht Begrenzung braucht und der Wechsel natürlicher Bestandteil der Demokratie ist. Bayern war immer Trendsetter in Sachen Demokratie. Bayern war schon immer das Land, das für andere nicht im Sinne von "Bayern first", aber im Sinne der Vorbildfunktion vo-

rangeht. Wir setzen mit dieser Verfassungsänderung für ganz Deutschland ganz bewusst ein Signal für die Demokratie und das Vertrauen in die Demokratie. Bayern marschier hier voran. Das ist ein gutes Signal für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Für die CSU!)

Zehntens. Wir bewahren unsere Identität. Meine Damen und Herren, wir bekennen uns klar zur christlich-abendländischen Prägung Bayerns. Das ist der Humus unserer Gesellschaft. Wir sind weltoffen. Wir sind offen für alles, aber eines ist klar: Jeder, der bei uns leben möchte, muss sich am Ende an unsere Werte, Sitten und Gebräuche anpassen, und nicht umgekehrt. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Das Kreuz ist nicht bloß eine Anstecknadel einer Religion, im Gegenteil, es ist das grundlegende Zeichen unserer kulturellen Identität. Es ist das Symbol für Menschenwürde, Nächstenliebe und Toleranz. Das sind Werte, die sich in der Menschenwürde und damit der Basis des säkularen Staates bündeln. Daher werden wir unter Beachtung der Rechtsprechung ein Zeichen setzen und in allen Behörden des Freistaates Bayern keine Kreuze abhängen, sondern überall ein sichtbares Kreuz anbringen. Das ist unsere Prägung, und wir wollen, dass diese Prägung in unserem Land auch erhalten bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns gilt Religionsfreiheit. Das ist doch klar. Wir wollen auch, dass jeder seine Religion ausübt. Aber wir wollen wissen, von wem und woher die Finanzierung von Vereinen kommt. Deshalb ist es uns wichtig, für Moscheevereine ein ganz einfaches Transparenzgebot zu entwickeln. Wenn ein Verein zu mehr als einem Drittel von außerhalb der EU finanziert wird, wollen wir wissen, woher und vor allem von wem. Meine Damen und Herren, ein Verein, der sich dieser Offenlegung verweigert, sollte seine steuerrechtliche Gemeinnützigkeit verlieren. Wir wollen Klarheit, Transparenz und Offenheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Zuwanderung stellt auch die Schule vor große Herausforderungen. Wir glauben, dass es falsch ist, wie es andere Bundesländer machen, Zuwanderer ohne ausreichende Sprachkenntnisse zu früh in den Regelunterricht zu übernehmen. Eltern reagieren darauf ebenfalls sehr kritisch. Wir werden daher aus den bisherigen Übergangsklassen Deutschklassen für den ganzen Tag machen. Neben intensiver Sprachförde-

rung wird es dort auch einen Wertekundeunterricht geben. Für uns ist eines ganz klar: Nur wer richtig Deutsch kann und mit unserer Werteordnung vertraut ist, soll am normalen Regelunterricht teilnehmen. Das ist ein klares Signal.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die zehn Punkte. Meine Damen und Herren, dies ist ein Zukunfts-, aber auch Werteprogramm für die nächsten Jahre, zumindest für die nächsten fünf und weit darüber hinaus. Natürlich ist klar, dass wir nicht alles bis zum Oktober eins zu eins umgesetzt haben werden. Aber wir fangen überall damit an.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir legen gesetzliche Grundlagen. Wir legen institutionelle Grundlagen. Wir setzen die Maßnahmen um, wo es geht. Dazu nehmen wir für den Nachtragshaushalt eine Milliarde Euro aus der Rücklage des Freistaates. Bei steigenden Reserven von über sechs Milliarden Euro ist dies mehr als solide und gut finanziert. Es gilt übrigens auch für die künftige Finanzpolitik, dass ein ausgeglichener Haushalt und die Schulden tilgung oberste Maxime bleiben. Wenn hier Kritik geübt wird, dann möchte ich eines klar äußern – ich habe das in den Medien schon gelesen –: Wie kaum ein anderes Land haben wir in den letzten Jahren Integration, Migration und Asyl massiv unterstützt und finanziert. Andere Bundesländer haben Kommunen alleingelassen. Andere Bundesländer haben weniger gezahlt. Wir leisten jedes Jahr einen großen Beitrag, auch jetzt wieder zwei Milliarden Euro. Wenn wir jetzt eine Milliarde Euro auflegen, ist es nur gerecht, nach der Hilfe für andere den Schwerpunkt wieder auf die einheimische Bevölkerung zu legen. Sie hat es verdient und erwartet es von uns.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): So separiert man!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern ist mehr als ein Bundesland. Bayern ist ein Lebensgefühl. Bayern ist ein Land, das Technik, Fortschritt und Tradition tatsächlich in gleicher Weise verbindet. Das macht uns ein Stück weit singulär. Viele andere tun sich schwer, Zukunft zu generieren und den Charakter zu behalten. Bei uns funktioniert das ganz natürlich. Bei uns ist es kein Gegensatz, dass der Kosmopolit im Trachtenverein, der Spitzenforscher im Kirchenchor oder der Pfarrer sogar auf Instagram ist. Meine Damen und Herren, das ist bayerisch. Das gibt es nur bei uns. Ich möchte, dass das auch so bleibt. Ich möchte nicht, dass wir von Berlin aus irgendeine Variante werden. Ich möchte nicht, dass wir irgendein

Bundesland werden. Wir sind Bayern. Wir Bayern sind ein Stück weit auch stolz darauf.

Dies ist nicht nur eine Regierungserklärung, sondern – das hat mir vorhin jemand zugerufen – eine Liebeserklärung an Land und Leute in unserem Land. Das gibt es nirgendwo sonst.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wir wissen, dass wir nicht auf der Insel der Seligen leben. Wir wissen, dass sich die Welt verändert. Wir wissen, dass es manche Herausforderungen gibt. Wir müssen nicht wissen, woher die Winde wehen, sondern wir müssen wissen, wie wir die Segel setzen müssen. Das Programm, das wir vorlegen, baut auf hervorragenden Jahrzehnten guter bayerischer Politik auf. Politik wird jedoch jeden Tag weiterentwickelt. Jeden Tag gibt es neue Herausforderungen. Man muss sich jeden Tag anstrengen, um Bayern besser zu machen. Wir wollen, dass jeder in Bayern die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hat. Optimismus darf kein Privileg der Erfolgreichen sein. Alle sollen die Chance haben teilzuhaben.

Wir alle im Hohen Haus dürfen stolz und dankbar sein, Bayern und seinen Menschen dienen zu dürfen. Unser Ziel ist nicht einfach das Maximale, sondern das Beste für Bayern. Meine Damen und Herren, wir reden, schreien und streiten nicht nur darüber, sondern machen es auch. Wann? – Jetzt und heute. Das ist der Anspruch der Bayerischen Staatsregierung. – Herzlichen Dank!

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Standing Ovationen bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Aussprache. Die Redezeiten wurden im Ältestenrat vereinbart. Bevor jetzt Fragen entstehen, weise ich darauf hin, dass jede Fraktion natürlich sechs Minuten mehr Redezeit zur Verfügung hat. Damit hätten wir das auch geklärt. Jetzt darf ich die Aussprache eröffnen. Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Kohnen das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der Wahl des Ministerpräsidenten habe ich vor ein paar Wochen darüber gesprochen, was einen guten Ministerpräsidenten ausmacht. Heute möchte ich noch einen Punkt hinzu-

fügen. Ein guter Ministerpräsident tritt souverän auf – auch im Umgang mit dem Parlament.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein souveräner Ministerpräsident stellt der Opposition den Text seiner Regierungserklärung am Vorabend zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Finden Sie das zum Lachen? – Für eine demokratische Auseinandersetzung über Themen ist das in allen anderen Bundesländern Brauch. So haben es andere bayerische Ministerpräsidenten früher auch gemacht. Der neue Bayerische Ministerpräsident tut das nicht.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Buh!)

Souveränität im Umgang mit dem Parlament sieht definitiv anders aus, Herr Söder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung hat nur noch für sechs Monate das Mandat, die bayerische Politik zu bestimmen. Trotzdem ist es wichtig, heute nicht nur den Blick auf das halbe Jahr, das vor uns liegt, zu richten. Die Menschen in Bayern erwarten zu Recht, dass wir darstellen, was wir vor allem langfristig für Bayern erreichen wollen. Darüber sind wir uns alle einig.

Wir müssen uns zu Beginn dieser Debatte eine grundlegende Frage stellen: Welche Politik brauchen wir in Bayern? – In meinen Augen brauchen wir eine Politik, die die Menschen wirklich ernst nimmt, ihnen auf Augenhöhe begegnet und geprägt ist von Ehrlichkeit, Geradlinigkeit und Ernsthaftigkeit. Wir brauchen eine Politik des offenen Ohres. Wir brauchen aber vor allem eine Politik, die die Menschen in unserem Land stark macht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viel von Stärke gesprochen. Ich habe aber den Eindruck, dass wir von ganz unterschiedlichen Dingen sprechen. Es geht nicht um Kraftmeierei, Superlative oder Muskelspiele. Es geht um einen Freistaat, der sich für die Menschen stark macht.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um eine Politik, die Menschen in ihrem alltäglichen Leben stark macht; denn wenn die Menschen stark sind, formen sie auch eine starke Gesellschaft, eine Gesellschaft, die auch diejenigen mitnimmt,

denen die Kraft einmal fehlt. Das ist eine Gesellschaft, in der jeder einen sicheren Platz und die Gewissheit hat, auch an seinem Platz bleiben zu können, wenn er das möchte.

(Beifall bei der SPD)

Eine starke Gesellschaft ist eine Gesellschaft des Zusammenhalts, aber auch der Offenheit, der Modernität und der Neugier. Herr Ministerpräsident, eine starke Gesellschaft hat keine Angst vor Neuem, Unbekanntem oder dem Anderen. Eine starke Gesellschaft gibt jedem echte Chancen und die Unterstützung, diese Chancen auch zu nutzen. In einer starken Gesellschaft können alle den Herausforderungen des Lebens und der Zukunft mit Zuversicht begegnen, und das von Anfang an.

Wer nicht von selbst auf starken Beinen steht, dem müssen wir als politisch Verantwortliche helfen. In Schweinfurt und Hof ist mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht. In ganz Bayern sind es 245.000 Kinder, eine Viertelmillion. Für diese Kinder, Herr Ministerpräsident, ist es unglaublich schwierig, die Zuversicht und das Selbstvertrauen zu gewinnen, um später fest und sicher im Leben zu stehen. Genau hier muss ein starker Staat ran.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist eine eigenständige Grundsicherung für Kinder genau der Weg dahin. Damit können wir nicht nur das Existenzminimum sichern, sondern auch ermöglichen, dass jedes Kind am sozialen und kulturellen Leben teilhaben kann. Dadurch wird die Familienförderung endlich sozial, wirklich gerechter und nebenbei übrigens auch unbürokratischer. Eine Kindergrundsicherung muss für einen wohlhabenden Staat wie unseren eine Selbstverständlichkeit sein. Sie, Herr Ministerpräsident, gehen an den Schwächsten einfach vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kindergrundsicherung gibt es also nur mit der SPD.

Ein Zeichen der Stärke und der Zuversicht ist es auch, jedem Kind in unserem Land die gleichen Startchancen zu geben. Wir müssen genau dies tun. Dafür brauchen wir nicht nur ausreichend Kitas. Im Moment fehlen 53.000 Krippenplätze. Wir brauchen auch Kitas, die nichts kosten. Die Devise für uns in Bayern darf eben nicht lauten "Kitaausbau mit hoher Qualität oder Kostenfreiheit", sondern "Kitaausbau mit hoher Qualität und Kostenfreiheit";

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

denn nur wenn beides gegeben ist, profitieren Kinder von Anfang an von bester Bildung. Das müssen wir möglich machen. Klar ist doch: Kostenfreie Kinderbetreuung macht Bayern stark. Dazu fehlt Ihnen aber anscheinend die Kraft. Die kostenfreie Kinderbetreuung in der Kita gibt es also nur mit der SPD.

Das wollen wir in den Schulen direkt fortsetzen mit einem guten Ganzttag, und guter Ganzttag heißt eben pädagogische Betreuung und nicht Verwahrung. Den guten Ganzttag brauchen wir für alle Kinder, nicht nur für die, deren Eltern das bezahlen können und die dann wieder einen Vorsprung haben vor denjenigen, deren Eltern das nicht können. Die Staatsregierung kümmert das wenig. Sie geht weiter den Weg, auf dem Kinder aus Familien, die weniger Geld haben, selbst schauen müssen, wie sie klarkommen. Der Weg der SPD gibt allen Kindern die gleiche Unterstützung und macht sie stark; denn gute kostenfreie Kinderbetreuung und gute kostenfreie Ganzttagsschulen machen Kinder heute stark.

(Beifall bei der SPD)

Sie helfen aber – jetzt kommt der Punkt – auch den Eltern; denn dadurch können Alleinerziehende so viel arbeiten, wie sie möchten und wie sie auch müssen. Dadurch können beide Partner in einer Beziehung arbeiten, und keiner gerät in die Abhängigkeit des anderen und in die Gefahr – darüber haben Sie kein Wort verloren –, dass im Alter die Rente nicht reicht.

(Beifall bei der SPD)

Für Hunderttausende Frauen in unserem Land ist aber genau das die Wirklichkeit; denn Frauen, die heute in Bayern in Rente gehen, bekommen im Durchschnitt nur 570 Euro aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Bei Männern ist es genau das Doppelte. Kein Wort dazu von Ihnen. Die Zahlen sprechen doch für sich. Altersarmut ist in Bayern weiblich, und ein Mann, Herr Söder, ist schlicht keine Altersversorgung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ein starker Staat muss also alles dafür tun, dass die Menschen in unserem Land den Spagat zwischen Beruf und Kindern oder auch Pflege von Angehörigen bewältigen können, dass dieser Spagat kein gewaltiger Kraftakt wird und dass niemand, weder Frauen noch Männer, dafür im Alter Armut in Kauf nehmen muss. Wenn also eine Frau oder ein Mann die Arbeitszeit reduzieren will oder muss, um mehr Zeit für

die Kinder zu haben, Herr Ministerpräsident, oder um Angehörige zu pflegen, muss sie oder er genau in dieser Zeit Unterstützung bekommen. Ein bayerisches Familiengeld muss genau in dieser Zeit ansetzen. Damit wird der Unterschied deutlich, Herr Ministerpräsident. Nur das Paket aus einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder, guter kostenfreier Kinderbetreuung, guten kostenfreien Ganztagschulen und einem sozial gesteuerten Familiengeld gibt allen unseren Kindern die besten Chancen für die Zukunft und – das ist der Punkt – tritt der Altersarmut von morgen entschieden entgegen. Dieses Paket gibt es nur mit der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zu der Sorge, die immer mehr Menschen in unserem Land umtreibt, sie schier verzweifeln lässt. Ich komme zur größten gesellschaftlichen Herausforderung, vor der wir heute als Freistaat stehen. Es ist die Frage nach einer bezahlbaren Wohnung, die in meinen Augen zur sozialen Frage der nächsten Jahre und Jahrzehnte in Bayern wird; denn landauf, landab, egal, wo man inzwischen hinkommt, fürchten Menschen, dass sie sich ihr Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können, dass sie dort nicht leben können, wo sie leben möchten oder wo sie schon seit Jahrzehnten leben, dass sie ihre Heimat verlieren. Das betrifft Jung und Alt gleichermaßen.

Wenn Sie immer von Eigentum sprechen, Herr Söder: Diese Menschen haben nicht die Sorge, dass sie sich selbst kein Eigentum aufbauen können. Sie haben Angst, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren. Das betrifft die Rentnerin in München, die mir kürzlich erzählt hat, dass ihr Haus luxussaniert wird, dass sie sich die Miete nicht mehr leisten kann und dass sie jetzt wegziehen muss. Sie zieht nicht ein paar Straßen weiter, nein, weil sie dort nichts finden wird, was sie bezahlen kann. Sie verliert das, was sie ihr Leben lang kannte: ihre sozialen Bindungen und ihre Heimat, nicht mehr und nicht weniger. Aber das ist so gut wie alles.

Das betrifft aber auch junge Studentinnen und Studenten. Ich habe kürzlich in Regensburg einen jungen Mann gesprochen, der zu mir sagte: Ich würde so wahnsinnig gerne mit meiner Freundin zusammenziehen. Ich kann das nicht, weil ich nichts finde, was ich mir leisten kann. – Diese Menschen, Herr Ministerpräsident, verlieren ihre Zuversicht und ihr Vertrauen in die Zukunft, in unser Land und auch in die Politik, weil sie eine Entwicklung sehen, die sie als ungerecht empfinden, und das zu Recht. Das schwächt unsere Gesellschaft.

Deshalb müssen wir in unserem Land die Wohnungsnot mit aller Kraft bekämpfen, und zwar gemeinsam; denn anders schaffen wir es nicht: also Kommunen, Bund und auch das Land. Die Kommunen bauen. Sie tun es. Städtische Wohnbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen überall in Bayern bezahlbaren Wohnraum. Auch der Bund baut. Dafür haben wir Sozialdemokraten gesorgt. Der Bund wird auch in den nächsten Jahren bauen; denn die dafür notwendige Grundgesetzänderung wird kommen. Ich kann Ihnen eines sagen: Wir mussten das im Koalitionsvertrag in Berlin mit aller Härte durchsetzen; denn Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin von der Union wollten diese Grundgesetzänderung definitiv nicht.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Sie ist aber notwendig, und sie wird kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen nicht den Kopf schütteln, Herr Kreuzer.

(Thomas Kreuzer (CSU): Von was reden Sie denn? Was für eine Grundgesetzänderung?)

– Ich rede sehr konkret. Ich war dabei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ich weiß!)

– Sie waren nicht in meiner Wohngruppe. Ich hätte Sie gern willkommen geheißen. Sie waren aber nicht da.

Herr Kreuzer, jetzt muss nur noch der neue Bundesinnenminister diese Herausforderung annehmen,

(Volkmar Hableib (SPD): Sehr gut!)

sein Ministerium mal sortieren. Ich weiß nicht, ob Sie die letzte Regierungserklärung gehört haben. Darin hat Wohnungsbau nur in einer Fußnote stattgefunden. Er muss endlich begreifen, dass Wohnungsnot und der Kampf gegen die Wohnungskrise die größte und wichtigste Herausforderung in unseren Tagen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe über die Kommunen gesprochen, und ich habe über den Bund gesprochen. Es gibt ein Glied in der Kette der drei Ebenen, das nicht baut. Das ist das Land, das dritte Glied in der Kette. Herr Ministerpräsident, der Freistaat baut seit Jahren nicht. Ich glaube, Ihr Zitat von vorhin aus der Bayerischen Verfassung korrigieren zu müssen. Ich bitte Sie, Artikel 106 nochmals zu lesen. Darin wird nicht nur den Kommunen die Aufgabe des Bauens aufgetragen, sondern vor

allen Dingen dem Staat. Das ist eine Aufgabe, die in unserer Bayerischen Verfassung steht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Auf allen Ebenen! – Volkmar Halbleib (SPD): Verfassung lesen! Dann braucht ihr keine Zwischenrufe zu machen!)

– Artikel 106: Kommunen und Land bauen. Nachlesen! Ich sage Ihnen eines: Der Freistaat baut seit Jahren nicht, Herr Reiß. Das ist so. Das, Herr Ministerpräsident, ist Ihre ganz persönliche negative Bilanz. Tut mir leid!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Artikel 83!)

Sie sind schon seit Jahren an der Regierung.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Aber wir bauen doch schon!)

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Augen vor dieser Entwicklung schlicht verschlossen, aber die nackten Zahlen, die uns vorliegen, Herr Ministerpräsident, sprechen eine klare Sprache: 26 der 30 deutschen Kommunen mit den höchsten Wohnpreissteigerungen liegen in Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Seit 2007 sind in Bayern, Herr Ministerpräsident, die Mieten um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Baugrundpreise – da sind wir bei der Eigentumsbildung für Einfamilienhäuser – sind im Freistaat in den letzten zehn Jahren um 86 % gestiegen und die Preise für Wohnungen um 60 %. Herr Ministerpräsident, das ist auch Ausdruck der wirtschaftlichen Dynamik in unserem Land, deren Sie sich so gerne rühmen und die Sie als Stärke bezeichnen. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Es ist vor allem Ausdruck einer katastrophalen Entwicklung, die die Staatsregierung maßgeblich mit zu verantworten hat.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert; nur 3 bis 4 % des gesamten Wohnungsbaus entfallen auf den sozialen Wohnungsbau. Als der Bund, Herr Ministerpräsident, in den letzten Jahren die Finanzmittel für den Wohnungsbau verdreifachte, haben Sie als bayerischer Finanzminister umgehend unsere Landesmittel halbiert. So kann man einer dramatischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nicht entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Desaster!)

In dieser dramatischen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt hat die Staatsregierung wohl die größte Fehlentscheidung der letzten Jahrzehnte getroffen: den Verkauf der 33.000 GBW-Wohnungen

(Unruhe)

mit 85.000 Mieterinnen und Mietern, die heute, Herr Ministerpräsident, der Grundstock einer staatlichen Wohnbaugesellschaft sein könnten, wenn Sie sie nicht dem Markt mit seinen freien Kräften in den Rachen geworfen hätten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo! Jawohl!)

Die Krise auf dem bayerischen Wohnungsmarkt liegt also auch in der Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung, und bei dieser zentralen Frage unseres Landes haben Sie versagt – anders kann man es nicht mehr nennen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie die Gründung einer Wohnbaugesellschaft angekündigt. Im Januar sprachen Sie davon, mit dieser Wohnbaugesellschaft in drei Jahren 4.000 Wohnungen bauen zu wollen. Heute haben Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt, Sie würden in den nächsten acht Jahren 10.000 Wohnungen bauen wollen. Ich weiß nicht, wer das bei Ihnen durchrechnet, aber jetzt wollen Sie noch weniger bauen, als Sie im Januar bauen wollten – das heißt, pro Kommune pro Jahr 0,6 Wohnungen. Ist Ihnen das eigentlich deutlich geworden?

(Volkmar Halbleib (SPD): Tja!)

Wie wollen Sie damit den Bedarf an sozialem, bezahlbarem Wohnraum in den Griff bekommen? – Das ist doch eine Nullnummer!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Das hat wenig mit Ehrlichkeit und Geradlinigkeit zu tun – damit, wie wir Politik eigentlich machen müssten. Was wir in diesem Land tatsächlich brauchen – und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt –, ist eine Wohnraumoffensive Bayern. Was bedeutet das? Jetzt zähle ich Ihnen einmal zehn Punkte auf.

Erstens. Wir müssen uns sofort einen Überblick über die bebaubaren staatlichen Flächen verschaffen. Das nennt man ein Flächenkataster.

(Beifall bei der SPD)

Das gibt es aber nicht. Sie wissen nicht einmal, wie viele bebaubare Flächen wir haben. Das sollten Sie aber wissen. Das sollten wir alle wissen.

Zweitens. Wir müssen eine Wohnbaugesellschaft gründen, die in den nächsten fünf Jahren mindestens 25.000 neue bezahlbare Wohnungen baut.

(Beifall bei der SPD)

Fachleute von Wohnbaugesellschaften und der Bauindustrie sagen: Ja, das ist ambitioniert, aber es ist machbar, es muss nur der Wille dafür vorhanden sein.

Der dritte Punkt: Wir müssen die Landesmittel für den Wohnungsbau mindestens auf 350 Millionen Euro jährlich erhöhen. Die Landesmittel für Wohnungsbau sind heute am Tiefststand seit den 90er-Jahren. Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der SPD)

Diese Summe von 350 Millionen Euro ist in meinen Augen auch absolut vertretbar. Warum? – Jede Wohnung, die gebaut wird, bedeutet einen dauerhaften Wert, und genau deswegen geht das – man muss es nur wollen.

Heute haben Sie einen Nachtragshaushalt angekündigt. Wir hatten genau diesen Nachtragshaushalt bereits im März im Haushaltsausschuss in diesem Parlament beantragt. Im März, also vor vier Wochen, haben Sie diesen abgelehnt; heute kommt er. – Gut, sei's drum. Wenn man über parlamentarische Arbeit spricht, sollten Sie Ideen der Opposition, die gut sind, die zukunftsweisend sind, einfach einmal früher annehmen. Dann geht das Land insgesamt nach vorne.

(Zurufe von der SPD – Lebhafter Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Viertens. Ich bin immer noch bei einer Wohnraumoffensive; Sie können es gerne mitnotieren oder nachher noch einmal nachlesen: Wir müssen den Genossenschaften und den Kommunen Bauland für geförderten Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen, bevorzugt in Erbpacht, um als Land die Kontrolle über den Boden zu behalten. Das wird in unserem Land überhaupt nicht mehr getan. Der Freistaat, Herr Ministerpräsident, verkauft hingegen im Moment nach wie vor seine Grundstücke zu Marktpreisen. So funktioniert das nicht. Sie müssen sich Gedanken für die Zukunft machen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünftens. Sie sagen immer: Alle Kräfte müssen zusammengehen. – Ja, das stimmt, und wir müssen den Landkreisen endlich alle Möglichkeiten an die Hand geben, selbst zu bauen – nur dann bündeln wir unsere Kräfte, die wir in diesem Land haben.

Der sechste Punkt: Wir müssen Genossenschaften als eigene Säule in das Wohnraumförderungsprogramm aufnehmen. Das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Der siebte Punkt: Sie wollen mehr Beamte im Bereich Bauen. Das ist gut. Wissen Sie aber, was wir noch brauchen? Wir müssen die Bayerische Bauordnung und deren Ausführungsbestimmungen vereinfachen, damit mehr Beamte auch schneller arbeiten können. Diesen Punkt müssen Sie noch dazu ordnen.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein achter Punkt: Wir brauchen ein bayerisches Sonderprogramm "Aufzug statt Auszug" für die Älteren in unserer Gesellschaft und damit genau für diejenigen, die unter Beeinträchtigungen leiden oder auf die Barrierefreiheit angewiesen sind. Wir müssen dieses Programm beschließen, um den barrierefreien Umbau von Wohnungen zu fördern, damit Menschen in ihrem Heim, in ihrer Heimat bleiben können. Das ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Punkt neun, Herr Söder. – Da muss er auch nicht zuhören; so viel zum Respekt im Parlament.

(Inge Aures (SPD): Die CSU ist eh nicht da! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Man kann auch zuhören, wenn man nicht hinschaut!)

– Wenn man redet? – Da bin ich mir nicht sicher. Multitaskingfähig sind Sie noch nicht.

Also, neuntens. Wir müssen als Bayern die Mietpreisbremse endlich scharf stellen. Man braucht sich nicht über andere Länder oder über andere Kompetenzen im Bund lustig zu machen; denn die Verordnung in Bayern, die von Ihnen geschrieben wurde, ist – entschuldigen Sie den Ausdruck – stümperhaft, sodass die Mietpreisbremse nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat als Bundesland die Möglichkeit, die Mietpreisbremse richtig scharf zu stellen, sodass sie funktioniert, anstatt sich darüber zu stellen und zu behaupten, man könne in Bayern eine eigene aufbauen. – Nein, manches Mal ist es gut, mit anderen zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zum zehnten Punkt, den wir als Land eigentlich schon lange in Angriff nehmen müssten. Wir, die SPD, haben ihn schon oft angesprochen: Wir müssen in Bayern die Sozialbindung von Sozialwohnungen verlängern. Das ist überfällig. Jedes Jahr fallen Hunderte von Wohnungen aus der Sozialbindung. Wir hätten die Möglichkeit, die Frist zu verlängern. Wir hätten auch die Möglichkeit, neue Belegungsrechte hinzuzukaufen. Man muss es nur wollen!

(Beifall bei der SPD)

Man darf nicht immer nur von Eigentum sprechen; denn es gibt Millionen Menschen in unserem Land, die zur Eigentumsbildung nicht in der Lage sind. Diese Menschen bezahlen aber die Wohnungen, die sie gemietet haben, und sie wollen diese Wohnungen auch bezahlen können. Das müssen wir möglich machen. Sie können doch nicht einfach immer an den Mieterinnen und Mietern vorbeigehen. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese zehn Punkte unserer "Wohnraumoffensive Bayern" brauchen wir dringend. Ein starker Staat muss die Wohnungskrise bewältigen; denn nur so kann er den Menschen wieder Sicherheit und Vertrauen auch in die politische Handlungsfähigkeit geben. Eine echte Wohnraumoffensive macht Bayern stärker. Dazu fehlt Ihnen aber offensichtlich die Kraft. Ich vermute, dazu fehlt Ihnen auch der Wille. – Eine Wohnraumoffensive gibt es nur mit der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Wohnung gibt uns Sicherheit, genauso wie ein guter Job. Wohnen und Arbeiten sind die Bereiche, in denen wir als Erwachsene die meiste Zeit verbringen. Arbeit ist sinnstiftend und von zentraler Bedeutung für das Selbstwertgefühl und für die Stellung des Einzelnen in unserer Gesellschaft. Ein fester, ein anständig bezahlter Arbeitsplatz gibt dir Sicherheit, und die brauchst du für dein Leben, um in eine Zukunft zu gehen und diese zu gestalten.

Herr Söder, der Freistaat ist Arbeitgeber. Er muss durch sein Handeln klarmachen, was gute Arbeitspolitik ist. Vorhin haben Sie die Lehrerinnen und Lehrer ausdrücklich gelobt und wertgeschätzt. Dass aber Lehrer in unserem Land jedes Jahr im Juli darauf hoffen müssen, im September wieder einen Jahresvertrag zu bekommen, kann sich ein starker Staat nicht erlauben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, diese jungen Menschen kommen tagtäglich zu mir ins Bürgerbüro. Sie sagen: Helfen Sie mir. – Wissen Sie, was mit diesen Lehrern passiert, wenn sie keine Stelle bekommen, wenn im September nichts passiert? – Die rutschen ab in die Grundsicherung. Dort gehören aber diese Menschen, die wir ausbilden, doch nicht hin. Sie brauchen Wertschätzung; denn sie sind unsere Zukunft. Sie machen einen Job, der unsere Kinder nach vorne bringt. Es ist Herzblut für dieses Land, diese Menschen wertzuschätzen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo! – Unruhe bei der CSU)

Respekt ist eine Frage des Umgangs miteinander im Parlament.

Ich sage Ihnen eines: Ein starker, handlungsfähiger Staat muss die sachgrundlos befristeten Jobs im öffentlichen Dienst endlich abschaffen. Ein starker Staat muss diesen Anspruch haben!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Ein starker Staat muss Vorbild sein. Machen Sie als Vertreter eines starken Staats mit uns das, nutzen Sie die Einflussmöglichkeiten, die wir als Staat haben. Von 16 Bundesländern verfügen 14 über ein sogenanntes Tariftreugesetz. Unser Land, unser starkes Land gehört bisher nicht dazu.

Als einziges Bundesland in Deutschland hat Bayern noch kein Vergabegesetz. Was heißt das unterm Strich? – Wenn Sie als Staatsregierung Aufträge vergeben, dann kümmert es Sie nicht, zu welchen Bedingungen die Menschen bei demjenigen arbeiten, der den Auftrag bekommt. Das heißt, bei Projekten, die Bayerinnen und Bayern mit ihren Steuergeldern bezahlen, werden unter Umständen Tarife unterlaufen. Bei Projekten, die Bayerinnen und Bayern mit ihren Steuern bezahlen, müssen Menschen unter Umständen zu Bedingungen arbeiten, zu denen niemand von uns hier arbeiten würde oder will. Das ist inakzeptabel, das wollen wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Das wollen auch die Menschen nicht, die hier in Bayern diese Aufträge finanzieren. Das ist jeder Einwohner in Bayern, der Steuern zahlt. Das will niemand. Das darf sich ein starker Staat nicht erlauben. Ein Tariftreugesetz macht Bayern stärker. Ehrlich gesagt, scheinen Ihnen dazu die Kraft und der Wille zu fehlen.

Ein Tariftreuegesetz, ein Vergabegesetz, beides wird es wohl nur mit der SPD geben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns noch einen Schritt weiterdenken, und zwar an die Arbeitswelt von morgen, die sich grundlegend verändert. Wenn ich mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spreche, wenn ich mit Beschäftigten in der Verwaltung spreche, mit Handwerkerinnen und Handwerkern, dann kommen immer wieder die gleichen grundlegenden Fragen: Gibt es meinen Job in fünf, in zehn, in fünfzehn Jahre eigentlich noch? Ersetzt mich eine Maschine oder ein Computer? Werde ich in der Arbeitswelt von morgen überhaupt noch gebraucht? – Solche existenziellen Ängste müssen wir sehr, sehr ernst nehmen. Da hilft der abstrakte Satz eben nicht: Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen. – Nein, wir müssen jedem Einzelnen, der diese Ängste hat, aufzeigen, wo sein Platz in dieser neuen Welt von morgen sein könnte. Wir als politisch Verantwortliche müssen mit demjenigen auch gemeinsam dorthin gehen.

Dabei müssen wir uns gemeinsam noch einmal klarmachen, was unser Land im Laufe der Jahre und Jahrzehnte wirklich stark gemacht hat: Unser wichtigster Rohstoff ist hier oben, ist in unserem Kopf. Bildung ist unser Schlüssel für die Zukunft. Das war schon immer so, und das wird auch so bleiben. Wenn die Menschen aber Lust auf Bildung haben, wenn sie neugierig sind, was da auf sie zukommen mag, wenn sie wissen, dass sie darauf vorbereitet werden, und wissen, dass sie mit den Veränderungen in der Arbeitswelt nicht nur Schritt halten, sondern sie sogar mitgestalten können, wenn sie wissen, sie können der Maschine sagen, was diese zu tun hat und nicht umgekehrt, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Sicherheit, die Zuversicht und die Stärke bezogen auf die Arbeitswelt von morgen wieder da.

Weiterbildung und Bildungsfreistellung sind die zentralen Bausteine, die wir dafür in die Hand nehmen können. Als starker Staat brauchen wir endlich ein Weiterbildungsgesetz. Wir brauchen ein Gesetz, das Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, im Landtag aber schon mehrmals abgelehnt haben, zuletzt erst im Sozialausschuss mit dem Ausruf – ich zitiere die Kollegen der CSU –: "Dieses Land braucht keine bildungswütigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Zuruf von der SPD: Pfu!)

Unser Land braucht aber genau das. Unser Land braucht Menschen, die sich bilden wollen,

(Beifall bei der SPD)

die wissen wollen, die nach vorne gehen und stark sein wollen. Das brauchen wir. Ein Weiterbildungsgesetz macht unser Land stärker. Verweigern Sie diese Stärke doch den Menschen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Weiterbildungsgesetz fehlen Ihnen, Herr Ministerpräsident, anscheinend wieder Kraft und Wille, es einfach zu tun. Anscheinend gibt es ein Weiterbildungsgesetz aber nur mit der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns noch etwas bewusst machen, wenn wir von der Arbeitswelt von morgen sprechen. Es gibt etwas, das Maschinen nie können werden. Sie werden niemals die Menschen ersetzen können, die ihren Mitmenschen Zuneigung geben, die Horizonte eröffnen, die bei wichtigen Erfahrungen an deiner Seite stehen, vor allem, wenn du noch klein bist, Menschen, die unsere Jüngsten ganz groß machen und unsere Älteren begleiten. Das werden Maschinen nie können. Was bedeutet das für uns als Politikerinnen und Politiker? – Das bedeutet: Jetzt muss die Stunde der sozialen Berufe kommen. Im Moment haben wir in der bayerischen Industrie und im Handwerk einen Mangel an Fachkräften. Aber wenn langfristig Tätigkeiten wegfallen, die auch von Maschinen geleistet werden können, müssen wir das als Chance begreifen, mehr Arbeit am Menschen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Damit müssen wir heute anfangen. Wir müssen die hochqualifizierte Arbeit am Menschen endlich wirklich wertschätzen; denn die Menschen, die in den sozialen Berufen arbeiten, tragen die größte Verantwortung. Sie leisten Unglaubliches für unser Land, und das heißt, wir müssen sie endlich entsprechend bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen – in diesem Punkt sind wir, Herr Ministerpräsident, gar nicht so weit auseinander, wie ich glaube, vielleicht sogar nahe beieinander; wer weiß? – die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Pakt für anständige Löhne bringen. Wir müssen sie zusammenbringen, an einen Tisch setzen, und dann muss dieser Pakt für alle sozialen Berufe gelten.

Jetzt kommt der Punkt, wo Sie ran müssen und wo wir alle ran müssen. Es muss ein starker Staat ran, der eine faire Arbeitspolitik macht. Ein starker Staat kann als Vorbild vorangehen. Er kann die Tarifpartner auffordern, ihm zu folgen. Man muss als starker Staat

Vorbild sein wollen und nicht nur da, wo man es sich aussucht, sondern für alle.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen noch vor einer weiteren großen Herausforderung. Wir müssen Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, aufnehmen und integrieren. Es gibt zwei Aspekte von Sorgen, die wir lösen können.

Auf der einen Seite fragen mich unheimlich viele Menschen: Warum arbeiten Asylbewerber nicht sofort, wenn sie bei uns sind? Und auf der anderen Seite kommen viele Asylbewerber und fragen: Warum kann ich eigentlich nicht möglichst schnell arbeiten, wenn ich in euer Land komme? Ich will das doch.

Unsere Antwort darauf muss lauten: Wir müssen Asylbewerber so schnell wie möglich in Arbeit bringen, egal, welche Bleibeperspektive sie haben.

(Beifall bei der SPD)

Warum? – Wenn sich herausstellt, dass sie zurück in ihre Heimat müssen, nehmen sie Arbeitserfahrung mit. Wenn sich aber herausstellt, dass sie bleiben können, ist Arbeit optimal für die Integration.

Wir dürfen eines aber nicht tun, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel zu häufig geschehen ist, dass wir nämlich Asylbewerber oft über lange Jahre zum Nichtstun verdammen. Das bringt den Menschen nichts, die zu uns kommen, und es bringt auch der Bevölkerung nichts, die sie aufnimmt. Wir müssen die Menschen zueinander führen, und Arbeit ist das Mittel zur Integration.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Nun könnte man meinen, wenn man Ihnen heute zuhört, dass ein Landesamt für Asyl – so bezeichnen Sie es –, das entstehen soll, genau ein solches Amt ist, um diese Fragen zu klären, ein Amt also, das sich um Asyl – ein Menschenrecht! – kümmert, um Fragen zur Arbeitsaufnahme, um Spracherwerb und Ähnliches. Das Amt soll sich aber wohl, wie wir es heute von Ihnen vernommen haben, lediglich darum kümmern, Asylbewerber möglichst schnell abzuschieben.

Das, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute nicht erklärt: Welche Zuständigkeiten hat denn dieses Amt für Asylverfahren? Die Zuständigkeit – das müssten Sie doch besser wissen – liegt im Grunde beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Ich sage Ihnen eines und das ist zutiefst abstoßend: Sie missbrauchen den Begriff des Asyls – ein geschützter Begriff! –, um im Prinzip zu kaschieren, dass es Ihnen nur darum geht, Menschen loszuwerden. Sie sollten vielmehr darüber sprechen, wie wir diese Menschen integrieren können.

Natürlich müssen Menschen zurück. Aber finden Sie doch einmal die Mitte! Sie betreiben hier eine gigantische Augenwischerei. Und ich sage Ihnen eines: Dieses Landesamt ist auch eine Verschwendung von Steuergeldern. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jawohl!)

Wir machen Ihnen einen Vorschlag:

(Zuruf von der CSU)

Ja, Respekt ist etwas anderes. Sie haben vorhin moniert, dass andere grinsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind deren eigene Maßstäbe!)

Hören Sie doch einfach einmal zu. Herr Ministerpräsident, wir machen Ihnen einen Vorschlag: Wie wäre es mit einem Landesamt für Integration?

(Beifall bei der SPD)

Ich denke an ein Landesamt, das die Kommunen bei der Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen unterstützt. Die Kommunen brauchen dringend Koordinationshilfe. Ich denke an ein Amt, das bei den Angeboten für Sprach- und Integrationskurse unterstützt, ein Amt, das bei der Jugendarbeit unterstützt, und vor allen Dingen ein Amt, das Hunderttausende von Ehrenamtlichen unterstützt, die in unserem Land tagtäglich Integrationsarbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Bezeichnung Ihres Amtes zeigt, was dieses Amt nicht ist: Das ist nicht Liebe zum eigenen Land. Definitiv nicht. Ich zitiere Ihnen gerne aus dem Duden den Begriff der Integration. Wie wird das dort definiert? – Es wird bewusst durch bestimmte Maßnahmen dafür gesorgt, dass jemand Teil einer Gruppe wird. Das führt unser Land zusammen. Das macht unser Land stark.

Wir sind ein Rechtsstaat. Wir werden rechtsstaatliche Maßnahmen bei allem treffen, aber missbrauchen Sie doch nicht immer das Thema, bei dem Sie dann Menschen gegeneinander aufhetzen. Das ist nicht richtig, und das zeichnet auch den starken Staat nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Das Einzige, was wir zur Integration heute von Ihnen gehört haben, ist, dass Sie Flüchtlingskinder nach ihrer Ankunft in Deutschland in extra Deutschklassen separieren wollen, wo sie dann angeblich unsere Werte und unsere Sprache lernen.

Aber ehrlich: Wir haben in unserem Land doch Übergangsklassen, die genau das tun. Wenn Ihnen die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes klar und deutlich sagt: Werte lernt man nicht in einer Klasse, sondern miteinander über alle Fächergrenzen hinweg, dann ist das Integration pur.

(Beifall bei der SPD)

Ein starker Staat lebt eben nicht von Ausgrenzung, Herr Ministerpräsident. Ein starker Staat lebt von ehrlichen Antworten auf die Herausforderungen. Er darf nicht Unsicherheit und Ängste schüren und Menschen gegeneinander ausspielen. Das zeichnet einen starken Staat nicht aus; es ist weder christlich noch sozial.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie haben heute auch eine eigene Bayerische Grenzpolizei angekündigt. Ich glaube, hierzu müssen Sie auf offene Fragen auch ehrliche Antworten geben. Grenzschutz ist doch Bundesaufgabe. Zuständig ist der Bundesminister Ihrer Partei. Unsere Frage lautet: Ist dieser Bundesminister dieser Aufgabe gewachsen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Frage!)

Nächste Frage: Woher sollen die 1.000 Grenzpolizisten kommen, wenn in unseren bayerischen Polizeidienststellen heute bereits 10 % der Stellen nicht besetzt sind? Woher diese Leute nehmen?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Wissen Sie was, Herr Reiß: Wenden wir uns doch noch einmal den Polizistinnen und Polizisten zu.

(Tobias Reiß (CSU): Das tun wir täglich!)

Sagen wir ihnen doch, was ihnen ein starker Staat eigentlich zusichern sollte.

(Unruhe – Zurufe von der SPD: Ruhe! – Zuruf von der CSU: Das machen wir, wie wir es wollen! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Noch einmal: Wenden wir uns den Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit in unserem Lande

sorgen, zu: Was brauchen sie von uns als starkem Staat? – Sie brauchen mehr Polizeidienststellen, ja. Aber zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass die Polizistinnen und Polizisten nicht von heute auf morgen kommen. Sie müssen zunächst einmal die Ausbildung durchlaufen, und erst dann werden wir sie haben. Das ist ehrlich. Wissen Sie, was wir den Polizistinnen und Polizisten zusichern müssen? – Dass wir ihnen helfen, die Überstunden abzubauen, die sie vor sich herschieben. Die Polizistinnen und Polizisten in Bayern haben zwei Millionen Überstunden; das ist eine abstrakte Zahl. Sprechen Sie einmal mit den Beamten! Wissen Sie, was sie Ihnen sagen? Sie haben Glück, wenn sie überhaupt noch ein Wochenende im Monat frei haben. Da frage ich Sie: Ist das das Familienleben eines Polizisten, dass er seine Kinder, seine Frau bzw. seinen Mann einmal im Monat an einem Wochenende sieht? Polizistinnen und Polizisten brauchen unsere Unterstützung in der Realität ihres Lebens. Genau diese Möglichkeit müssen wir verbessern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Hier wird noch etwas deutlich: Ein starker Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er geradlinig, ehrlich und ernsthaft vorgeht.

Zum Thema Polizei möchte ich Ihnen noch etwas sagen: Ein starker demokratischer Staat kann niemals ein Überwachungsstaat sein, niemals.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Das sind Ihre Worte und nicht unsere!)

Ein starker demokratischer Staat, den wir lieben, lebt durch seine Freiheitsrechte und durch die Freiheit jedes Einzelnen.

(Zurufe von der CSU)

Mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz und auch mit dem neuen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, Herr Ministerpräsident, schießen Sie weit über das Ziel hinaus, weit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Nach Ihrer Meinung!)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie diese Gesetze durch das Parlament peitschen, verändern Sie das Freiheitsverständnis in unserem Land.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer sagt denn das?)

Sie verändern das Vertrauensverhältnis der Menschen zur Politik, und Sie versündigen sich an der Tradition unseres Freistaates, an der Liebe zur Freiheit und an der Liebe zur Liberalität. Daran versündigen Sie sich dann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch eines: Das Polizeiaufgabengesetz passt leider in das allgemeine Bild der CSU in diesen Wochen, Herr Söder. Vieles, was aus der neuen Führungscrew der CSU kommt, ist einfach ohne Augenmaß und maßlos. Aus Ihren Facebook-Parolen, Ihrer Sprache der Konfrontation in Interviews, Ihrem mangelnden Respekt vor anderen Glaubensrichtungen und Ihrer Polarisierung sprechen vor allem Verunsicherung und eine tief sitzende Angst vor dem Machtverlust. Daraus resultiert offensichtlich Skrupellosigkeit, wenn es darum geht, Menschen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ihnen scheint ja derzeit fast alles recht zu sein, um Ihre Angst vor einer rechtsextremen Partei in den Griff zu bekommen. Deswegen, Herr Ministerpräsident, kann ich die freundlichen Passagen Ihrer Regierungserklärung heute für mich persönlich nicht ernst nehmen. Denn würden Sie sie wirklich ernst meinen, würden Sie sich an diesem traurigen Schauspiel nicht nur nicht beteiligen, Sie würden es stoppen. Aber dazu, Herr Söder, fehlt Ihnen der Wille.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kohnen, Sie haben viel von einem starken Bayern und einem starken Staat gesprochen, den Sie in Bayern wollen. Das setzt natürlich viel theoretisches Denken voraus. Denn ich kenne kein starkes Bundesland in Deutschland, das längere Zeit von der SPD regiert worden ist, meine Damen und Herren. So sieht es nämlich im Endeffekt aus.

(Beifall bei der CSU)

Es war ein himmelweiter Unterschied zwischen den zukunftsweisenden Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten und dem, was Sie hier zum Besten gegeben haben. Es war ein Versuch, und zwar ein klägliches.

Wieder das Tariffreugesetz. Das haben wir in diesem Hohen Haus ja schon über Jahre diskutiert, und Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass es in den Baubereichen eine Tarifbindung gibt, dass wir einen Mindestlohn haben und dass ihn die Firmen einzuhalten haben, während das, was Sie wollen, nur zu einer riesigen Bürokratie für die Firmen und die öffentliche Hand führen würde. Dies nur als ein Beispiel.

(Beifall bei der CSU)

Zum Weiterbildungsgesetz. Wir haben heute gehört: Digitale Weiterbildung steht bei uns auf der Agenda. Der Streit geht darum, ob wir eine gesetzliche Vorschrift brauchen oder ob das die Tarifvertragsparteien, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, machen, was wir für viel besser halten. Wenn Sie sagen, alle anderen Länder hätten dies, frage ich Sie: Was bringt es dort? Ist es dort besser als in Bayern? Nein, Frau Kohnen, und deswegen brauchen wir dies nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten enthielt Ideen mit Zukunftsanspruch, mit Mut und Tatkraft. Dies hat er heute gezeigt. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern haben die bayerischen CSU-Ministerpräsidenten, die übrigens seit mehr als sechs Jahrzehnten dieses Land regieren, was die Opposition immer wieder vergisst, Herausragendes für Bayern geleistet. Sie haben in der jeweiligen Zeit jeweils die richtigen Antworten gegeben. Bayern hat sich vom Agrarland zum erfolgreichen Industriestandort entwickelt und vom wirtschaftsschwächsten Land nach dem Krieg zum wirtschaftsstärksten heute – eine unglaubliche Entwicklung. Mit Weitblick und Mut wurde Bayern zum Hightech-Land entwickelt. Aus gutem Grund hat das Weltwirtschaftsforum einen von fünf Innovations-Hotspots weltweit neben dem Silicon Valley im Freistaat Bayern lokalisiert.

(Florian von Brunn (SPD): München!)

Die Fortsetzung dieser Politik ist durch diese Regierungserklärung gesichert. Denn nun gestalten wir den digitalen Aufbruch Bayerns. In unseren Masterplänen BAYERN DIGITAL I und II stellen wir allein bis 2022 für schnelles Internet, smarte Zukunftstechnologien und digitale Bildung über 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist das größte Investitionsprogramm überhaupt für einen einzelnen Bereich in der bayerischen Geschichte.

Auf diesem Weg schreitet Ministerpräsident Markus Söder kraftvoll und konsequent weiter voran. Er hat dazu in seiner Regierungserklärung weitere entscheidende Punkte für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes angesprochen, den wirkungsvollen Ausbau

des Mobilfunks und Milliardeninvestitionen in eine zukunftsfähige Gigabit-Infrastruktur, die 5G-Modellregionen, die Fortsetzung des Digitalbonus, der gerade bei unseren mittelständischen Betrieben auf enorme Nachfrage stößt, und eine spürbare weitere Verbesserung bei der Digitalisierung der Verwaltung, aber auch unserer Schulen. Das ist die Zukunftspolitik für Bayern, für unsere Wirtschaft und für die Menschen im Freistaat, meine Damen und Herren, nicht das Tariftreugesetz. Dieses wird uns nicht weiterbringen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Auch finanziell stehen wir so gut da wie kein anderes Land in Deutschland. Wir haben den 13. Haushalt ohne Schulden. Bayern ist schon heute Familienland Nummer eins. Im Doppelhaushalt geben wir rund 5 Milliarden Euro nur für Familien aus. Bayern ist das sicherste Bundesland. So sicher wie in Bayern leben die Menschen nirgendwo in Deutschland. Jeder dritte Euro fließt in Bayern in Bildung und Wissenschaft. Von den zehn deutschen Landkreisen mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt liegen allein sechs in Bayern. Die Arbeitslosenquote ist mit 3 % so niedrig wie noch nie. Wir reden inzwischen von Vollbeschäftigung. Bayern ist der Wachstumsmotor in Deutschland.

Das ist die Ausgangslage, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, Frau Kohnen. Zumindest klingt dies in Ihren Ausführungen in keiner Weise an. Allein diese wenigen Punkte zeigen, was die CSU gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Staat und für diesen Staat erreicht hat.

Markus Söder hat dem Hohen Haus heute sein Regierungsprogramm vorgestellt. Ich sage es mit großer Anerkennung: Es ist ein sehr anspruchsvolles Programm. Es ist ein Programm, das Aufbruch und Zukunftsorientierung ausstrahlt, ein Programm, das solide ist und gleichzeitig eine hohe Schlagzahl hat. Es ist vor allem aber ein Programm, das dort ansetzt, wo gute Politik ihren Ursprung hat. Es setzt ganz nah bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei deren konkreten Anliegen und bei den aktuellen politischen Herausforderungen an. Es ist nicht so, wie die Opposition Politik macht, Frau Kohnen. Sie leben mit überzogenen Vorstellungen und Forderungen, die unseren Staat insgesamt in finanzielle Schwierigkeiten bringen würden, im Wolkenkuckucksheim.

Die SPD hat im Nachtragshaushalt 2018 zusätzlich 342 Millionen Euro gefordert, die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER jeweils zwei Milliarden. Das sind circa 4,5 Milliarden, und das ist bei allen Haushaltsberatungen so, Peter Winter. Hätten wir dies alles ge-

macht, wäre der Freistaat Bayern finanziell ruiniert. Das sind Ihre Vorstellungen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Eines möchte ich noch ganz besonders hervorheben: Die neue Bayerische Staatsregierung hat nicht bis zum heutigen Tag gewartet, um die Arbeit aufzunehmen. Am 16. März haben wir den Ministerpräsidenten gewählt, am 21. März wurde das Kabinett vereidigt, und bereits am 23. März hat das Kabinett die entscheidenden Weichen gestellt. Markus Söder macht Tempo. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zur inneren Sicherheit, zur Errichtung eines Bayerischen Landesamts für Asyl, zur Verstärkung der bayerischen Polizei um 3.000 Stellen in den nächsten Jahren und zum Startschuss für eine Bayerische Grenzpolizei mit 1.000 Stellen. Alles ist bereits auf den Weg gebracht. Das ist erledigt, meine Damen und Herren. Haken dahinter! Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erwähnen: Sie, Herr Aiwanger, haben vor vier Wochen die Ankündigung einer Bayerischen Grenzpolizei als Wahlkampfgegner diffamiert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So ist es auch!)

Aber wiederum zeigt sich: So schnell können Sie gar nicht schauen, wie die Ankündigungen in Bayern verwirklicht werden.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Was sind schon 1.000 Stellen!)

Kommen wir einmal zu den Kritikpunkten. Was soll ein Landesamt für Asyl machen, Frau Kohnen? Man sieht wirklich, dass Sie keine Ahnung von Innenpolitik haben. Ich werfe Ihnen dies nicht vor, aber Ihre Redenschreiber oder Ihre Fraktionsreferenten sollten es wenigstens wissen.

(Horst Arnold (SPD): Na ja!)

Für die Aufenthaltsbeendigung sind die Ausländerbehörden zuständig. Bisher wird so verfahren, dass jedes Landratsamt und jede kreisfreie Stadt die Abschiebebescheide selbst ausstellen.

(Horst Arnold (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Wir haben doch die Zentralen bei den Regierungen!)

– Teilweise haben wir diese Zuständigkeiten bei den Regierungen zentralisiert, zunächst aber waren die einzelnen Ausländerbehörden zuständig.

(Natascha Kohnen (SPD): Dann nennen Sie es Landesamt für Abschiebungen!)

Dies ist ein schwieriges Prinzip, weil Abschiebungen eine rechtlich schwierige Materie sind. Deswegen werden diese Zuständigkeiten beim Landesamt für Asyl gebündelt.

(Natascha Kohnen (SPD): Das ist ein Landesamt für Abschiebungen!)

Dieses Landesamt übernimmt nicht die Aufgaben des BAMF. Das BAMF ist eine Bundesbehörde, und im Moment entscheidet das BAMF innerhalb von sechs Wochen über die Asylanträge.

(Natascha Kohnen (SPD): Dann nennen Sie es nicht Landesamt für Asyl!)

Dann ist das Landesamt am Zuge, und unser Grundsatz lautet ganz klar: Wer anerkannt wird, kann hier bleiben und wird bestmöglich integriert, besser und erfolgreicher als in jedem anderen Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Wer aber im Durchschnitt innerhalb von sechs Wochen abgelehnt wird, muss dieses Land wieder verlassen. Es wäre geradezu aberwitzig, wenn einer, der hier herkommt und Anspruch auf Asyl hat, arbeiten darf, und einer, der hier herkommt und keinen Anspruch hat und abgelehnt wird, auch arbeiten darf. Nein, meine Damen und Herren, der muss das Land verlassen. Das ist die nötige Konsequenz. Wir würden sonst einen vollkommen falschen Anreiz schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zu den Stellen für die Bayerische Grenzpolizei. Was tut die? Der Bund ist zuständig für die Kontrolle des Grenzübertritts.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum nennen Sie sie dann Grenzpolizei?)

Einen Meter hinter der Grenze, im Grenzraum, sind die bayerischen Polizeidienststellen zuständig. Somit können wir genau in diesem Raum beispielsweise durch Schleierfahndung überprüfen, ob jemand berechtigt ins Land kommt, und zwar zusammen mit dem Bund, der das im Grenzgebiet auch kann.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch jetzt schon so!)

Deswegen sage ich Ihnen: Jeder, der nach Bayern kommt, muss wissen, dass ein Übertritt über die grüne Grenze oder über einen kleinen Grenzübergang nicht dazu führen kann, dass er hier bleiben darf. Er muss mit der Bayerischen Grenzpolizei rechnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Der hat aber ein Recht auf Asyl!)

Sie haben dafür kein Verständnis. Ich bin seit 1994 in diesem Parlament. Ich sehe auch einige Kollegen, die damals dabei waren. Ich weiß noch, wie Sie die Schleierfahndung bis aufs Messer bekämpft haben. Hier im Plenum und vor dem Verfassungsgericht haben Sie sie bekämpft.

(Widerspruch des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Natürlich, Herr Kollege Arnold! Sie haben das alles abgelehnt. Heute halten Sie die Grenzpolizei für wichtig. Damals waren Sie auch noch nicht dabei, Herr Rinderspacher. Fragen Sie einmal den damaligen Innenminister Beckstein, was die SPD und die GRÜNEN damals zur Einführung der Schleierfahndung gesagt haben. Mit Ihnen gäbe es die Schleierfahndung nicht, meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich in diesem Zusammenhang noch zu einer Unwahrheit, die mich aufregt. Der sonst wirklich ruhige und gelassene Innenminister Joachim Herrmann hat letztes Mal in seiner unvergleichbaren Art versucht, es Ihnen zu erklären. Sie gehen durch die Gegend und sagen, 10 % der Stellen bei der bayerischen Polizei seien nicht besetzt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht verfügbar!)

Das ist falsch. Entweder haben Sie keine Ahnung, oder Sie lügen, Frau Kohnen. Nur diese zwei Möglichkeiten gibt es.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Dann gehen Sie zu den Polizeiinspektionen! Das sind ihre Zahlen!)

Jede bayerische Polizeidienststelle hat sogenannte Sollstellen. Das ist das Gleiche wie bei allen anderen Dienststellen die Planstellen. Niemand geht davon aus, Herr Rinderspacher, dass alle Planstellen immer mit Leuten besetzt sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): 10 % sind nicht verfügbar!)

Es gibt Urlaub, Krankheit, Lehrgänge oder Mutterschutz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind nicht verfügbar!)

Niemals werden an einer großen Dienststelle alle Beschäftigten gleichzeitig da sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die fehlen dann in den Heimatinspektionen!)

Deswegen führen Sie die Leute bewusst in die Irre, weil Sie mit den wahren Argumenten nicht mehr durchkommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die, die hier sind, fehlen in den Heimatinspektionen!)

Wir haben ständig 600 Polizeibeamte auf Lehrgang. Wenn die Beamten auf Lehrgang oder im Urlaub sind, dann sind die Planstellen trotzdem besetzt. Der Polizeibeamte oder die Polizeibeamtin ist wegen Krankheit, Mutterschutz oder sonst etwas an einem bestimmten Tag nicht auf der Dienststelle.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht zum 1. Januar!)

Bitte begreifen Sie das, denken Sie nach, und dann kann man es auch selber einschätzen. Das ist langsam nicht erträglich.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Nur verfügbare Planstellen sind Stellen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel zur inneren Sicherheit. Bei Ihnen kommt man nicht anders durch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ein bisschen hilflos, Herr Kreuzer!)

Auch wenn man es fünfmal erklärt, ist es völlig sinnlos. Vielleicht kommen Sie jetzt in der Angelegenheit mit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nehmen Sie einmal Baldrian!)

– Sie rufen dauernd dazwischen, dann muss ich etwas lauter werden, aber mich können Sie damit nicht aus der Ruhe bringen. Das sage ich Ihnen.

(Lachen bei der SPD)

Mich können Sie damit nicht aus der Ruhe bringen, ich werde trotzdem noch verstanden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Umfragen zur inneren Sicherheit anschauen, werden Sie feststellen, dass in der Bevölkerung der SPD und den GRÜNEN wirklich niemand etwas zutraut. Dies ergeben alle Umfragen. Niemand traut Ihnen etwas zu.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir werden angesichts neuer Bedrohungen die Polizei in die Lage versetzen, für Sicherheit zu sorgen. Deswegen brauchen wir eine gute personelle Ausstattung, eine gute sachliche Ausstattung und auch die entscheidenden rechtlichen Möglichkeiten. Die Polizei braucht Befugnisse, die auf der Höhe der Zeit sind. Dass die Opposition, die SPD und die GRÜNEN, in dieser Sache zu den größten – mitunter hemmungslosen – Produzenten von Fake News und Unwahrheiten gehört, bringt uns in der Sache nicht weiter. Im Gegenteil, Sie spielen direkt manchem Kriminellen in die Hände, wenn Sie damit versuchen, notwendige Maßnahmen zu verhindern.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Was? Was? Was?)

Meine Damen und Herren, wenn man diesbezüglich Fakten fälscht – ich sage dies auch in Richtung des Kollegen Hartmann –, halte ich dies für brandgefährlich. Was Sie im Zusammenhang mit der PAG-Novelle gern verschweigen, ist, dass mit dem Gesetzentwurf auch die Bürgerrechte beim Datenschutz ausdrücklich gestärkt werden. Herr Schindler weiß dies. Darin sind wir uns einig. Auf der anderen Seite muss klar sein: Bei uns in Bayern geht es darum, die Bevölkerung zu schützen und Verbrechen zu bekämpfen. Das ist unser Auftrag.

Sie wissen, warum die Neufassung notwendig ist: wegen einer Änderung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Gefahrenbegriff und wegen neuer technischer Möglichkeiten in Bezug auf den Einsatz von entsprechenden Mitteln. Es ist völlig unstrittig, dass wir diese Mittel – ich nenne das Beispiel Observation, könnte aber auch andere Beispiele nennen – nach der Strafprozessordnung zur Aufklärung von Straftaten einsetzen dürfen. Wenn etwas passiert ist, dann wendet sich niemand dagegen, dass nach richterlichem Beschluss Abhörmaßnahmen und Observationen eingeleitet werden. Das Folgende müssen Sie der Bevölkerung aber erklären: Sie wenden sich dagegen, dass bei drohender Gefahr für Rechtsgüter wie Leib und Leben sowie körperliche Unversehrtheit diese Maßnahmen – ebenfalls nach richterlichem Beschluss! – angewendet werden. Sie sagen, die Polizei dürfe dies nur zur Festnahme von Straftätern, nicht aber zur Verhinderung von Straftaten

tun. Dies ist unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition!

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Verzerrte Wahrnehmung!)

Voraussetzungen für das Ergreifen der Maßnahmen sind die Feststellung der Gefahrenlage und die richterliche Anordnung; das entspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, muss man die Maßnahmen auch ergreifen dürfen, um Straftaten zu verhindern, nicht nur um sie zu verfolgen. Alles andere wäre verantwortungslos. Wir müssten quasi zusehen, wie die Straftat begangen wird, um erst anschließend die Leute festnehmen zu können. Dies kann nicht im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, über das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz werden wir noch beraten. Dabei geht es auch um solche Punkte wie Mitteilungspflichten. Eines muss aber unstrittig sein – dies war immer so und wird immer so sein –: Wenn jemand eine schwere psychische Störung hat und ein Psychiater feststellt, dass er selbstgefährdend ist, also sich selbst umzubringen droht, oder allgemeingefährlich ist und ansetzt, anderen Menschen Schaden zuzufügen, und wenn dies von einem Gericht bestätigt wird, dann muss es doch schon zu seinem Schutz möglich sein, ihn unterzubringen und in der Einrichtung zu behandeln. Dabei muss es bleiben. Wir können doch nicht wegschauen!

(Horst Arnold (SPD): Unstrittig!)

– Ich wollte dies nur noch einmal sagen. Die Details werden wir in der Anhörung und im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch besprechen.

Meine Damen und Herren, so viel zur inneren Sicherheit. Ich will noch auf ein paar andere Themen eingehen, die Frau Kohnen angesprochen hat.

Ich beginne mit dem Thema Wohnungsbau. Wohnungsbau ist zweifellos eine der größten Aufgaben der nächsten Jahre. Dieses Thema betrifft übrigens nicht nur Bayern, sondern auch andere erfolgreiche Regionen, in Hessen die Region Frankfurt sowie den Stadtstaat Hamburg. Dies hängt mit Erfolg zusammen. Mehr Wohnungen braucht man dann, wenn man mehr Menschen hat. Bayern hat mehr Menschen – durch wirtschaftlichen Erfolg, aber auch durch Zuwanderung.

Ich will klar sagen: Natürlich sind auch die Menschen, die 2014, 2015 und 2016 gekommen sind und die

bleiben dürfen, Aspiranten auf dem Wohnungsmarkt. Daran braucht man nicht vorbeizureden. Deswegen gehen die Immobilienpreise in die Höhe, nicht überall, aber doch in vielen Regionen. Es ist deshalb richtig, in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt auf den Wohnungsbau zu legen.

Damit sind wir wieder bei den Unwahrheiten, Frau Kohnen. Jetzt nenne ich Ihnen die entsprechenden Haushaltsansätze – Doppelhaushalt und Nachtragshaushalt sind zusammengefasst –: In den Jahren 2015/2016 waren es 845 Millionen Euro, in den Jahren 2017/2018 1,3 Milliarden Euro. Das waren die Ansätze. Frau Kohnen, Sie haben vorhin gesagt, 300 Millionen Staatsmittel in diesem Haushalt reichten nicht aus.

(Natascha Kohnen (SPD): Landesmittel!)

– Bitte?

(Volkmar Halbleib (SPD): Landesmittel!)

– Landesmittel, ja. Das ist aber falsch. Sie sagen dies, weil Sie die Haushalte nicht lesen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hier steht es! – Abgeordneter Volkmar Halbleib (SPD) hält ein Schriftstück mit einem Säulendiagramm in die Höhe)

Jetzt nenne ich Ihnen die Zahlen für 2018: 305 Millionen Euro normale Wohnraumfördermittel plus 150 Millionen Euro für das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm plus 32 Millionen Euro für Studentenwohnungen. Das sind 487 Millionen Euro, nicht 300 Millionen Euro!

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Fakten! – Abgeordneter Volkmar Halbleib (SPD) hält erneut das Schriftstück mit dem Säulendiagramm in die Höhe)

– Herr Halbleib, Sie lügen die Leute an, oder Sie sagen die Wahrheit nicht vollständig.

Im Jahr 2019 wird es nach der entsprechenden Planung eine Erhöhung von 487 Millionen Euro auf 608 Millionen Euro geben. Sie müssen immer die normalen Wohnraumfördermittel, das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm und die Förderung von Wohnraum für Studierende zusammenrechnen. Dann erhalten Sie die richtige Summe. Sie dürfen nicht einfach den kleinsten Betrag herausziehen.

Das ist die Wahrheit: Wir haben uns in diesen Bereichen massiv angestrengt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und das Ergebnis?)

Mit Ihnen von SPD und GRÜNEN ist es immer schwer. Sie setzen immer auf den Staat. Wir gründen jetzt eine staatliche Wohnbaugesellschaft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Wir bauen so viele Wohnungen wie möglich. Wenn der Herr Ministerpräsident von 10.000 spricht, dann ist er – wie immer – ein vorsichtiger Mensch.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wenn es am Ende insgesamt 12.000 sind, haben wir auch nichts dagegen.

Meine Damen und Herren, staatlicher Wohnungsbau, kommunaler Wohnungsbau, sozialer Wohnungsbau – dies alles wird niemals ausreichen, die Probleme insgesamt zu lösen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wenn es uns nicht gelingt, wieder mehr privates Kapital in den Wohnungsbau zu bekommen, wird es sehr schwierig.

Frau Kohnen, ich sage Ihnen ganz klar: Wir haben die steuerliche Förderung der Bildung von Wohneigentum, des Mietwohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene durchgesetzt. Wir mussten dies hart durchsetzen; Sie waren ja dabei. Jemanden, der etwas unternimmt, steuerlich zu entlasten – das ist nicht etwas, was die SPD will. Steuerliches Abkassieren ist ihr Modell.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommen wir zu dem Lieblingsthema der SPD, dem Uraltthema GBW-Wohnungen. Ich weiß nicht, ob Ihnen entgangen ist, dass dies schon ein zentrales Wahlkampfthema Ihres Ministerpräsidentenkandidaten Ude im Wahlkampf 2013 war. Schon damals scheinen Sie damit nicht besonders erfolgreich gewesen zu sein. Ich stelle fest, dass die Opposition zumindest in dieser Sache seit fünf Jahren auf dem gleichen Stand ist. Meine Damen und Herren, Sie sind stehen geblieben und haben sich nicht weiterentwickelt. Dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass Ihre Wahlumfragewerte nicht stehen geblieben, sondern nach unten gegangen sind. Es ist direkt unerträglich, nach fünf Jahren dieses Thema wieder so hochzuziehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal die 80.000 Mieter!)

Jetzt noch ein, zwei Rechnungen zur Lösung der Wohnungsnot. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie beherrschen offenbar einiges nicht. – Wie viele Wohnungen fallen weg, wenn A sie an B verkauft? – Null! Es ist also kein Beitrag zur Lösung des Wohnbauproblems, wenn man Wohnungen kauft.

Wenn der Freistaat Milliardenbeträge ausgegeben hätte, um bestehende Wohnungen zu kaufen, anstatt neue Wohnungen zu fördern – ebenfalls mit Milliardenbeträgen –, dann hätten wir in Zukunft weniger Wohnungen. Wir haben unser Geld in die Wohnbauförderung gesteckt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch nicht! Sie haben gar nichts gemacht!)

Ich habe die Zahlen für die Zukunft genannt. Wir müssen zusätzliche Wohnungen bauen, nicht Bestandswohnungen erwerben. Wir brauchen neue Investitionen.

Ich weise auch darauf hin, dass wir großes Augenmerk auf den Mieterschutz gelegt haben. In schwierigen Verhandlungen mit der EU-Kommission ist es der Staatsregierung gelungen, dem Verkauf eine Sozialcharta mit Schutzklauseln für die Mieter zugrunde zu legen. Mit dieser Klausel sind GBW-Mieter wesentlich besser geschützt als alle anderen Mieter auf dem Wohnungsmarkt. Eines muss mir die Opposition erklären: In Baden-Württemberg musste die Landesregierung aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben im Zuge eines diskriminierungsfreien Bieterverfahrens an den gleichen Käufer Wohnungen bzw. Anteile an einer Wohnbaugesellschaft verkaufen. Damals waren Grüne und Rote am Ruder.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat Schwarz-Gelb beschlossen!)

Warum soll das, was in Baden-Württemberg niemanden juckt, in Bayern plötzlich ein verwerfliches Regierungshandeln sein? – Meine Damen und Herren, dafür gibt es nur eine Erklärung: 14. Oktober, Landtagswahl. Deswegen ziehen Sie dieses Thema hoch.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Die Staatsregierung hat schon im Jahr 2013 offen und ehrlich über den Verkauf dieser Wohnungen informiert. Am 13. März dieses Jahres hat die Staatsregierung dem Haushaltsausschuss offengelegt, wer hinter PATRIZIA steht, also wer investiert hat. Meine Damen und Herren, Sie haben danach die Behauptungen, dass dieser Vorgang undurchsichtig gewesen oder Geld aus Russland verwendet worden sei, nie mehr wiederholt, sondern zurückgenommen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, obwohl diese Vorwürfe entkräftet worden sind, wollen Sie jetzt einen Untersuchungsausschuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat seine Gründe!)

Heute ist der Fragenkatalog zugegangen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Ich bin seit 1994 in diesem Landtag. Ich habe schon viele Untersuchungsausschüsse erlebt, bei denen ich hinterher sagen musste, dass das Thema auch in den Ausschüssen hätte aufgeklärt werden können. Meine Damen und Herren, so etwas wie jetzt habe ich aber noch nie erlebt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen Sie jedes Mal!)

Das ist kein Untersuchungsausschuss, der etwas aufklären soll. Das ist ein Untersuchungsausschuss, der die parlamentarische Bühne zu Wahlkampfzwecken missbraucht und somit dem Parlament schadet.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das sagen Sie jedes Mal!)

Wir müssen uns nicht wundern, wenn wir Untersuchungsausschüsse in dieser Weise betreiben, dass Untersuchungsausschüsse nach einer gewissen Zeit von den Menschen draußen nicht mehr ernst genommen werden. Dafür sind Sie mit Ihrem Handeln verantwortlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie scheinen furchtbar Angst zu haben!)

Meine Damen und Herren, wir werden uns diesem Untersuchungsausschuss natürlich stellen. Ihnen geht es nur darum, den Ministerpräsidenten im Wahlkampfmodus anzugreifen. Das wird Ihnen auch künftig nicht gelingen. Sie haben das jetzt seit fünf Jahren versucht. Kein Monat vergeht, in dem Sie die Angelegenheit nicht irgendwie nach oben ziehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil das wichtig ist!)

Das wird Ihnen aber auch diesmal nicht gelingen. Dies zeigt nur den erbärmlichen Zustand der Opposition in diesem Hause.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das scheint Sie furchtbar zu ärgern! Das freut uns sehr! – Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie bei den Studiengebühren gesagt, das haben Sie beim G 9 gesagt!)

Sie müssen ein Thema hochziehen, das bereits im letzten Wahlkampf ein Thema war, ohne neue Aspekte. Das zeigt, dass Sie die Zukunftsthemen einfach nicht auf der Pfanne haben, außer dem Tariffreugesetz. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist lächerlich, Herr Kreuzer!)

Deswegen kommen Sie mit einer so ollen Kamelle zum Schaden des Parlamentarismus. Ich sage Ihnen ganz klar: Sie können draußen keinen Wahlkampf mehr führen, weil zu Ihren Veranstaltungen niemand kommt. Deswegen machen Sie Ihren Wahlkampf im Parlament. Dies ist nicht der Sinn von Untersuchungsausschüssen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ohne unsere Ideen würden Sie gar nicht vorankommen!)

Wir wollen in Bayern bis 2025 zusätzlich 500.000 neue Wohnungen schaffen. Wir werden eine staatliche Wohnbaugesellschaft gründen. Wir werden unser Landeserziehungsgeld weiterentwickeln.

(Markus Rinderspacher (SPD): Am Abend werden die Faulen fleißig!)

Meine Damen und Herren, etwas, was Sie natürlich nicht begrüßen, weil es Ihnen politisch ungelegen kommt, ist das neue bayerische Familiengeld, mit dem wir das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld zusammenlegen. Die Kinder aller Eltern kommen in den Genuss dieser Leistung. Wir wollen diese Leistung nicht abschotten. Meine Damen und Herren, Sie wollten den Eltern niemals Geld geben. Sie wollen immer nur Einrichtungen bezuschussen. Sie wollen das Landeserziehungsgeld abschaffen – das haben Sie jahrelang gefordert –, aber dafür mehr Kinderkrippenplätze bauen. Meine Damen und Herren, Sie sind gegen das Betreuungsgeld, weil Sie der Auffassung sind, wir bräuchten mehr Kinderkrippenplätze und Nachmittagsbetreuung. Ich sage Ihnen: Wir sind dafür, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie ein Kind in die Krippe geben oder nicht. Wir sind dafür, trotzdem die notwendigen Kinderkrippen- und Kindergartenplätze zu bauen, nicht für ein Entweder-oder. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Ihnen vertrauen wir den Eltern.

(Beifall bei der CSU)

Wir begrüßen deshalb außerordentlich diesen mutigen und einmaligen Schritt. Wir werden dieses Vorhaben gemeinsam stemmen, das den Eltern, den Kindern und den Familien etwas bringen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wollen Ihren Fehler korrigieren! Sie haben das Betreuungsgeld abgeschafft!)

Ich sage ganz klar: Ich bin sehr dafür, dass wir sozial Schwache unterstützen. Das ist eine wichtige Aufgabe des Sozialstaats. Wir sind die Christlich-Soziale Union. Ich bin froh, dass dieses Familiengeld jetzt endlich für alle Kinder gilt; denn es kann nicht sein, dass in diesem Staat gewisse Leistungsträger, die mittelmäßig verdienen, aber viel beitragen, nie etwas bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man von Berlin kommt, wo die SPD beteiligt ist, muss man froh sein, wenn die Steuern nicht wieder erhöht worden sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kreuzer, was Sie mit Ihrer Politik ruiniert haben, können Sie nicht uns vorwerfen! Sie haben in den letzten 40 Jahren regiert! – Inge Aures (SPD): Das muss man sich nicht sagen lassen!)

– Frau Aures, das müssen Sie sich schon lassen. Glauben Sie, dass ich mich über das gefreut habe, was Frau Kohnen hier erzählt hat? – 2.000 neue Lehrer, Schulpsychologen und Schulpädagogen sowie 50.000 digitale Klassenzimmer, das ist ein großer Aufschlag in der Bildung.

Wichtig ist mir aber die Nachhaltigkeitsstrategie, die der Ministerpräsident vorgestellt hat. Bayern geht seit vielen Jahren wie kein anderes Land in Deutschland sehr erfolgreich den Weg der Freiwilligkeit beim Naturschutz. Es ist gut und richtig, dass auch in Zukunft das Eigentum geachtet wird und Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht geht. Umwelt- und Naturschutz sowie unsere heimische Land- und Forstwirtschaft stehen in Bayern gleichrangig nebeneinander. Auch die Grundstückseigentümer sowie die Land- und Forstwirte haben ihr Recht und ihre Berechtigung.

110.000 Landwirte und 700.000 Waldbesitzer bewirtschaften 80 % der Fläche unseres Landes. Meine Damen und Herren, auf diese Leistungen können wir stolz sein. Diese Menschen haben unsere Naturlandschaft über Jahrhunderte so geprägt, wie sie heute ist. 99 % der Bevölkerung sagen, dass Bayern ein schönes, ein gesundes Land ist. Das hat mit den Waldbesitzern sowie den Land- und Forstwirten zu tun. Sie produzieren hochwertige Lebensmittel, gestalten die Kulturlandschaft und prägen das Landschaftsbild.

Meine Damen und Herren, die CSU-Fraktion hat zu den Land- und Forstwirten sowie den Waldbesitzern

ein Grundvertrauen. Wir gehen davon aus, dass diese Menschen die Umwelt erhalten wollen, weil diese Menschen in Generationen denken. Sie denken in vielen Generationen und sind nicht auf kurzfristigen Profit aus. Der Landwirt stammt aus vielen Generationen, und er denkt in vielen Generationen. Sein Kapital sind der Grund und Boden und die Nutzbarkeit von Grund und Boden. Deswegen haben wir zu diesen Menschen Vertrauen. Die SPD und die GRÜNEN haben diesen Menschen gegenüber hauptsächlich Misstrauen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Land- und Forstwirtschaft einerseits und Umwelt- und Naturschutz andererseits sind keine Gegensätze. Mit dem Kulturlandschaftsprogramm und dem Vertragsnaturschutzprogramm haben wir schon vor vielen Jahren einen sehr erfolgreichen Weg gefunden, unsere Natur zu erhalten. Dass diese Programme weiter ausgebaut werden, um Naturflächen und Artenvielfalt zu fördern, ist ein wichtiges Signal. In Bayern wird rund ein Drittel der Fläche vom Kulturlandschaftsprogramm erfasst, das sind eine Million Hektar, die extensiv bewirtschaftet werden. Schauen Sie nach Schleswig-Holstein: Dort gibt es dafür null Euro. Schauen Sie nach Niedersachsen: Dort gibt es für die extensive Bewirtschaftung auch null Euro, und das, obwohl die so umweltfreundlichen GRÜNEN dort jahrelang an der Regierung gewesen sind. Sie können viel fordern und viel versprechen. Noch lieber wäre es uns, wenn Sie diese Forderungen dort, wo Sie es gekonnt hätten, auch umgesetzt hätten.

(Beifall bei der CSU)

Uns geht es um modernen Landschafts- und Naturschutz. Wir wollen die Schöpfung bewahren und dabei Vorreiter sein. Meine Damen und Herren, die Heimat zu erhalten und sie gleichzeitig behutsam weiterzuentwickeln, das ist und bleibt das Anliegen unserer Fraktion. Dazu gehören auch der überlegte Umgang mit Flächen und die Revitalisierung von Dorfkernen, ebenso die Bewahrung unserer Kultur und Identität. Das ist genauso wichtig.

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er das Thema Integration nicht nur in der Regierungserklärung angesprochen hat, sondern dazu auch klar Position bezieht. Die Kulturgüter und die gewachsene Identität unseres Landes, das Traditionsbewusstsein und die Heimatverbundenheit zu bewahren, das ist kein Selbstzweck. Es ist Teil unserer Lebensart; es ist Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber der Vergangenheit und vergangenen Generationen; es ist aber auch unser eigener Anker für die Zukunft; denn Zukunft braucht Herkunft. Nur wer sich seiner Wurzeln be-

wusst ist, kann seine Identität und Zugehörigkeit bewahren und dieses besondere Lebensgefühl in Bayern auch an unsere nachfolgenden Generationen weitergeben. Dazu gehört für mich auch – das begrüße ich ausdrücklich – die Sichtbarkeit des Kreuzes in allen Behörden. Wir haben in Bayern mit dem Integrationsgesetz eine klare Richtung für ein gutes Miteinander vorgegeben: Die Menschen, die zu uns kommen, haben gute Chancen, wenn sie bleibeberechtigt sind; sie sollen sich aber an unserer Leitkultur orientieren.

Für die CSU-Fraktion gilt die Maßgabe: Bayern soll Bayern bleiben. Daran orientieren wir uns bei allen Überlegungen und Weichenstellungen. Deshalb wollen wir die Stärken Bayerns weiter ausbauen und auch in Zukunft den Menschen Chancen, Sicherheit und Heimat geben. Wir wollen Bayern vernünftig und modern gestalten, damit die Menschen auch in Zukunft gerne hier leben. Dafür steht die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die ich ausdrücklich in allen Punkten begrüße, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich sichere zu, dass sich die CSU-Fraktion mit allem Engagement an der Umsetzung beteiligen wird. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute führen wir eine ganz spannende Debatte. So soll es sein. Auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten folgt die Erwiderung der Oppositionsparteien und der CSU-Fraktion darauf, welche Pläne wir für Bayern haben, wie es weitergehen soll und wie wir die Generallage einschätzen: Ist bei uns das Paradies, oder ist vieles zu tun, wo stehen wir?

Wir FREIEN WÄHLER vertreten die Position, dass in Bayern natürlich sehr vieles gut ist, dass wir aber viele offene Baustellen haben, die wir ganz gezielt abarbeiten müssen. Wichtig ist schon einmal die Erkenntnis, dass wir viel Verbesserungsbedarf haben. Lange Zeit lautete die Parole: Bayern ist die Vorstufe zum Paradies. Am Ende war es angeblich schon das Paradies. Das verblendet den Blick auf wirklichen Korrekturbedarf.

Herr Söder, Sie haben ein paar große Themen ausgerufen: die Grenzpolizei, die staatliche Wohnungsbau-gesellschaft, die staatliche Pflegebehörde, die staatli-

che Asylbehörde als vier quasi neue, auf Landesebene angesiedelte Institutionen. Ich glaube, dass hier überwiegend von Wasserköpfen gesprochen werden muss. Ich will nicht sagen, dass auf diesen Themenfeldern kein Handlungsbedarf ist. Die Frage ist nur, ob die Lösungsansätze die richtigen sind. Ich glaube es schlichtweg nicht.

Bleiben wir beim Thema Grenzpolizei. Wenn Sie hierfür Personal rekrutieren wollen, dann geht das zulasten der Polizei in der Fläche. Sie bekommen innerhalb von drei Jahren nicht so schnell Personal. Sie werden am Ende vor allem die Schleierfahndung intensivieren. Das könnten Sie mit den bestehenden Strukturen bestens machen. Ich sage Ihnen voraus, dass Sie damit in der Fläche, bei den Polizeiinspektionen eher Ärger auslösen. Ich bitte Sie, sich mit der Bundespolizei darüber abzustimmen, wo der eine Zentimeter oder eine Meter hinter der Grenze beginnt, wo Bayerische Grenzpolizei und Bundespolizei aufeinander-treffen. Ich zumindest habe vor wenigen Tagen von einem Angehörigen der Bundespolizei, und zwar nicht von einem der unteren Chargen, gehört: Wir fühlen uns in den Hintern getreten; bis heute hat niemand mit uns gesprochen. – Also tun Sie das bitte, nachdem Ihr Parteivorsitzender Seehofer der oberste Kommandant dieser Truppe ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier gilt es, Abstimmungsprobleme und Rivalitäten zu verhindern, damit die Kollegen vor Ort nicht parteipolitischen Scharmützeln ausgesetzt sind. Hier gilt es, genau zu definieren, was Sinn hat und was keinen Sinn hat. Wir FREIEN WÄHLER plädieren dafür, zunächst einmal die bestehenden Strukturen aufzufüllen, wenn Zusatzpersonal da ist. Ich habe das Beispiel der Grenzpolizei Passau schon gebracht, Stichwort Schleierfahndung: Anstatt 73 Mann sind dort nur 50 Mann im Dienst; der Rest fehlt, weil kein Personal da ist. Also bessern Sie dort nach.

Ich glaube, dass Sie hier den Leuten Sand in die Augen streuen und dass wir bei der Polizei ganz andere Baustellen und vonseiten der Polizei ganz andere Erwartungshaltungen haben, damit die Einsatzfähigkeit der Truppe sichergestellt wird.

Mir hat bisher völlig die große Debatte um die Schichtdienstsituation bei der Polizei gefehlt. Ich erinnere an den dringenden Ruf aus der Polizeibasis, den "Doppelschlag" beizubehalten und damit auch Schichtdienstmodelle mit 12-Stunden-Einteilung. Dazu liegt bis nach der Wahl ein Modellprojekt in der Schublade, damit Sie sich dazu nicht äußern müssen. Die klare Botschaft der FREIEN WÄHLER lautet: Behalten Sie eine möglichst breite Palette an Schicht-

dienstmodellen bei, damit die Polizei hier auf der sicheren Seite ist und nicht die Einsatzfähigkeit des Schichtdienstes am Ende darunter leidet, wenn Sie ihr Personal entziehen. Wir brauchen also Planungssicherheit bei der Schicht.

Wir brauchen natürlich auch mehr Personal, das hier über Jahre nicht gegeben worden ist. Heute heißt es, Sie wollen irgendwann einen Aufbau um 3.000 Mann vollzogen haben. Jawohl, das ist dringend nötig. Die Polizei schiebt zwei Millionen aufgelaufene Überstunden vor sich her. Ich sage Ihnen: Mittelfristig werden wir bei 45.000 Stellen bei der bayerischen Polizei nicht stehen bleiben können, sondern wir werden weitergehen müssen. Irgendwann werden die 50.000 anvisiert werden müssen. Sie werden heute sagen: Das geht überhaupt nicht. – Aber davon sind wir nicht mehr weit entfernt, wenn wir ein paar Tausend Männer und Frauen bei der Polizei mehr haben. Wenn wir die zwei Millionen Überstunden einrechnen würden, bräuchten wir heute schon 45.000. Die Aufgaben werden mehr werden. Irgendwann wird man vielleicht die Frage stellen, ob die 40 Stunden haltbar sind, wenn die freie Wirtschaft Arbeitsplätze mit weniger Stunden bietet. Ich will gar nicht laut über eine Reduzierung der 40 Stunden in der Woche nachdenken; dann wären wir in ganz anderen Größenordnungen. Auch hier wird die Polizei fragen: Wo stehen die anderen Berufe, wo läuft das hin? Wir müssen hier den Personalkorridor nach oben offen halten. Der gesamte öffentliche Dienst wird diese Stundenfrage stellen. Herr Stoiber hat einstmals die 42-Stunden-Woche ausgerufen und sie wieder zurücknehmen müssen. Ich weiß nicht, ob hier auf lange Sicht die Debatte beendet ist.

Noch mal: Die Grenzpolizei ist in meinen Augen ein Auffangbecken, um die Fehler der Vergangenheit bei der Schleierfahndung zu kaschieren, aber nicht mehr. Die bayerische Polizei hat im Grunde andere Probleme. Sie machen neue Baustellen auf, anstatt die derzeitigen abzarbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieselbe Einschätzung trifft auf den Wohnungsbau zu. Sie haben die 32.000 GBW-Wohnungen – dabei bleiben wir – ohne zwingende Notwendigkeit auf den freien Markt gegeben. Ich sage nicht, Sie haben sie auf den freien Markt gegeben, sondern Sie haben sie gezielt einem Investor rübergeschoben. Hier wollten Kommunen sich einklinken. Sie sind nicht zum Zug gekommen. Das wäre die richtige Lösung gewesen. Ein Untersuchungsausschuss dazu ist mehr als berechtigt. Musste das wirklich sein? Warum gab es keine anderen Lösungen? Hatten sie vielleicht schon Insiderwissen von früheren Verhandlungen? Warum

ging die kommunale, warum ging die öffentliche Hand hier völlig leer aus?

(Alexander König (CSU): Weil sie nicht genug geboten hat!)

Es ist auch noch nicht zu Ende gedacht, dass dieser Entzug billigen Wohnraums natürlich Folgekosten für den Freistaat Bayern nach sich zieht. Wenn die Wohnungen im Laufe der Zeit aus der Sozialbindung herausfallen, werden mit viel Geld des Steuerzahlers Menschen untergebracht werden müssen, die wir in Wohnungen hätten halten können, die uns schon gehört haben. Ihre Milchmädchenargumentation lautet: Die Wohnungen werden nicht weniger. – Die bezahlbaren Wohnungen werden aber weniger, weil massiv Gewinnerwartungen der Investoren bedient wurden, weil man andere Mieterkategorien drin haben will, weil man die Flächen nachverdichten wird, auf denen staatlicher Besitz zu billig abgegeben wurde.

Realisiert wurden diese Geschichten ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2013. Sie wollten damals das Thema Landesbank möglichst ohne öffentliches Aufsehen über die Bühne bringen und haben damit Steuergeld, ich will fast sagen, veruntreut. Auf alle Fälle hat das den Steuerzahler viel Geld gekostet. Die paar Euro, die Sie damit eingenommen haben, blieben weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Wertsteigerungen waren nicht beim Freistaat Bayern, sondern bei anderen. Sie kommen jetzt mit einer eigenen Wohnungsbauoffensive. Die ist aber bei wenigen Tausend Wohnungen geradezu lächerlich. Sie werden hier nicht mal den Tropfen auf den heißen Stein generieren können. Sie haben für dieses neue Ungetüm allerdings bereits einen Namen: Bayernheim. – Früher hat es mal geheißen: Neue Heimat. Das weiß ich alles noch, diese wohlklingenden Namen. Das waren am Ende Milliardengräber, aus denen politische Amigo-Netzwerke und dergleichen mehr bedient wurden. Diese staatlichen Wohnungsbaugesellschaften waren am Ende landauf, landab Skandalbetriebe.

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie sich in der Bauwirtschaft staatlich engagieren wollen – darauf werden wir nachher kommen –, dann kümmern Sie sich darum, dass man den Kommunen irgendwie beim Breitbandausbau hilft und sie nicht privaten Monopolisten ausliefert, die am Ende nur noch Angebote zu Mondscheinspreisen machen, weil keine Konkurrenz da ist. Wenn schon, dann kümmern Sie sich darum, aber doch nicht um einen Markt, auf dem es genügend private Wohnungsbaugesellschaften und private Häuslebauer gibt. Hier bedarf es in der Regel nur einer kleinen Anschubfinanzierung oder besserer

Rahmenbedingungen. -Meine Damen und Herren, das ist unser Blick, der Blick der FREIEN WÄHLER auf die Thematik Wohnbau.

München hat heute 1,5 Millionen Einwohner oder liegt schon knapp darüber. München hat 5.000 Einwohner pro Quadratkilometer und ist eine der am dichtesten besiedelten Städte. Zum Vergleich: Nürnberg liegt unter 3.000 Einwohnern pro Quadratkilometer, Berlin irgendwo dazwischen, das nur als Größenordnung.

Im Landkreis Tirschenreuth liegen die Mietpreise bei 5 Euro pro Quadratmeter. Dortige Hausbesitzer sagen: Ich saniere mein Haus gar nicht, sondern lasse es lieber leerstehen, weil ich ungefähr 7 Euro bräuchte, um die Sanierungskosten irgendwann wiederzusehen; ich kann aber nach einer Sanierung nur für 5 Euro und damit unter Wert vermieten.

Gleichzeitig wollen Sie jetzt Eon-Anteile im Gegenwert einer Viertelmilliarde versilbern, um eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen und dort am Ende wahrscheinlich Parteigenossen unterzubringen. Am Ende bauen Sie vielleicht in München auch ein paar Tausend Wohnungen.

(Zuruf von der CSU: So ein Unsinn!)

Mit diesem Geld könnte man mit einer gezielten Investition, mit einer kleinen Anschubfinanzierung, in der Fläche draußen vielleicht die kleine Wirtschaftlichkeitslücke überbrücken helfen, damit auch der Hausbesitzer in Tirschenreuth sagen würde: Hoppla, jetzt rühre ich mein Häuschen doch an und schaffe dort ein paar Wohneinheiten. – Damit hätte man in Bayern eine ganz andere Dimension, hätte man einen ganz anderen Hebel. Unsere Vision von Bayern 2025/2030 ist nicht eine Landeshauptstadt München mit zwei Millionen Einwohnern und leeren ländlichen Räumen.

Meine Damen und Herren, der Landkreis Freyung-Grafenau verliert jedes Jahr 500 Einwohner, während München pro Jahr 15.000 Einwohner gewinnt. Es sind auch die Leute von dort, die sich in München am Ende gegenseitig auf den Füßen stehen. Sie haben es auch mit Ihrem Heimatministerium in den letzten Jahren nicht geschafft, den Knoten zu lösen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wenigstens insoweit herzustellen, dass man in den Metropolen sachte auf die Bremse tritt und dort, wo die Menschen davonlaufen, Perspektiven schafft.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute mit der Münchner Bevölkerung reden, hören Sie, dass dort mittlerweile der Spruch gilt: Lebensqualität statt Wachstum. – Das heißt ganz klar: Wir sind hier in einem Wachstumsprozess, der bei den Menschen mittlerweile gefühlt auf Kosten der Lebensqualität

geht. Wir können hier nicht mehr massiv nachverdichten. Auch wenn das den Investoren gefällt: Wir können hier nicht mehr die letzten Grüngürtel für neue Wohnblocks opfern, während draußen die Häuser leerstehen. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Stecken Sie deshalb die Hunderte von Millionen, die Sie in die Wohnungsbaupolitik investieren, nicht in eine dubiose staatliche Wohnungsbaugesellschaft mit schönem Namen! Ich bin überzeugt: Sie haben schon das entsprechende Briefpapier erfunden, die Behördenstandorte festgelegt und die Täfelchen entworfen, damit rechtzeitig vor der Wahl noch die Übergabe des Schreibtisches erfolgen kann. Meine Damen und Herren, das ist Show-Politik, wie wir sie von Herrn Söder kennen, aber keine zielgerichtete Abarbeitung von Baustellen, wie wir es nennen.

(Zuruf von der CSU: Genau das Gegenteil ist der Fall!)

Das heißt: Schaffen Sie ganz gezielt Voraussetzungen, schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür, dass das zukünftige Mengenwachstum, die Inanspruchnahme von Flächen der Wirtschaft und die Wohnungsansiedlung tendenziell deutlich stärker auf dem Land als in den Städten erfolgen. Ihre Politik favorisiert weiterhin die Verdichtung in den Metropolregionen. Warum? – Weil es die großen Strippenzieher und Investoren so wollen. Hier ist immer noch die alte Denke von McKinsey in den Köpfen. McKinsey hat damals schon Stoiber umfrisiert, und das Motto ist immer noch in den Köpfen: Einen Euro in der Großstadt zu investieren, rentiert sich mehr als einen Euro auf dem Land zu investieren. – Das mag aus Investorensicht richtig sein, aber volkswirtschaftlich ist es falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb unser Plädoyer: Genau dort, auf dem Land, ansetzen und die Bürgermeister, die Kommunen ins Spiel nehmen! Das sind unsere Fachleute vor Ort. Ich rede hier nicht von 2.000 Wohnungen, sondern wir brauchen 100.000 bis 200.000 Wohnungen, um das Wohnungsproblem in Bayern in den Griff zu bekommen, die Mieten wieder sozialer zu gestalten und zu verhindern, dass uns die Mietpreise völlig davongaloppieren. Setzen Sie darauf, gemeinsam mit den Bürgermeistern Konzepte zu entwickeln, damit die Menschen in der Fläche bleiben. Das ist unser Plädoyer, seit wir hier im Landtag sind, und auch schon aus den Jahren zuvor. Damals haben Sie es aber noch nicht gehört: Wir müssen den ländlichen Raum stärken und Bayern vernünftig weiterentwickeln. Meine Damen und Herren, was wir hier von der CSU zur

Wohnungspolitik hören, ist nicht nur nicht hilfreich, das wird am Ende schädlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Wort "Bürgermeister" fehlt in der Regierungserklärung von Herrn Söder völlig.

(Manfred Ländner (CSU): Der Bürgermeister ist nicht der Ministerpräsident!)

Ich habe seine Rede durchgeblättert; nur zweimal findet sich zufällig das Wort Kommunen, aber es gibt weder ein eigenes Kapitel noch irgendwo eine Passage dazu, welche Rolle die Kommunen spielen sollen oder wie man die Kommunen entlasten will. Meine Damen und Herren, für uns sind die Kommunen die zentralen Akteure, wenn Bayern neue Ideen umsetzen will,

(Zuruf von der CSU)

wenn Bayern zu neuen Ufern aufbrechen will. Das Thema Kommunen findet sich in Ihrem Programm in keiner Zeile. Verzeihen Sie mir den süffisanten Vergleich: Ihre berittene bayerische Kavallerie bekommt fünf Zeilen, und die Kommunen bekommen nur zwei Worte. Schämen Sie sich, Sie haben die Kommunen schlichtweg vergessen!

(Manfred Ländner (CSU): Ein Quatsch!)

– Jetzt schreien Sie auf. Daran sieht man, dass wir Sie getroffen haben. Sie haben auch die kommunalen Themen völlig vergessen. Sie haben heute mit keinem Wort erwähnt, wie die Zukunft der Straßenbaufinanzierung aussehen soll. Das werden wir heute Abend nicht erfahren. Sie sind angeblich immer noch in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden und wissen nicht, wohin es laufen soll. Ich sage Ihnen: Nach dem hoffentlich baldigen Wegfall der Straßenausbaubeiträge muss eine kommunale Ersatzfinanzierung auf den Tisch. Man muss jetzt wissen, und zwar bevor das Gesetz verabschiedet ist, wohin Sie wollen.

Es ist für mich schon erstaunlich, dass Sie hier überhaupt keine Fantasie haben. Natürlich wird es in die Richtung gehen müssen, allen Kommunen, ob mit oder ohne Satzung, für die Zukunft eine ordentliche Finanzierung ihrer kommunalen Straßen anzubieten. Das kann nur ein Förderprogramm sein, durch das, Pi mal Daumen, die Hälfte der Investitionen für einen Standardausbau bei den Kommunen ankommt und nicht irgendwo in einem allgemeinen FAG oder KAG versteckt wird.

Meine Damen und Herren, diese Mittel müssen eins zu eins abrufbar sein. Sie tun mir leid, wenn Sie dazu

nicht in der Lage sind. Dann muss ich fast Ihren Mut gegenüber den Kommunen bewundern, mit einem Nichtgesetz in die Debatte zu gehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Kommunen haben wir weitere große Baustellen, die mit keinem Wort erwähnt wurden: Das ganze Thema der kommunalen Infrastruktur, Wasser, Abwasser erfordert Milliardeninvestitionen, die den Bürgern und den Kommunen in den nächsten Jahren dieselben großen Probleme bereiten werden wie die Straßenausbaubeiträge. Wir haben hier die Problematik, dass die Gemeinden zwar in den Siebziger- und Achtzigerjahren mit großen Zuschüssen von 80 bis 90 % ihre Wasser- und Abwassernetze ausgebaut oder verlegt haben, jetzt aber die Sanierung ansteht. Jetzt kommt außer Härtefallregelungen nichts.

Denken Sie intensiv darüber nach! Wir plädieren dafür, den Gemeinden wirklich den Rücken freizuhalten. Wir haben hier sonst in Kürze die nächsten großen Probleme. Entweder wird dann die Infrastruktur nicht mehr erhalten und sie vergammelt, was das Grundwasser verseucht, oder Privatinvestoren stehen auf der Matte und lösen den Gemeinden diese Infrastruktur ab, um dann selbst Reibach zu machen, oder die Bürger bluten bis zum Exzess. Die Gemeinden werden all ihre Mittel verpulvern müssen. Hier ist Gefahr in Verzug, das sage ich Ihnen heute. Sie werden wieder antworten: Interessiert uns nicht. Das sind aber Themen, die uns betreffen und die Sie lösen müssen.

Hinsichtlich der Bildungspolitik und des sozialen Bereichs sehen wir erste Erkenntnisgewinne. Wir haben das Thema Hebammen gebetsmühlenartig wiederholt. Nun haben Sie pro Jahr 1.000 Euro für eine freiberufliche Hebamme angeboten. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir brauchen den Haftungsfreistellungsfonds. Die öffentliche Hand muss die Summe übernehmen, die eine Hebamme aufwenden muss, um sich gegen eventuelle Schäden abzusichern. Ansonsten werden die Hebammen weiterhin ihren Beruf aufgeben. Das wäre gefährlich und ist nicht akzeptabel. Bessern Sie nach und sichern Sie die Situation ab!

Bei der Lehrerversorgung kritisieren wir das "Saisonarbeitertum" massiv. Zu Beginn der Ferien werden in Bayern etwa 7.000 bis 8.000 Lehrer mit der Hoffnung entlassen, dass sie nach den Ferien wieder eingestellt werden. Gebt diesen Lehrkräften die Sicherheit einer Anstellung! – Ich setze noch eine Forderung drauf: Die Eingangsbesoldung der Grund- und Mittelschullehrkräfte muss sich an der Besoldung der Realschul-

und Gymnasiallehrkräfte orientieren. Der momentane Gehaltsunterschied ist weder akzeptabel noch zeitgemäß; zudem ist er demotivierend und diskriminierend. Legen Sie hier nach. Das ist angesichts der Leistung dieser Lehrkräfte dringend notwendig. Wir brauchen hier ein Quäntchen mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Bildungspolitik habe nichts darüber gehört, wie es mit dem Gymnasium weitergehen soll. Die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium wurde Ihnen schließlich per Volksbegehren abgerungen. Nun stellt sich die Frage, wie es in der Oberstufe weitergeht. Wir fordern mindestens die Einrichtung eines Leistungskurses. Sie müssen uns zeitnah Klarheit geben. Diese Klarheit besteht noch nicht. Liefern Sie! Es ist höchste Zeit, dass wir wissen, was an dieser Stelle zu tun ist.

Meine Damen und Herren, wir, die FREIEN WÄHLER, sehen im Bildungsbereich weiterhin eine große Kostenzunahme auf die öffentliche Hand zukommen. Das wissen wir. Die Anzahl der zu beschulenden Personen und die Anforderungen werden ansteigen. Bildung wird Geld kosten, aber das ist auch berechtigt. Das muss uns die Zukunft unserer Kinder wert sein.

Bereits die frühkindliche Bildung muss uns Investitionen wert sein. Sie wollen nun auf ein Familiengeld umsatteln. Zuvor war die Geldleistung daran gebunden, dass die Kinder keine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen. Zumindest haben Sie nun erkannt, dass das ein falscher Anreiz war. Nun ist es egal, ob die Kinder eine Krippe besuchen oder nicht, die Familien bekommen dennoch das Geld. Jedoch haben wir, die FREIEN WÄHLER, eine andere Wahrnehmung als Sie. Jeder Euro, der in den Familien ankommt, ist gut investiert. Aber mit einer Unterstützung von 250 Euro ist das Thema der frühkindlichen Bildung noch nicht abgefrühstückt. Solange es zu wenige öffentliche Kinderbetreuungsplätze gibt und gerade in Großstädten wie München Kosten für Kinderkrippenplätze von 500 bis über 1.000 Euro auf der Tagesordnung stehen, sind 250 Euro zu wenig. 250 Euro sind zwar schön zu haben, aber wenn der Platz für die Kinderkrippe 800 bzw. 900 Euro kostet, sind diese 250 Euro sofort aufgeessen. Das reicht nicht aus. Wir kommen nicht daran vorbei, die Kinderbetreuung während der Kernbuchungszeiten weitestgehend kostenfrei anzubieten. Die frühkindliche Phase gehört zur Bildung. Das können Sie nicht ausblenden. Wenn Sie diese Tatsache ausblenden, versündigen Sie sich an den Kindern. Wir halten unsere Forderung der weitgehenden Kostenfreiheit der Kinderbetreuung in Kindergärten und Kinderkrippen aufrecht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu weiteren Themen, die Sie zwar gestreift, aber nicht tief genug aufgearbeitet haben. Beim Thema "schnelles Internet und Breitbandausbau" wurde angekündigt, dass die Übertragungsleistungen erhöht werden. Das haben Sie in den letzten Jahren immer wieder angekündigt. Jedoch sind Sie bei der Umsetzung ständig ein paar Jahre hinter der Realität zurückgeblieben. Ihre Ausbauleistungen waren immer von vorgestern. Auch heute vermisste ich eine klare Ansage zu den Themen "Breitbandausbau" und "Glasfaserkabel in jedes Haus". Nehmen Sie meine konstruktive Kritik mit. Ich hoffe, dass einer von Ihnen mitschreibt. Jetzt ist der Herr Söder wieder anwesend.

(Tobias Reiß (CSU): Der war ja da! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ich sitze hier, mein Freund!)

– Ich werfe ihm das auch nicht vor, er kann sich ja nicht andauernd reinsetzen.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Bayern schlecht reden!)

– Herr Söder, Sie können jetzt sagen, dass ich Bayern schlecht rede, aber das ist nicht so. Von mehreren Bürgermeistern habe ich mittlerweile die Botschaft erhalten, dass sie für den Breitbandausbau von Telekommunikationsunternehmen nur noch Verträge mit horrenden Preisen angeboten bekommen oder die Information, dass gar nicht mehr bzw. erst in vier Jahren ausgebaut wird. Es gibt also massive Kapazitätsengpässe. Hier besteht die Gefahr, dass Steuergelder zum Fenster hinausgeschmissen werden. Die Monopolisten können beinahe verlangen, was sie wollen, weil die Wirtschaft und die Bürger den Bürgermeistern im Nacken sitzen.

Statt von eigenen Bau-Behörden, was das auch immer werden soll, oder von Ihrer Wohnungsbaugesellschaft zu reden, wäre es besser, sich dieser Thematik zu widmen. Dort ist außer den wenigen Monopolisten niemand am Werk. Sie sollten den Ausbau und die Resterschließung gewisser Gebiete interkommunal, überregional oder sogar staatlich in die Hand nehmen, um eine gewisse Konkurrenz zu den privaten Anbietern aufzubauen. Somit könnte unterbunden werden, dass in diesem Bereich Mondscheinpreise verlangt werden. Greifen Sie das auf. Denken Sie darüber nach. Das wäre zielführend und sinnvoll.

In der Regierungserklärung und in den folgenden Erwidern habe ich die dritte Startbahn völlig vermisst. Bis vor Kurzem hat es geheißen: Wer nicht für die dritte Startbahn ist, versündigt sich an der Zukunft

des Freistaates Bayern. Herr Söder, zuletzt habe ich von Ihnen gehört, dass sich die dritte Startbahn bis eventuell 2025 in der Schublade befinde. Die nächste Wahl und damit ihre mögliche Wiederwahl sind 2023. Diese Wiederwahl wollen Sie noch rumbringen, die Zeit danach ist Ihnen egal, dann soll sich der Nachfolger in der übernächsten Legislaturperiode damit auseinandersetzen. Nachdem die dritte Startbahn schon einmal so dringend war, vermissen wir Ihre Position dazu. Unsere Position ist, dass wir diese Startbahn nicht brauchen. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um sie überflüssig zu machen und zu halten. Wir wollen den Bedarf erst gar nicht herbeidiskutieren. Vor mindestens zehn Jahren, als wir frisch in den Landtag kamen, wurde uns schon vorgeworfen, wir seien gegen die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und die dritte Startbahn. Zehn Jahre später verkünden Sie, dass es die nächsten sieben Jahre auch nicht pressiert. Was denn nun? – Zur dritten Startbahn sagen wir Nein, Sie sagen: Fragezeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, der dritte Nationalpark ist weit nach hinten geschoben. Bedeutet "weit nach hinten" knapp nach der Landtagswahl, nächstes Jahr oder in der übernächsten Legislaturperiode? – Wir, die FREIEN WÄHLER, sagen, den dritten Nationalpark brauchen wir nicht.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Doch, doch!)

Der hat nur die Menschen verunsichert und schon viel Planungsgeld gekostet.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

Er hat eine Ministerin das Amt gekostet, die in gutem Glauben unterwegs war. Gehen Sie mit diesem Geld stattdessen in die Fläche. Führen Sie in der Landwirtschaft produktionsintegrierte Maßnahmen durch. Lassen Sie Landwirten dieses Geld zukommen, damit sie gewisse Parzellen stilllegen, Randstreifen aufwerten und in der Produktion auf den Einsatz gewisser Mittel verzichten. Somit käme viel Geld in der Landwirtschaft anstatt in irgendwelchen Wasserköpfen an. Sie wollen ja überall Zentren und Anschauungs-Was-auch-immer gründen. Setzen Sie nicht wieder nur auf Showeffekte, sondern darauf, dass das frei werdende Geld wirklich in der Realwirtschaft ankommt. Ich schlage die Landwirtschaft vor. Die Landwirte sind sicherlich nicht die falschen Empfänger, wenn es um Naturschutzleistungen geht. Das wären vielleicht sogar Einkommensalternativen und würden in der Fläche deutlich weiterhelfen.

Wir haben uns bei anderen Dingen, die Sie angekündigt haben, gewundert. Sie wollen das Oberste Bayerische Landesgericht wiederbeleben. Hier sage ich: Hurra! Unter Stoiber ist es abgeschafft worden. Sie haben eigentlich fast alles reanimiert, was unter Stoiber abgeschafft worden ist: Das G 9 wurde wieder eingeführt. Er hat das Büchergeld eingeführt. Das wurde abgeschafft. Er hat die Studiengebühren eingeführt. Die wurden abgeschafft. Stoiber wurde quasi rückabgewickelt. Das Oberste Bayerische Landesgericht ist nun der letzte Punkt, der übriggeblieben ist. Ein alter DDR-Handwerkerspruch lautet: Wir bauen auf und reißen nieder, Arbeit gibt es immer wieder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Mit diesem Slogan kann man die CSU-Politik der letzten Jahre durchaus richtig charakterisieren. Es werden neue Dinge ausgerufen und wieder eingesammelt. Am Ende können Sie sich die Rettungsmedaille verpassen lassen. Sie rufen den Nationalpark aus und fahren schließlich hin, um zu sagen: Wir bewahren euch vor dem Nationalpark. Was sind wir doch für tolle Hechte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

– Ja, der tolle Hecht. Darauf kommen wir noch. Sie schmieden schon Pläne für eine bayerische Weltraumfahrt. Ich war enttäuscht, dass Sie an unbemannte Flugkörper denken, die Sie zum Mond schicken wollen.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Söder, eigentlich gehört dort schon ein Mann hinein, nach dem Motto der CSU: Nur die Besten gehören in dieses Weltraumprogramm. Fliegen Sie einmal los und grüßen Sie uns vom Mond.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Herrn Aiwanger könnte man doch zum Mond schießen!)

Solche Visionen, haben Sie heute in den Raum gestellt. Neben der eigenen berittenen Polizei, der bayerischen Kavallerie fehlt nur noch die berittene Gebirgsmarine.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das hatte schon den Ansatz einer Polit-Komödie. Das muss ich zugestehen. Der Unterhaltungswert war vorhanden. Wir haben Ihren Einfallsreichtum bewundert.

Kommen wir wieder zur Sachpolitik zurück. Wir sind beim Thema Landwirtschaft stehen geblieben. Dort fehlen weitergehende Konzepte, um die Themen anzugehen. Die Umsetzung der Düngeverordnung ist für viele Praktiker draußen ein K.-o.-Kriterium. Sollte sie umgesetzt werden, was aktuell Stand der Technik ist, wird knapp die Hälfte der kleinen und mittleren Betriebe verschwinden. Das sage ich Ihnen voraus. Dort sind Kosten im Verzug. Dort ist Technikeinsatz gefordert. Das kann und darf so nicht kommen. Sie müssen die Landwirtschaft gezielter beraten. Der Beratungsabbau der letzten Jahre war ein großer Fehler. Jetzt sind wir wieder beim Aufbauen und Niederreißen. Sie reaktivieren die Zuständigkeit für die Landwirtschaft in der Regierung. Das ist längst überfällig und äußerst begrüßenswert. Damals war es ein Fehler, sie einzusparen. Auf Regierungsebene sind die Landwirte dem Umweltschutz zugeordnet worden. Die Fachberatung wurde nicht gewährleistet. Das ist dringend nötig. Dafür muss ich Ihnen ein Kompliment aussprechen. Das war die richtige Entscheidung. Ich hoffe, dass dies auch in der Praxis draußen ankommt.

Ich will einen ganz neuen Gedanken ins Spiel bringen, nämlich die Thematik rund um die Hofabgabeklausel. Zwar spielt dieses Thema in die Bundespolitik hinein, Sie sollten sich das aber aufschreiben. Reden Sie mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium. Ist das noch Stand der Technik, wenn ein Landwirt mit Mitte 60 seinen Hof aufgeben muss, um die mickrigen 400 Euro oder weniger Altersgeld zu bekommen? – Ich glaube, das ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir den Strukturwandel stoppen oder zumindest abmildern wollen, sollten wir darüber nachdenken, die Landwirte weiterhin auf ihren Höfen arbeiten zu lassen. Wenn der Landwirt 40 Jahre eingezahlt hat, sollten wir ihm die paar Euro geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was mir völlig fehlte, war der Bereich der Energiepolitik. Heute haben wir FREIE WÄHLER in Wernberg-Köblitz eine Veranstaltung gegen die Stromtrasse Suedlink und die Süd-Ost-Passage. Wenn Sie die Energiezukunft Bayerns darin sehen, Strom aus dem Norden zu beziehen, sind Sie grandios auf dem Holzweg unterwegs. Sie sagen doch sonst auch immer, wir könnten alles alleine und besser machen. Die Zukunftsvision kann nicht sein, sich an die Energie-Nabelschnur von Sachsen oder Norddeutschland zu hängen in der Hoffnung, dass dort genügend Braunkohle- und Windstrom eingespeist wird. Wir könnten in Bayern mit der Wertschöpfung vor Ort auch in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft viele Einkommensalternativen erschließen und Abhängigkeiten mildern.

Vorhin haben Sie gesagt, Sie wollten irgendwo ein Batteriezentrum errichten. Dabei fehlt mir das Power-to-Gas-Thema. Im Batterie-Sektor forschen schon viele andere. Sie können sich gerne einklinken. Ich frage Sie ernsthaft: Glauben Sie daran? Oder ist das nur ein Feigenblatt, um in fünf Jahren zu sagen: Leider geht bei der Energiewende nichts außer Brennstoff? – Noch einmal: Power-to-Gas ist eine der größten Schlüsseltechnologien, um die Energiefrage der Zukunft zu lösen. Über diese Technologie können wir selbst Energie erzeugen und in bestehende Gasnetze einspeisen. Wir könnten uns Trassen sparen. Am Ende könnten wir sogar Autos damit antreiben. Ich glaube, die Power-to-Gas-Technologie ist mindestens genauso wichtig wie die Batterieforschung. Sie reihen sich in der Batterieforschung neben viele andere ein und sagen: Bayern schaut, ob es eine bayerische Batterie erfindet, die noch besser ist. Vielleicht sollten Sie das eine tun, aber das andere nicht lassen. Ich sehe an dieser Stelle jedoch Verzögerungen. Da kommt nichts heraus. Wir hätten die Chance dazu. Andere Bundesländer greifen das mittlerweile massiv auf.

Sie sagen, Bayern sei ein Autoland. Ja, Bayern ist aber auch Autofahrerland. Der gesamte ländliche Raum ist dringend auf das Auto angewiesen, weil der ÖPNV bei Weitem nicht das abdeckt, was wir bräuchten. Ich fordere jetzt von Ihnen, sich dafür einzusetzen, dass die Autoindustrie die Euro-4- und Euro-5-Modelle auf die Standards vernünftiger Abgaswerte nachrüstet. Die Autobesitzer sind von der Autoindustrie aufgrund der gefälschten Abgaswerte übers Ohr gehauen worden. Die Nachrüstung sollte kostenfrei für den Autobesitzer erfolgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Hausnummer von 1.500 bis 3.000 Euro. Das würde der Autoindustrie nicht das Genick brechen. Es wäre jedoch ein Zeichen der Wiedergutmachung. Aus Sicht des Gesetzgebers ist es dringend erforderlich, die Rechtshygiene in diesem Land einzuhalten. Ein Betrug darf nicht offiziell akzeptiert werden. Setzen Sie Ihren neuen Verkehrsminister auf die Fährte, der alte hat es nicht geschafft, die Nachrüstungen technisch voranzubringen und gesetzlich einzunorden. In absehbarer Zeit sollten die Autobesitzer aufgerufen werden, ihre Autos nachrüsten zu lassen. Die Autoindustrie muss liefern. Ich sage noch einen weiteren Satz: Tun Sie das. Das sind auch Wähler. Schielen Sie nicht nur auf die Konzernspenden der Autoindustrie für den nächsten Wahlkampf. Setzen Sie sich für die betrogenen Autobesitzer ein. Auch das ist Politik für die Bürger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für den Mittelstand ist ein bisschen gekommen, vielleicht zu wenig. Ich gebe Ihnen einen unkonventionellen Gedanken mit, den ich nicht zum ersten Mal äußere, aber den ich von Ihrer Seite noch nie gehört habe: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Handwerksmeister nicht nur erhalten, sondern bei gewissen Gewerken wie bei den Fliesenlegern wieder eingeführt wird. Machen Sie hierzu einen Vorstoß. Der Handwerksmeister ist bei 40 Gewerken abgeschafft worden. Das Gewerk der Fliesenleger ist ein Beispiel von mehreren. Das hat dazu geführt, dass dort heute keine Ausbildungen mehr absolviert werden und Lehrlinge fehlen. Zwar hat der Beruf viele Ein-Mann-Betriebe hervorgebracht, dort ist jedoch immer weniger Qualität zu finden. Wenn es darauf ankommt, ist niemand mehr da. In ein paar Jahren wird es noch schlechter sein. Reaktivieren Sie das Handwerk. Helfen Sie dem Handwerk auch beim Thema Bürokratie. Helfen Sie dem Handwerk auch bei der Umsetzung der Digitalisierung, damit die kleinen Betriebe eine Zukunft haben. Wir stellen fest, dass viele bei der Übergabe das Handtuch streichen.

(Annette Karl (SPD): Werfen!)

– Oder werfen. Meine Damen und Herren, richtig: die Segel streichen oder das Handtuch werfen.

Sie haben angekündigt, die Wirtshauskultur wieder stärken zu wollen. Vorhin haben Sie jedoch gesagt, es dürfe hier nicht zugehen wie im Wirtshaus. Ich gebe Ihnen recht. Es soll zugehen wie im Landtag. Worin bestehen die Probleme der Wirte draußen? – Für sie gilt nach wie vor nicht der Mehrwertsteuersatz von 7 %. Zwar regelt dies der Bund, aber auch an dieser Stelle vermisse ich Ihren Vorstoß. Da Sie nicht mehr Finanzminister sind, geben Sie bitte das Folgende an Ihren Nachfolger weiter. Viele Wirte haben in den letzten Monaten unerwünschten Besuch vom Finanzamt bekommen. Teilweise mussten sie massive Steuernachzahlungen auf relativ geschätzter Basis leisten. Es stehen Hausnummern von 100.000 bis 200.000 Euro im Raum. Das Finanzamt hat gesagt: Der Wirt soll bitte nachzahlen, weil wir davon ausgehen, dass er mehr verdient hat. Er hat doch mehr Servietten eingekauft. Das passt doch irgendwie nicht zusammen. – Meine Damen und Herren, damit Sie das nicht missverstehen: Ich will keinen Betrug unterstützen.

(Tobias Reiß (CSU): Hört sich aber so an!)

Sie bringen jedoch Wirtshäuser draußen massiv in die Bredouille. Wenn das Wirtshaus nachher kaputt ist, kommen Sie mit Förderprogrammen an, um es wieder zu beleben. Schauen Sie vorher, wie man Betrug vernünftig ausschließen kann, wenn das überhaupt ir-

gendwo Thema ist. Aber jeder andere Berufszweig ist mit Sicherheit genauso mit dabei. Dies den Wirten per se zu unterstellen, ist eine Schweinerei. Kümmern Sie sich darum, dass unsere Wirte wieder Zukunft haben. Sie sind als Staatsregierung nicht ganz unbeteiligt, wenn es daneben geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Vereinswesen haben Sie als einzigen Punkt den Moscheeverein aufgezählt, wo man hinschauen müsse, dass dieser nicht viel Geld aus dem Ausland bekomme. Dann müsse er die Gemeinnützigkeit verlieren. – Ja, da wird er weinen und sich aufhängen, wenn er das hört. Natürlich ist es richtig, das zu tun. Aber das rührt überhaupt nicht an. Da müssen Sie anders vorgehen, wenn Sie ihm den Stecker ziehen wollen.

Unter der Überschrift "Vereinswesen und Ehrenamt" fällt mir etwas ganz anderes ein, nämlich unsere fünf Millionen organisierten Ehrenamtler in Bayern. Da gibt es viele Vereinsvorstände, Jugendleiter oder Sportleiter, von der Landjugend über die Feuerwehr bis zum Sportverein. Meine Damen und Herren, viele Ehrenamtliche sorgen dafür, dass das Leben draußen läuft und dass wir uns jetzt, wenn die Feiersaison wieder losgeht und wir uns auf den Festen sehen, ablichten lassen können.

Aber diese Leute sind vielfach alleingelassen. Sie sind rechtlich alleingelassen, weil sie heute eine Vielzahl von Vorschriften im Nebenamt gar nicht mehr bewältigen können, von der Hygiene-Verordnung über das Gesundheitszeugnis und den Brandschutz bis zur Steuer nach einem Dorffest oder Burschenfest. Meine Damen und Herren, Sie müssen hier den Vereinen und den Ehrenamtlichen ganz gezielt vor Ort Handreichungen, die sie abarbeiten, und Hilfestellungen auch personeller Art geben, damit nicht junge Vorsitzende ihre gesamte Zeit damit verbringen müssen, irgendwelchen Bürokratiekram abzuarbeiten, um sich am Ende vielleicht noch strafbar zu machen, weil sie an irgendetwas nicht gedacht haben. Wir als Politiker kommen am Sonntag und lassen das Foto machen, und am Montag hat der Vorsitzende das Finanzamt im Haus und großen Ärger. Auch hier sollen Sie bitte den Ehrenamtlichen gezielt helfen. Wir haben hier in den letzten Tagen mehrere Gespräche mit jungen Leuten geführt, die in den Landtag gekommen sind und im Ehrenamt unterwegs sind, die ganz klar sagen: Das ist nicht mehr leistbar. – Auch das gehört zu Bayern. Auch dort müssen Sie ansetzen. Auch das ist Verein. Das ist völlig verschwiegen, überhaupt nicht erwähnt worden. Ohne diese Ehrenamtler hätte Bayern nicht mehr sein Gesicht. Wir müssen ihnen helfen, bevor sie das Handtuch schmeißen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die überregionale Verkehrspolitik – ich habe das Thema vorher mit der dritten Startbahn angesprochen – braucht eine Kurskorrektur. Sie schweigen momentan die Positionen tot und wollen sich nicht mehr dazu äußern.

Bei den Staatsstraßen ist dringend nötig, dass nachgebessert wird. Wir haben in den letzten Jahren erkannt, dass Bayern mit das schlechteste Staatsstraßennetz in ganz Deutschland hat. Ich bin vor wenigen Tagen aus Deggendorf kommend auf der Staatsstraße 2133 Richtung Freyung-Grafenau gefahren. Ich habe mir gedacht: Bin ich schon in Tschechien oder noch in Niederbayern? Meine Erkenntnis war: Es muss Niederbayern sein, weil in Tschechien die Straßen sicher besser sind.

(Ruth Müller (SPD): Haben Sie dich da nicht verstanden?)

Auch hier müssen wir also die Dinge angreifen. Wenn Sie jetzt erkennen, dass wir zu wenig Personal haben, um den Verkehr auszubauen, dann gebe ich Ihnen recht. Wir haben bei den Straßenplanungsbehörden draußen einen eklatanten Personalnotstand. Da steht vielleicht das Geld zur Verfügung, aber wir bringen es nicht mehr auf die Straße. Das betrifft beispielsweise den Ausbau der A 3. Über die Vorstellung, dass wir in Österreich anfragen müssen, ob die uns vielleicht helfen, die neuen Teerarbeiten zu begleiten, hätten wir vor zehn Jahren geschmunzelt. Heute ist das Realität. Wir müssen die Schlagkraft dieser Behörden gezielt stärken; deshalb meine Kritik an den vorher aufgezählten neuen Behörden, die Sie alle aus dem Boden stampfen wollen.

Konzentrieren Sie sich auf das Machbare. Sie wollen jetzt eine neue Wohnungsbaubehörde gründen. Wo werden Sie die Leute hernehmen? – Sie werden sie entweder von jetzigen staatlichen Behörden abziehen oder aus dem freien Markt, wo es kaum welche gibt. Wir brauchen diese Leute in den bestehenden Strukturen; sonst können wir künftig nicht einmal mehr Geh- und Radwege planen. Da kann ich Ihnen ein Beispiel nennen, wenn Sie wollen. Da hat es geheißen, wenn es die Kommune macht, dann machen wir es, ansonsten geht es nicht. Wir können keine Autobahnen mehr sanieren. Wir haben nicht mehr das Planungspersonal. Der Personalabbau der letzten Jahre wirkt sich jetzt massiv aus. Das heißt: Hier müssen wir nachbessern, sonst haben wir schöne Pläne, fliegen zum Mond und haben eine berittene Kavallerie, die über den Bodensee reiten kann, wenn es gefroren ist, haben aber am Ende keine Leute, die unsere Straßen sanieren und die Planungsarbeiten übernehmen.

Das meine ich, wenn ich als FREIER WÄHLER sage: Baustellen erkennen, Baustellen gezielt abarbeiten, und nicht nach den Sternen greifen, sondern in der jetzigen Welt, in der Realität, die Dinge lösen. Da haben wir Riesenprobleme, die auf uns zukommen und die wir vor Ort erkennen und abarbeiten müssen. Sonst ist Bayern nicht mehr das, was es war.

Sie können sagen, dem Aiwanger seine Tipps brauche ich nicht. Die verächtliche Randbemerkung vorher war klar genug: Der ist eh zu dumm. Aber wenn Sie sie annehmen wollen, biete ich Ihnen weiterhin Tipps an. Bei den Studiengebühren haben wir uns durchgesetzt, beim G 9 haben wir uns durchgesetzt, bei den Straßenausbaubeiträgen setzen wir uns durch. Wir werden uns auch bei der Abschaffung der Kindergartengebühren mittelfristig durchsetzen, je nachdem auch danach, wie künftige Wahlen ausgehen. Wir stehen also mit Rat und Tat bereit, diesem Land zu dienen. – Danke schön und einen schönen Nachmittag.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich in der Rede über eine Stunde gehört habe, kann man eigentlich mit einem Satz zusammenfassen: Gute Politik für Bayern braucht Mut und Haltung. Für alles andere gibt es die Visa-Karte von Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben viel davon geredet, was man alles mit Geld kaufen kann. Sie sehen sich ja gern als Manager Bayerns. Aber Sie haben ein Problem: Sie sind kein Steve Jobs. Sie sind eher eine Art Martin Winterkorn: Sie halten krampfhaft an Überholtem fest und agieren zukunftsvergessen. Sie haben Sachen aufgezählt, die Sie alle mit Ihrer Master-Karte bezahlen können. Aber überall dort, wo Mut und Entschlossenheit, wo Mut und Haltung gefragt sind, da sind sie blank geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da, wo die Menschen in Bayern Antworten auf Fragen erwarten, die sie beschäftigen, ringen Sie nicht um die beste Lösung. Sie gehen den Weg der Überschriften, der schnellen Gefälligkeiten und der kurzfristigen Wahlkampfgeschenke. Das hat man deutlich gemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein konkretes Beispiel dazu: Ihre Verkehrsministerin Ilse Aigner hat bekanntgegeben, dass jetzt die MVV-Kunden, die eine Jahreskarte abonnieren wollen, zu den zwei Gratismonaten des Verkehrsverbundes vom Ministerium noch einen Gratismonat obendrauf bekommen. Sie, Herr Ministerpräsident, würden doch am allerliebsten noch den CSU-Schlüsselanhänger und einen Gutschein für drei Coffee-to-go im Sperrengeschoss am Marienplatz dazu packen.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Gute Idee! Nimm sie mal mit!)

Aber mal im Ernst: Ist es Ihnen eigentlich nicht zu blöd, kommt es Ihnen nicht komisch vor, dass Sie mit einer solchen billigen Promotionaktion unterwegs sind, um Neukunden anzulocken, anstatt ein richtiges Paket zu schnüren, das allen Pendlerinnen und Pendlern hilft, die täglich in einem überfüllten Bus- und Bahnsystem unterwegs sind, also ein Angebot mit guten Verbindungen, mit fairen Preisen und mit einem einfachen Ticket-System? – Das wird doch gebraucht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nein, Sie gehen hier wirklich den Weg der schnellen Überschrift, wollen das Problem aber nicht grundlegend anpacken und lösen.

Ein anderes Beispiel ist das bayerische Pflegegeld: Es wurde viel darüber geredet. Ich möchte es kurz ansprechen. Es ist absolut unstrittig, dass alle, die Angehörige oder Freunde pflegen, unsere größte Anerkennung haben; sie leisten Großartiges. Sie verdienen dafür Anerkennung. Das ist keine Frage. Aber was brauchen die Menschen am ehesten? – Sie brauchen eine unterstützende Infrastruktur. Sie brauchen Pflegestützpunkte, sie brauchen innovative Pflegekonzepte, sie brauchen Kurzzeitpflegeplätze, durch die sie entlastet werden können.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Machen wir doch! Steht ja drin!)

So muss das Thema konkret angegangen werden. Aber Sie sind wieder bei Überschriften und bei der Politik der schnellen Überweisung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau diese Herausforderungen, die nach einer anderen Politik schreien – zum Beispiel das Artensterben, der gigantische Raubbau an unseren Lebensgrundlagen oder die verfehlte Agrarpolitik in diesem Land, die dafür verantwortlich ist, dass immer mehr Tier- und Pflanzenarten der Garaus gemacht wird und unser Wasser und unsere Böden kaputt gehen –, haben wir im Blick und darauf auch die Antworten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was für welche?)

Trotz einer Staatskasse, die so voll ist wie noch nie, fehlt die Chancengerechtigkeit in unserem Land. Als ehemaliger Finanzminister wissen Sie genau: Wir haben in Bayern so viel Geld wie noch nie. Trotzdem geht es in Bayern aber nicht gerecht zu. Noch heute hängen Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern und vom Wohnort ab. Noch heute warten viele junge Eltern auf ein Kinderbetreuungsangebot, das zu ihrer Lebenswirklichkeit passt. Das muss angepackt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Menschen sehen, dass die Herausforderungen, die vor uns liegen, angepackt werden müssen, weil sie die Auswirkungen selber spüren. Sie wissen, dass man nicht einfach so weitermachen kann, und sie wollen auch nicht, dass man ihnen sozusagen eine scheinheilige Inszenierung und Überschriften anbietet. Sie wollen konkrete Antworten.

Die Menschen in Bayern wissen, dass man nicht tonnenweise Ackergifte auf unsere Felder sprühen kann, ohne dass die Böden und das Wasser kaputtgehen. Fahren Sie einmal mit offenen Augen durch die Fluren unseres Landes, und Sie werden feststellen, dass von der einst vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt immer weniger vorhanden ist. Auch diejenigen, die nicht zu Fuß unterwegs sind – wie Sie, Herr Ministerpräsident Söder –, werden spätestens, wenn sie die Windschutzscheibe ihres Autos waschen, feststellen, dass wir immer weniger Insekten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das stimmt ja nicht!)

Meine sehr geehrten Kollegen von der CSU – leider sind nur relativ wenige anwesend –, ich möchte Sie einmal fragen: Wissen Sie noch, was Sie am 1. April 2008 beschlossen haben? – Ich hoffe, das war kein Aprilscherz. – Es war die Bayerische Biodiversitätsstrategie. Das hat gut geklungen, mehr nicht. Dabei ging es auch schon um das Thema Artensterben. Sie meinten gerade, es sei kaum etwas schlechter geworden. Der aktuelle Umweltminister – er ist leider im Moment nicht anwesend – Marcel Huber war damals Staatssekretär. Sie haben vor zehn Jahren in Ihrer Biodiversitätsstrategie beschlossen, dass sich bis zum Jahre 2020 für mehr als 50 % der Arten auf der Roten Liste die Gefährdungsstufe um wenigstens eine Stufe verbessern soll. Was ist eingetreten? – Genau das Gegenteil. Da haben Sie komplett versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Liste der Arten, die vom Aussterben bedroht sind, wird länger und nicht kürzer, und zwar in einem nie da gewesenen Tempo. Wir müssen auch feststellen, dass immer mehr Allerweltsvogelarten wie das Rebhuhn oder der Kiebitz mittlerweile auf der Roten Liste als "stark gefährdet" eingestuft sind. Der Feldhase und seit Neuestem auch der Igel sind vom Aussterben bedroht. Der massive Schwund von Schmetterlingen, Bienen und anderen Insekten bedroht unsere Landwirtschaft – ohne Insekten keine Bestäubung und ohne Bestäubung keine Erträge. Ich muss feststellen: Beim Schutz unserer vielfältigen bayerischen Tier- und Pflanzenwelt haben Sie in den letzten zehn Jahren krachend versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre heutige Regierungserklärung zeigt klar und aktuell wieder: Sie haben nicht den Mut, nicht den Willen und nicht die Entschlossenheit, gegenzusteuern, um das Artensterben in Bayern endlich zu stoppen. Ihre abwartende Politik in Bayern ist dafür verantwortlich. Sie brauchen nicht nach Berlin zu schimpfen, Sie brauchen nicht nach Brüssel zu schauen. Sie in Bayern sind dafür verantwortlich, dass bei uns immer mehr Tier- und Pflanzenarten aussterben. Das ist Ihre falsche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was haben wir heute gehört? Sie haben sich hier hingestellt und eine Art besseres Landesamt für Artenschutz angekündigt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wir wollen das Artensterben in Bayern nicht dokumentieren, sondern wir wollen es stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE wollen hier die Notbremse ziehen, und wir müssen die Notbremse bei einer völlig verkehrten und falsch gesteuerten CSU-Landwirtschaftspolitik ziehen. Auf der einen Seite hat diese Landwirtschaftspolitik unsere Landwirte in eine Turbolandwirtschaft nach dem Motto "Wachsen oder weichen" getrieben. Auf der anderen Seite hat diese Landwirtschaftspolitik dazu geführt, dass unser ökologisches Gleichgewicht immer weiter aus den Fugen geraten ist. Diese Art der Landwirtschaftspolitik nützt niemandem. Die Landwirte sind damit nicht zufrieden und die Verbraucher auch nicht. Unsere Natur geht darunter kaputt, und unser Wasser wird immer schlechter. Nur eine Handvoll großer Agrarmonopolisten verdienen daran. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Fachwelt ist absolut unstrittig, dass diese CSU-Turbolandwirtschaft mit noch mehr Nitrat auf den

Böden, mit noch mehr Ackergiften auf den Feldern und mit noch mehr Antibiotika in der Massentierhaltung kein Modell für die Zukunft ist. Es ist Zeit, dass sich etwas ändert. Für uns GRÜNE stehen unsere Lebensgrundlagen nicht zum Verkauf.

Gemeinsam mit den Landwirten wollen wir die Segel in Richtung gifffreier Landwirtschaft für Bayern setzen. Als Zwischenziel wollen wir die Ackergifte in Bayern bis zum Jahre 2030 um 50 % halbieren. Den Einsatz von Glyphosat und der bienentötenden Neonics wollen wir umgehend beenden. Vor allem wollen wir aber die Förderinstrumente so umstellen, dass wir unsere Landwirte Schritt für Schritt auf diesem Weg hin zu einer gifffreien Landwirtschaft im Interesse der Landwirte, von intakten Böden, sauberem Wasser und für den Erhalt unserer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt mitnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz gesagt: Um zu erhalten, was uns erhält, brauchen wir eine andere Landwirtschaftspolitik, die mit der Natur und nicht gegen sie arbeitet.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Politik der letzten Jahre gefährdet nicht nur die vielfältigen Tier- und Pflanzenarten in Bayern. So rücksichtslos, wie Sie mit der Tier- und Pflanzenwelt umgehen, genauso rücksichtslos behandeln Sie Grund und Boden in diesem Land, unsere ererbte Kulturlandschaft. Herr Ministerpräsident Söder, denken Sie zurück. Sie waren, bevor Sie Ministerpräsident wurden, Heimatminister. Sie haben eine Regierungserklärung gehalten und zum Thema Flächenverbrauch gesagt: "Angst um zu viel Flächenverbrauch habe ich übrigens nicht." Das ist ein Zitat aus Ihrer Regierungserklärung.

Sind Sie schon einmal – schauen Sie bitte einmal nicht aufs Handy! – mit offenen Augen durch Bayern gefahren? Sie sehen dann die Auswirkungen Ihrer verfehlten Politik. Eine Logistikhalle nach der anderen wird in die Landschaft gerammt. Auf immer mehr Flächen wachsen Straßen und Discounter anstatt Bäumen und Getreide. Das Gravierende daran ist, dass unter dieser Betonflut, die über unser Land schwappt, nicht nur die Natur leidet, sondern auch die Ortskerne, die immer weiter ausbluten. In den Ortskernen ist kein Bäcker und kein Metzger mehr vorhanden; dort schlägt aber das Herz einer starken Dorfgemeinschaft. Sie bluten weiter aus. Dafür ist Ihre Politik, die Entwicklung auf der grünen Wiese, verantwortlich, und genau das feuern Sie noch weiter an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich sollte Bayern in fünf Jahren barrierefrei sein. Ich weiß nicht, ob sich die Kollegen der CSU noch daran erinnern; auch das war einmal ein Versprechen einer Regierungserklärung, die hier von Ihrem Ministerpräsidenten gehalten worden ist. Wenn man sich aber die Wahrheit ansieht und mit offenen Augen in Bayern unterwegs ist, wird man feststellen, dass die verfehlte Landesplanung der CSU-Regierung neue Barrieren in Bayern schafft und keine beseitigt. Das wird auch immer wieder von verzweifelten älteren Menschen angesprochen, die kein Auto haben und zu Fuß nicht mehr so mobil sind; denn meistens läuft es folgendermaßen ab: Zuerst kommt die extra breite Umgehungsstraße, kurz danach siedelt sich der Discounter an der Umgehungsstraße an und kurz darauf schließt der Laden oder der Bäcker im Ort. Für alle, die nicht Auto fahren können oder wollen, geht dann eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit verloren.

Wir wollen diese lebensqualitätstraubende Politik beenden. Wir wollen die Ortschaften stärken, statt Parkplatzwüsten vor den Ortseinfahrten. Das ist Ziel grüner Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sicher einen engen Zeitplan. Ich würde Ihnen aber einmal eine Reise nach Unterfranken zur Hofheimer Allianz ans Herz legen. Ich denke, dort können Sie einiges lernen, was Bürgermeister und motivierte Gemeinderäte in unserem Land alles auf die Beine stellen können.

Die Hofheimer Allianz in Unterfranken geht seit zehn Jahren einen beeindruckenden Weg. Dort nimmt man den Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" wirklich ernst. Die Bürgermeister, die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen haben gemeinsam beschlossen, den Innenort zu stärken und nicht den Außenbereich. Mit dem Mut, diesen Weg zu gehen, sind sie verdammt erfolgreich. Übrigens sind dort, ganz anders als wir das sonst in Bayern kennen, dass nämlich die Läden im Ortskern schließen und an die Umgehungsstraße abwandern, zwei Supermärkte vom Ortsrand wieder in den Ort zurückgezogen. Das haben die Gemeinden dort geschafft. Entgegen allen Prognosen ist es ihnen gelungen, die demografische Entwicklung umzudrehen; denn sie haben gezielt darauf gesetzt, den Innenort zu stärken und nicht den Außenbereich. Dort ziehen Menschen hin, nicht weg. Ich habe selbst mit dem Bürgermeister Gespräche vor Ort geführt. Dabei wurde deutlich: Dieser Weg ist nicht leicht, ist auch kein Spaziergang. In der Politik geht es aber doch nicht darum zu tun, was einfach ist. Es geht nicht um die schnelle Überschrift, es geht nicht um Gefälligkeiten oder um Wahlgeschenke. Es geht doch darum, das zu tun, was für die Menschen

richtig und gut ist in unserem Land. – Das macht grüne Politik aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie mit Ihrer Politik machen, Herr Ministerpräsident, ist etwas anderes. Heute haben Sie wieder neue Förderprogramme angekündigt. Sie wollen mit Förderprogrammen, also mit Geld der Allgemeinheit, gegen eine Entwicklung ansubventionieren, die Sie im Außenbereich selbst geschaffen haben. Sie müssen die Entwicklung im Außenbereich doch endlich begrenzen, um die Ortskerne zu stärken. Das wäre eine Politik, die den Titel "Das Beste für Bayern" wirklich verdient hätte.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN haben uns vor einigen Monaten mit einer Reihe von Partnern auf den Weg gemacht, um die Betonflut in Bayern endlich einzudämmen, damit Bayern Heimat bleibt. Sie können sich sicher sein, wir werden das schaffen, mit Ihnen oder gegen Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist einfach zu schön, um es Ihrer Landesplanung zu überlassen.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ich bin überzeugt, die Menschen in Bayern werden Sie zwingen, Ihre Politik der Planierraupe zu beenden. Das werden Sie tun, genauso wie am Riedberger Horn. Die von Ihnen persönlich vorangetriebene Skiliftrasse, Herr Ministerpräsident Söder, sollte in die alte Schutzzone C. Unsere Argumente, unsere Liebe zu den Bergen war aber deutlich stärker als Ihre Bereitschaft, unsere Heimat für den schnellen Euro zu verscherbeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Plan für die neue Skiliftrasse haben Sie aber nicht auf Eis gelegt, weil Sie plötzlich Ihre Liebe zur Natur oder zu den Bergen erkannt hätten. Das haben Sie nur gemacht, damit Ihr Verzicht auf den dritten Nationalpark nicht ganz so brutal überkommt, wie er ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem wird aber nicht so sein. Sie haben heute hier im Bayerischen Landtag die große Keule gegen den Naturschutz in Bayern geschwungen. Dabei haben Sie zwei Drittel der Menschen in Bayern getroffen, die sich einen dritten Nationalpark wünschen. Das ist das Ergebnis der aktuellen Umfragen. Vor über einem hal-

ben Jahrhundert, also vor über 50 Jahren, wurde in Bayern der erste deutsche Nationalpark gegründet, und zwar im Bayerischen Wald. Vor 40 Jahren wurde der Nationalpark Berchtesgadener Land ins Leben gerufen. Die beiden Nationalparks sind Juwelen des Naturschutzes in Bayern. Sie sind Juwelen des Artenschutzes und des sanften Tourismus.

Sie haben auch etwas zum Artenschutz gesagt. Schauen wir uns doch einmal die Nationalparks an, die wir haben. Das macht nämlich deutlich, wie wichtig ein dritter Nationalpark in Bayern ist. Der Bayerische Wald ist Heimat für 40.000 heimische Arten. Ein großer Teil dieser Arten kommt nur noch dort vor. Im Nationalpark Berchtesgadener Land konnte man kürzlich 600 Nachtfalterarten nachweisen. 160 von ihnen stehen bereits auf der Roten Liste. Das zeigt doch: Unsere Nationalparks sind Hotspots der Artenvielfalt in unserem Land. Die Ausweisung eines lange ersehnten dritten Nationalparks wäre doch genau die richtige Antwort auf die Frage nach dem Artenschutz in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist verantwortungslos, dass Sie diesen dritten Nationalpark heute einfach in die Tonne getreten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer einstündigen Regierungserklärung, bei Ihrer Politik geht es Ihnen nicht darum, unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Das hat man deutlich gehört. Da war kein Wort zur Energiewende zu hören. Es ist schon eine maßlose Übertreibung, hier, an diesem Platz, oder im Bayerischen Landtag bei dieser Staatsregierung von Energiewende zu sprechen. Energiewende – klingelt da etwas bei Ihnen? War da nicht einmal etwas?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie waren damals doch der zuständige Minister. Sie standen hier an diesem Rednerpult und haben davon gesprochen, Bayern würde Vorreiter bei der Energiewende, beim Ausbau der Windkraft. Von alledem ist nichts mehr vorhanden. Sie brauchen gar nicht so wegschauen, das ist Fakt. Das ist so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Traurige an der Sache ist aber, und das ist wirklich traurig, dass wir vor sieben Jahren gemeinsam beschlossen haben, endlich aus der Atomkraft auszuweichen. In vier Jahren wird das letzte bayerische Atomkraftwerk endlich abgeschaltet. Wir hatten also elf Jahre Zeit. Elf Jahre standen zur Verfügung, um den Umbau unserer Energieversorgung zu gestalten,

und zwar weg von der dreckigen gefährlichen Energienutzung hin zu einem Energiesystem der Zukunft, zu einem System, das als Rückgrat auf Wind und Sonne beruht und mit Biomasse als flexibler Unterstützung arbeitet. Elf Jahre hatten wir dafür Zeit. Was haben Sie von der CSU-Regierung aber gemacht? – Sie haben vor der Aufgabe einfach kapituliert. Sie haben sie nicht angepackt, Sie haben sich weggeduckt. Sie bremsen sogar den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daraus, dass Sie die Mitarbeit bei der Energiewende komplett eingestellt haben, folgt, dass Bayern bei fast jeder zweiten Kilowattstunde Strom von anderen Ländern abhängig ist. Der Strom muss importiert werden. Aber nicht nur das, die Energieversorgung wird auch dreckiger. Die GroKo hat nämlich wieder keinen echten Kohlestromausstieg beschlossen. Folglich kommt der dreckige Kohlestrom nach Bayern. In Berlin haben Sie das Thema nämlich nicht angepackt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Energiewende im Strom- und Wärmesektor spielt aber die entscheidende Rolle beim Kampf gegen die Erdüberhitzung. Zum Thema Klimaschutz fand sich kein Wort in Ihrer Regierungserklärung. Für uns GRÜNE aber ist ganz klar, dass sich das starke Land Bayern in dieser Frage nicht aus der Verantwortung stehlen darf. Es ist doch unstrittig, dass wir die letzte Generation sind, die dafür sorgen kann, dass die Folgen der Erdüberhitzung für unsere Kinder und Enkelkinder zumindest irgendwie zu bewältigen sind. Diese Chance ist zugleich unsere Verantwortung. Wir haben die Verantwortung, heute entschlossen und mutig für ein gutes Morgen zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind inzwischen gute vier Wochen im Amt. Macht bringt die Verpflichtung mit sich, Verantwortung ernst zu nehmen. Beim Kampf gegen die Erdüberhitzung hat Bayern eine Verantwortung, der Sie aber bis heute nicht gerecht werden. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Kampf für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen steht für uns GRÜNE auf der gleichen Ebene wie unser unermüdlicher Einsatz für mehr Chancengerechtigkeit in unserem so reichen Land. Gleiche Chancen für alle, unabhängig von der Herkunft, sind ein tragender Pfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie oft erleben wir, dass sich der Staat hier aus der Verant-

wortung zieht und seiner Verantwortung nicht gerecht wird! Er überlässt die Menschen sich selbst oder dem Markt. Wir wollen, dass hier öfter steuernd eingegriffen wird. Ich möchte es gleich deutlich sagen: Unter einem steuernden Eingreifen verstehen wir GRÜNEN nicht, in erster Linie Transferleistungen zu gewähren. Wir wollen vielmehr eine passende Infrastruktur anbieten, die Chancengerechtigkeit für jeden im ganzen Land garantiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich das Ganze an ein paar Beispielen bildlich deutlich machen. Eine bessere Kinderbetreuung ist ein gutes Beispiel, das deutlich zeigt, was wir meinen. Wenn beide Eltern arbeiten, dann bringt eine Kita wenig, die um 14.00 oder 17.00 Uhr zusperrt. Was machen die Eltern oder gar eine Alleinerziehende? – Wir schlagen vor, dass es künftig Kinderbetreuungseinrichtungen geben muss, die bis 20.00 Uhr geöffnet haben. Glauben Sie mir als Vater eines zweijährigen Sohnes: Keiner mag sein Kind bis spät abends in der Krippe lassen. Manchmal kommt aber ein wichtiger Termin dazwischen. Denken Sie an eine Polizeibeamtin, die im Schichtdienst arbeitet, oder auch an eine Alleinerziehende. Wir brauchen dieses Angebot mit längeren Öffnungszeiten, und wir brauchen es mit mehr Qualität. Längere Öffnungszeiten und mehr Qualität kommen für uns GRÜNE vor der Beitragsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Höhere Qualität bedeutet in erster Linie: Wir brauchen in diesem Bereich mehr Personal. Das heißt, wir müssen den Erziehern, denen wir unsere Kinder anvertrauen, mehr Wertschätzung entgegenbringen und diesen Beruf attraktiver machen. Das ist unsere Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Angebot muss sich am Leben der Eltern orientieren und nicht das Leben der Eltern am Angebot.

Das Familiengeld Plus, das Sie heute angekündigt haben, bringt nicht automatisch eine bessere Infrastruktur für die Kinderbetreuung. Damit bekommen wir sie nicht, aber wir hätten sie uns natürlich unbedingt gewünscht. Ein mangelndes Kinderbetreuungsangebot geht nicht nur zulasten der Kinder, sondern es geht auch zulasten der Chancengerechtigkeit der Frauen in unserem Lande.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen müssen doch die Fehler im System auffangen. Sie kümmern sich in den allermeisten Fällen um die

Kinderbetreuung, wenn kein Platz gefunden wird, und sie sind es auch, die meist die Angehörigen pflegen, wenn das Schicksal es so will. Für Mütter, die alleine ihre Kinder großziehen, ist das alles bald nicht mehr zu schaffen. Sie brauchen Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen stellen weitgehend ihre Karriere hintan, weil die Männer immer noch mehr verdienen. Sie begeben sich damit in eine Abhängigkeit, die es heute eigentlich nicht mehr geben müsste, wenn wir hier unsere Hausaufgaben endlich richtig machen und ein Betreuungsangebot schaffen würden, das zu den Lebensentwürfen der Menschen in Bayern passt. Und das ist unser Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Emanzipation bedeutet für Frauen heute meist noch Mehrarbeit und nicht Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung. Gleiche Chancen gibt es nur bei mehr Einsatz mit einer Doppel- oder Dreifachbelastung, einem Spagat zwischen Job, Kinderbetreuung und oft Pflege von Angehörigen. Das ist kaum zu stemmen. Es ist auch nicht gerecht. Es muss sich ändern, und das wollen wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bildungschancen in Bayern hängen immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. Diesen Zustand akzeptieren wir nicht. Unser Bayern muss zum Land der Chancengerechtigkeit werden. Egal, ob ich in Bayerbach oder München lebe, muss ein starkes Land eine Schule bieten, in der alle Kinder die gleichen Chancen haben, ihre Wünsche und Träume zum Leben zu erwecken, egal, ob die Mama Flüchtling oder Zahnärztin ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal die Grundschulen an. Der zuständige Minister ist leider auch nicht anwesend. Es ist immer häufiger eher der Regelfall als die Ausnahme, dass bereits in die erste Klasse der Grundschule Kinder mit ganz unterschiedlichen Startvoraussetzungen kommen. Die Voraussetzungen der Elternhäuser schlagen da immer voll durch; da müssen wir uns nichts vormachen. Mit ein paar unterstützenden Maßnahmen bekommen wir das nicht in den Griff. Deshalb schlagen wir vor, in den Grundschulen eine zweite pädagogische Fachkraft in der Klasse hinzuzunehmen, damit gezielt an den Schwächen der Kinder gearbeitet werden kann. – Ja, das ist teuer. Aber wie teuer ist es, wenn wir die Kinder bereits im Grundschulalter verlieren und sie dann keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein starkes Land und vor allem ein so reiches Land wie Bayern muss für Chancengerechtigkeit sorgen. Und wenn ich schon bei der Chancengerechtigkeit bin: Dies gilt auch für den Zugang Geflüchteter zum Arbeitsmarkt. Wir haben auf der einen Seite Geflüchtete, die sich eine eigene Existenz aufbauen und arbeiten wollen. Auf der anderen Seite haben wir Unternehmen, meist kleine Betriebe, die händeringend Nachwuchs suchen und Ausbildungsplätze nicht besetzen können. Was liegt da näher, als beides zusammenzubringen im Interesse unserer Wirtschaft, unserer Betriebe und im Interesse der Geflüchteten? – Der Gewinn wäre enorm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich nun schon beim Thema Integration bin: Ihr Plan, Wertekunde in einer eigenen Schulklasse für Migrantenkinder zu unterrichten, ist genau das Gegenteil von Integration.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit fördern Sie an der Schule doch genau die Parallelgesellschaften, die Sie immer so wortreich beklagen. Das ist komplett der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt auch für die Weigerung der CSU-Regierung, einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht einzuführen. Statt sich für die Wähler der AfD hübsch zu machen, sollten Sie doch lieber auf die Leute hören, die wirklich Ahnung haben. Ich meine beispielsweise den BLLV. Dort weiß man, was in der Schule gebraucht wird.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Kollege Reiß, Sie können hier immer leicht reinmurmeln. Wir können ja mal kurz eine Pause machen und eine Stunde Wertekunde unterrichten. Wir haben Ihrem Ministerpräsidenten zugehört, und jetzt rede ich hier. Vielleicht können Sie auch zuhören und anschließend Fragen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob man gute Chancen hat, hängt in Bayern ganz häufig vom Wohnort ab. Deshalb gilt für uns GRÜNE das Credo: Gleiche Chancen, egal, wo man in Bayern lebt.

Ganz vorne steht für uns GRÜNE, den Nahverkehr richtig auszubauen. Wir GRÜNE haben dazu einen ganz konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, nämlich eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern ein Ange-

bot im Stundentakt für Bus oder Bahn von fünf Uhr in der Früh bis Mitternacht in jedem Ort in Bayern von Montag bis Samstag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre ein verlässliches Angebot gerade für die Menschen ohne Auto, für Jugendliche oder ältere Menschen, die nicht mehr selbst fahren können oder wollen. Wir GRÜNE wollen ein einheitliches Tarifsystern für Bus und Bahn. Statt des Tarifschungels, der wir aktuell haben, wollen wir, dass man in ganz Bayern nach dem Prinzip "eine Fahrkarte eine Fahrt" unterwegs sein kann.

Heute ist man auf Bus, Bahn oder wieder Bus angewiesen, um von A nach B zu kommen. Wir wollen einen Bayernpass, eine bayernweite Netzkarte, mit der wir ein einfaches Angebot für alle Kundinnen und Kunden des ÖPNV schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, die Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder hat es deutlich gezeigt: Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Wir denken Mobilität vom Menschen her und nicht vom Auto her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Glasfaserleitung in jedes Haus statt Draht aus Kupfer: Das haben wir im Bayerischen Landtag oft genug diskutiert. Heute zuckelt das Internet über alte Kupferleitungen. Aber wir wollen den ländlichen Raum stärken, und das geht nur mit einem Glasfaseranschluss für jedes Haus. Das stärkt den ländlichen Raum mehr als eine Umgehungsstraße.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schön, Herr Ministerpräsident, dass Sie das jetzt als Letzter in diesem Hohen Haus auch eingesehen haben. Schade, dass in der Vergangenheit so viel Geld der Allgemeinheit für eine falsche Förderpolitik ausgegeben wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es geht vielen von Ihnen wie mir: Ich werde immer wieder von verzweifelten Eltern, deren Kinder teils noch in der Schule sind, angesprochen, die ihre Wohnung verlassen müssen, weil die Sozialbindung ausläuft. Jetzt müssen sie ihr Viertel verlassen, den Ort, an dem sie aufgewachsen sind und wo ihre Freunde sind. Denn sie können die Mietpreiserhöhung nicht mehr mittragen. Die Wohnungspolitik ist die soziale Frage unserer Zeit. Hier entscheidet sich, ob wir unsere starke Gemeinschaft vom Erzieher bis zum Unternehmer zusammenhalten können oder ob hier alles weiter auseinanderdriftet. Bei der Wohnungspolitik geht es um ein

Grundbedürfnis der Menschen. Für uns GRÜNE ist es staatliche Pflicht einzugreifen, wenn nicht endlich sogar durchzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Baukindergeld löst das grundlegende Problem von fehlenden bezahlbaren Mietwohnungen nicht. In den Städten entstehen Eigentumswohnungen, die sich kaum einer leisten kann, egal ob mit Kinderbaugeld oder ohne. Die Wohnungen sind kaum noch zu bezahlen. Hier müssen wir die Notbremse ziehen. Ein starker Staat muss selbst am Wohnungsmarkt aktiv werden und verbindliche Vorgaben machen. Das heißt, staatliche Grundstücke sollten wir nur noch in Erbpacht für den Mietwohnungsbau vergeben. Auslaufende Sozialbindungen sind ein Thema, das wir uns wirklich einmal genau ansehen müssen. Schauen Sie nach Hessen. Dort verlängert man die auslaufenden Sozialbindungen. In Bayern laufen in den nächsten fünf Jahren ungefähr 15.000 Sozialbindungen aus. Da wollen wir mit Einmalzahlungen eingreifen, um sie zu verlängern. Das hilft den Menschen, die dort wohnen, konkret und heute und nicht erst morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns geht es genauso darum, den genossenschaftlichen Wohnungsbau besser zu unterstützen, weil wir wirklich der unverzichtbare Partner für bezahlbaren Wohnraum sind.

Was haben Sie heute gemacht, Herr Ministerpräsident? – Sie haben den Mietern der staatlichen Wohnungen versprochen: In den nächsten fünf Jahren gibt es keine Mieterhöhung. – Das ist für die paar Mieter ganz nett. Kurz davor haben Sie 32.000 Wohnungen verscherbelt. Wenn die gleiche Garantie auch für die Mieter dieser Wohnungen gegolten hätte, wäre ich beeindruckt gewesen. So kann ich nur sagen: Man kann da nicht jubeln, da können Sie nur Empörung ernten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist der Wunsch der Menschen in Bayern, dass sie sicher und frei leben können. Mit Ihrem Überwachungsgesetz, Ihrem Polizeiaufgabengesetz, über das in einem Monat hier abgestimmt wird, widersetzen Sie sich diesem Wunsch der Menschen in Bayern. Sie führen den schwammigen Begriff einer drohenden Gefahr ein, damit Sie bei Bedarf die Privatsphäre eines jeden Einzelnen überwachen können. Sie wollen Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung mit Bewegungsprofilen ermöglichen. Sie tun das nicht, weil es zu viel Kriminalität gibt. Nein, wir leben doch in Bayern in einer der sichersten Regionen der Welt. Sie machen

das, weil Sie mit Ihrer Politik der Angst Stimmen fangen wollen, und das ist schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen keine Politik, die Sicherheit mit Überwachung verwechselt, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Zahl derjenigen, die sich gegen das Überwachungsgesetz wehren, wächst täglich, und ich kann die Menschen gut verstehen. Die Menschen wehren sich dagegen, überwacht zu werden, auch wenn sie gar nichts getan haben. Ich kann verstehen, dass viele Angst haben, ihre Privatsphäre zu verlieren, und ich kann Ihnen versprechen: Wir werden nicht lockerlassen, bis dieses Gesetz gestoppt ist. Auf eine Bayern-NSA können wir gerne verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kann man in einem Satz zusammenfassen: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen keine Politik der Überschriften, der Gefälligkeiten und der Wahlgeschenke. Wir brauchen echte Veränderungen statt Symbolpolitik, Mut zu Neuem statt einem Weiter-so mit noch mehr Geld. Die Frage, die uns alle hier doch umtreiben muss, lautet: Was wird aus unserem Bayern morgen und in 20 Jahren? Die großen Herausforderungen unserer Zeit löst man nicht mit Überschriften, sondern mit harter Arbeit und neuen Ideen, mit Mut und Zuversicht für ein gutes Morgen im Interesse der Menschen und im Interesse unseres Landes.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident mitten unter den Abgeordneten, Sie hatten angekündigt, dass Ihre Regierungserklärung heute langfristige Perspektiven aufzeigen soll. Es wurde jedoch sehr schnell und deutlich klar: Sie schauen allein auf die nächsten sechs Monate bis zur Landtagswahl.

Deshalb haben Sie hier die Wundertüte geöffnet und eine Fördermaßnahme nach der anderen herausgezaubert, um den Eindruck zu erwecken, für jeden sei etwas dabei. Das Ganze verzieren Sie noch mit Schlagworten wie "Zukunft" und "Vision", und natür-

lich kommt auch immer wieder "Bayern" vor, um darüber hinwegzutäuschen, dass Sie nicht bereit sind, Zukunftsherausforderungen wirklich strukturell anzugehen.

Wer weiterhin einseitig auf das Auto setzt, geht alte, eingetretene Pfade und wird am Ende mit dem Auto vor die Wand fahren, genauso wie der Transrapid vor dem Hauptbahnhof endete. Sie reden vom "Humus unserer Gesellschaft", haben aber keine Ahnung von gesunden Böden ohne Glyphosat oder andere Pestizide. Sie haben auch keine Ahnung davon, was die Gesellschaft in Bayern braucht.

Beispiel Pflege: Sie reden von einer Unterstützung für die Pflege, lehnen aber in Bayern eine Pflegekammer ab. Damit verhindern Sie, dass die Pflegekräfte endlich auf Augenhöhe mit Ärztinnen und Ärzten, Kassen und Kliniken sind. Statt die Pflege endlich wirklich zu stärken, wieder nichts, null.

Beispiel Wohnungen: 500.000 Wohnungen bis 2025 klingt ganz gut. Doch was ist der bisherige Beitrag der Staatsregierung, aber auch Ihr persönlicher Beitrag beim Thema Wohnungsbau gewesen? – Die Staatsregierung beteiligt sich mit dem Verkauf der GBW an die PATRIZIA an der Vernichtung preiswerten Wohnraums quasi in öffentlicher Hand, und zwar flächendeckend in Bayern.

(Markus Blume (CSU): Die Wohnungen sind doch noch da! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Quasi in öffentlicher Hand. Vielleicht können Sie mich ausreden lassen.

Beispiel Familien: Sie reden gerne von Zukunft; aber die Diskussionen, die darüber geführt werden, gehen offenbar völlig an Ihnen vorbei. Es gibt ein Modell, das zukunftsfähig ist, nämlich die Kindergrundsicherung. Sie dagegen basteln an der nächsten Fördermaßnahme und verhindern damit eine wirkliche, eine nachhaltige Reform und verfestigen letztendlich Kinderarmut und auch Altersarmut. Sie ziehen vermeintliche Spenderhosen an und täuschen darüber hinweg, dass Sie politisch außerstande sind, den Kampf gegen Armut wirklich auf solide Füße zu stellen. Die Kindergrundsicherung ist die Lösung.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute an vielen Stellen die Sonderrolle Bayerns mit einer Bayerischen Grenzpolizei, mit Betonung der Mundart und mit der Wiedereinführung des Obersten Landesgerichts betont.

(Horst Arnold (SPD): Kavallerie!)

– Kavallerie auch noch. Das ist nichts anderes als ein konservativer Rollback. Sie setzen damit die Zukunft dieses Landes aufs Spiel, und Sie setzen mit den Gesetzesvorhaben, die hier gerade in der Beratung sind bzw. nachher eingebracht werden, die Zukunft Bayerns als Rechtsstaat aufs Spiel. Eine Polizei, die, mit Befugnissen wie eine Geheimpolizei ausgestattet, Menschen quasi auf Verdacht theoretisch unbegrenzt hinter Gitter bringen kann, die im engsten privaten Umfeld Spitzel einsetzen kann, ist ganz bestimmt nicht die Zukunft eines freiheitlichen rechtsstaatlichen Bayern.

Hören Sie endlich damit auf, finanziell benachteiligte Menschen gegen Geflüchtete auszuspielen. Sie machen damit auch die Arbeit der vielen, vielen Ehrenamtlichen in Bayern kaputt. Diese haben aber unseren Dank verdient. Ich habe erst gestern wieder mit einer Unternehmerin telefoniert. Sie hat mir erzählt, sie darf den einzigen Bewerber, den sie hat, nicht einstellen, weil er ein abgelehnter Asylbewerber ist.

Herr Ministerpräsident, gute Politik schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmerinnen und Unternehmer und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die CSU tut alles andere als das. Sie rufen einen dritten Nationalpark aus und stampfen das Projekt wieder ein. Sie führen über Nacht ein G 8 ein und packen dann das G 9 wieder aus. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei den bayerischen Lehrerinnen und Lehrern dafür bedanken, dass sie alle Reformen der Staatsregierung

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

nicht mit Kündigungen oder Streik quittiert haben, sondern versucht haben, Ihren Unsinn im Unterricht umzusetzen. Dass das mit dem Unsinn weitergeht, haben wir heute tatsächlich noch einmal eindrücklich gehört; das haben Sie heute hier deutlich gemacht. Politik ist aber dazu da, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident! Verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten ist genau das, was Markus Söder tagtäglich antreibt. Er beschäftigt und hält sich nicht mit Überschriften auf, sondern er leistet harte Arbeit. Er ist mit keinem Tag Schonfrist als Ministerpräsident gestartet. Er steht voll in den Themen und arbeitet konzentriert und ohne Unterlass an der Lösung der Probleme der Menschen

in Bayern, mit Fachkompetenz in der Sache und mit unbedingtem Willen für die beste Lösung für Bayern.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das ist schon eine dienstrechtliche Beurteilung!)

Lieber Kollege Arnold, das ist Politik nach der Methode "Problem erkannt, Problem gebannt!".

(Horst Arnold (SPD): Aber nicht gelöst!)

Der Ministerpräsident verliert dabei nicht den Weitblick, jetzt die richtigen Weichen in die Zukunft zu stellen. Er versteht sich zu allererst als Arbeiter für die Menschen in Bayern. Dabei ist er Taktgeber. Herr Ministerpräsident, wir, die CSU-Fraktion, sind bereit, die vorgegebene Geschwindigkeit mitzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Themen, die in den letzten eineinhalb Stunden von den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und von Frau Stamm angesprochen wurden, sind Themen, die in der Regierungserklärung mit Inhalt unterfüttert und mit Zukunftsperspektiven versehen worden sind. Herr Aiwanger ist jetzt nicht mehr da. Die Errichtung der Grenzpolizei müsste ihn als einen Vertreter der Grenzregion letztlich mit Dankbarkeit erfüllen. Wenn wir die Strukturen bei der Polizei in den Grenzlandkreisen stärken, wenn wir die Schleierfahndung stärken und sie zu einer Schleierfahndung plus ausbauen, wenn wir mit der Bundespolizei kooperieren und wenn wir die Grenzen und die Grenzregionen sicherer machen, dann ist das auch ein Konzept für den ländlichen Raum. Das ist ein Konzept für die Polizeiinspektionen. Damit stärken wir nicht die Präsidien, sondern stellen im ländlichen Raum, in der Fläche die Polizeipräsenz her, die die Menschen in Bayern von uns erwarten.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei den angesprochenen Schichtdienstmodellen gibt es Konzepte, die gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten entwickelt wurden.

Zur Ausbildung: Wir haben heute gehört, dass die Polizei zusätzlich 3.500 Stellen bekommt, und das bei einem Personalstand der Polizei, der noch nie so hoch war wie derzeit. Wir bilden an der Kapazitätsgrenze aus. Ich war kürzlich in Nabburg bei der Bereitschaftspolizei. Dieser Außenstandort ist mittlerweile genauso groß wie der Standort in Sulzbach, Herr Kollege Schindler. Wir bilden tatsächlich an der Kapazitätsgrenze aus. Besonders gefallen hat mir, dass man vor Ort den Auszubildenden bei der Arbeit zusehen und spüren konnte, mit welcher Haltung Polizeibeamte ausgebildet werden. Das ist die Haltung derjenigen,

die für uns Polizeiarbeit leisten sollen und werden, und zwar auf der Basis eines Polizeiaufgabengesetzes, das verfassungskonform ist, das rechtsstaatliche Grundsätze einhält und das Bayern sicherer macht.

(Beifall bei der CSU)

Man kann die 32.000 GBW-Wohnungen immer und immer wieder ansprechen. Die Aussage, man hätte die Wohnungen der PATRIZIA hinübergeschoben, ist eine Diffamierung, Herr Aiwanger. Für den Verkauf hat es ein Bieterverfahren gegeben. Das kommunale Bieterkonsortium hätte sich daran genauso beteiligen können. Es gibt die Sozialcharta, und es gibt die 32.000 Wohnungen noch. Wir investieren jetzt in neue Wohnungen. Wir investieren in die Zukunft. Beschäftigen Sie sich gerne mit der Vergangenheit; wir beschäftigen uns mit der Zukunft für Bayern, mit der Zukunft in den Ballungsräumen, aber auch mit der Zukunft für den ländlichen Raum.

Kollege Aiwanger hat gesagt, der Raum Freyung-Grafenau würde Einwohner verlieren, die Menschen würden davonlaufen. Es mag sein, dass sich die Bevölkerung im Landkreis Freyung-Grafenau ähnlich entwickelt, wie es in meinem Heimatlandkreis Tirschenreuth der Fall ist. Viele Menschen werden älter, und es werden in einem Jahr weniger Menschen geboren als versterben. Dadurch nimmt die Bevölkerung ab. Aber kein Mensch läuft mehr davon. Im Arbeitsagenturbezirk Weiden haben wir in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen keinen Abwanderungssaldo mehr. Wir haben in dieser Altersgruppe genauso viel Zuzug wie Wegzug. Die Leute verlassen uns zwar zum Studieren, aber sie kommen wieder zurück. Sie finden im ländlichen Raum Perspektiven vor. Sie finden in der Heimat Perspektiven vor. Sie finden Perspektiven vor, die wir mit unserer Politik geschaffen haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Kommunen mit einem kommunalen Finanzausgleich auf Rekordhöhe: 9,5 Milliarden Euro geben wir für Bayerns Kommunen aus. Das sind 600 Millionen mehr als im letzten Jahr. Das befähigt die Kommunen, Investitionen zu tätigen und für die Menschen vor Ort Rahmenbedingungen zu schaffen, die in die Zukunft wirken.

Hier komme ich wieder zum Lieblingsthema von Herrn Aiwanger, zu den Straßenausbaubeiträgen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es der Kollege Aiwanger in zehn Jahren nicht schafft, brauchbare Ideen zu entwickeln, wie sie uns der Ministerpräsident innerhalb einer Stunde vorgestellt hat. Er beschäftigt sich mit einem Thema, für das wir jetzt die Grundlagen erarbeitet haben. Der Gesetzentwurf wird heute

im Landtag eingebracht. Das Volksbegehren sieht mit keiner Silbe irgendwelche Übergangsvorschriften und weitere Finanzierungsgrundlagen vor.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist rechtlich auch gar nicht möglich!)

Die Beiträge werden nur abgeschafft. Darüber, wie die Straßen, für die die Kommunen zuständig sind, in der Zukunft finanziert werden sollen, verlieren Sie kein einziges Wort. Das haben wir erarbeitet. Das erarbeiten wir zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Dazu haben wir mit unserem Gesetzentwurf gute Lösungen für Bayerns Kommunen vorgelegt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Herr Aiwanger bei der Schulpolitik im Zusammenhang mit dem Einsatz unserer Lehrerinnen und Lehrer von Saisonarbeitertum spricht, ist das entweder darauf zurückzuführen, dass sich Herr Aiwanger mit diesem Thema nicht beschäftigt hat, oder darauf, dass er die Zahlen überhaupt nicht kennt. 7.000 bis 8.000 Lehrer würden jeweils im Juli entlassen, um dann im September wieder eingestellt zu werden. Diesen – so muss ich es fast schon nennen – Schwachsinn hat Herr Aiwanger hier erzählt. Wir haben aktuell 114.000 Lehrer. 4.000 Lehrerstellen schaffen wir neu. Von den 114.000 Lehrern sind 92 % verbeamtet und damit per se unbefristet beschäftigt. Weitere 3 % bis 4 % sind unbefristet als Tarifbeschäftigte tätig. Ein Teil von weniger als 5 % ist befristet tätig. Warum? – Weil es beispielsweise Zweitqualifizierungsmaßnahmen gibt. 1.500 junge Lehrerinnen und Lehrer nehmen an diesen Maßnahmen teil, Herr Kollege Aiwanger. Diese sind befristet beschäftigt, weil sie dann, wenn sie nach zwei Jahren ihre Ausbildung abgeschlossen haben, in ein Beamtenverhältnis oder ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Das sind keine Saisonarbeiter, sondern das sind diejenigen, die die Zukunft unserer Kinder organisieren und unsere Kinder unterrichten werden. Sie werden das bayerische Bildungssystem zu einem führenden in ganz Deutschland machen.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Visionen für die Luft- und Raumfahrt, die der Ministerpräsident angesprochen hat: Ja, wir brauchen diese Visionen. Wir wollen mit Forschung und Entwicklung an der Weltspitze marschieren und nicht völlig visionsfrei wie die FREIEN WÄHLER durch die Lande ziehen. Die einzige Vision, die Sie, Herr Kollege Aiwanger, zur Energiepolitik geäußert haben, war Power-to-Gas. Diese Vision ist in keiner Weise finanzierbar.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie schaffen das nicht! Wenn Sie das schaffen würden, wäre wirklich etwas passiert!)

Wir stehen für eine Energiepolitik, die nachhaltig, sicher und bezahlbar ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, Atom!)

Unsere Energiepolitik stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern. Wir beschäftigen uns nicht mit Themen, die weder bezahlbar sind noch eine sichere Energieversorgung schaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wo findet Ihre Energiepolitik statt? – In Sachsen-Anhalt, Braunkohle aus Sachsen-Anhalt, das ist Ihre Vision!)

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Produktion in Bayern beträgt aktuell rund 45 Gigawattstunden von 100 Gigawattstunden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind die Wasserkraftanlagen von 1920!)

– Selbstverständlich ist das Wasserkraft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da könnt ihr nichts dafür!)

Das sind aber auch Photovoltaik, Biomasse und Windkraft. 45 % der bayerischen Stromproduktion kommen aus den erneuerbaren Energien. Damit sind wir in der Spitzengruppe der Bundesländer. Wir werden den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2025 auf 70 % steigern. Wir hatten in den letzten Jahren einen linearen Anstieg, weil wir eine Energiepolitik mit den Bürgern und für die Bürger, für die bayerische Landschaft, aber auch für eine sichere Energieversorgung in Bayern betreiben.

Das Ehrenamt war ein weiteres Ihrer Themen, Herr Aiwanger. Jeder Zweite in Bayern engagiert sich im Ehrenamt. Das ist Ausdruck eines großartigen Bekenntnisses zu unserem Land.

Ebenso ist es Ausdruck eines großartigen Bekenntnisses, dass wir die Verwaltungen mit ihren Strukturen auch in Zukunft stärken werden. Das Thema Bauen einschließlich Straßenbau und Bauverwaltung ist angesprochen worden. Für diesen Bereich sehen wir 250 Stellen mehr vor. Wir machen nämlich beides, Kollege Aiwanger: Wir machen konkrete Politik, greifen aber auch nach den Sternen, weil wir die Zukunft für Bayern entwickeln wollen. Wir wollen gute Politik für Bayern machen.

Herr Hartmann, Sie haben das Thema Verbundlösungen im ÖPNV angesprochen. Genau das schlägt der Ministerpräsident vor. Wir wollen auch in diesem Bereich die Investitionen erhöhen und dafür 100 Millionen Euro in die Hand nehmen. Dabei geht es nicht nur um die Stärkung der Infrastruktur in München. Hier ist die Infrastruktur sehr teuer; ich erinnere an die zweite Röhre etc. Bei uns in der Oberpfalz ist die Infrastruktur vorhanden. Dort braucht es Bedienformen, die akzeptiert werden. In der nördlichen Oberpfalz gibt es das BAXI-System. Das ist eine Lösung, die Vorteile von Bus und Taxi vereint und auf den Bedarf der Menschen dort zugeschnitten ist. BAXI wird mit großer Unterstützung des Freistaates Bayern finanziert. Diese Lösung gilt es weiterzuentwickeln und auf die Nachbarlandkreise auszudehnen. Wir wollen Verbundlösungen schaffen, die bis hin zu einem Bayernticket gehen. Wir sagen: Ein Ticket, ein Blick, ein Klick! – Das ist die Lösung für den öffentlichen Nahverkehr der Zukunft. Dafür macht Markus Söder die richtigen Vorschläge.

(Beifall bei der CSU)

Wir bauen die Pflegeinfrastruktur aus.

Nun zu dem Thema Naturschutz, Nationalparke, Naturparke: In keinem anderen Bundesland gibt es ein Kulturlandschaftsprogramm oder ein Vertragsnaturschutzprogramm, das mit über 300 Millionen Euro ausgestattet ist. Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche, über eine Million Hektar, wird von diesen Programmen erfasst. Es geht darum, Naturflächen und Artenvielfalt zu fördern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Hartmann, Sie haben hier von Agrarmonopolisten gesprochen. Wir haben in Bayern 110.000 Landwirtschaftsfamilien und 700.000 Waldbesitzer, die 80 % der Fläche bewirtschaften. Das sind keine Agrarmonopolisten. Ihnen fehlt der Respekt vor der bäuerlichen Landwirtschaft.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Ihnen fehlt der Respekt vor der bäuerlichen Kultur. Sie haben keine Ahnung von dem bäuerlichen Denken, dass es in allen Regionen Bayerns gibt. In den Dörfern und auf den Feldern wird nachhaltig gewirtschaftet. Unsere Landwirtschaftsfamilien sind keine Agrarmonopolisten, sondern Kulturträger im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

In Ländern wie Schleswig-Holstein – dort regiert Herr Habeck – gibt es null Euro für ein Kulturlandschafts-

programm oder Ähnliches. Das ist ein Thema Bayerns, es ist für bayerische Landwirte gemacht.

Sie haben wiederum von der Betonflut und dem Flächenfraß gesprochen. Ja, wir werden die Ortskerne stärken – nach dem System Anreiz statt Verbot. Wollen Sie tatsächlich eine Landesbehörde schaffen, die klärt, ob der Unternehmer in der Gemeinde A oder in der Gemeinde B seinen Betrieb erweitern kann, obwohl das Flächenvolumen für das Jahr 2020 leider bereits ausgeschöpft ist? Das ist eine Aufgabe der Kommunen. Sie gehört in die Planungshoheit unserer Gemeinden und Städte. Unsere Bürgermeister, unsere Gemeinden, unsere Städte gehen mit dieser Frage verantwortungsbewusst um. Zwischen 5 und 6 % der Fläche Bayerns sind tatsächlich versiegelt. Weshalb sprechen Sie angesichts dessen von einer Betonflut?

Sie haben die Hofheimer Allianz angesprochen. Ja, es ist die Aufgabe und die Verantwortung der Bürgermeister, der örtlichen Gemeinderäte, der Kommunalpolitik, eine entsprechende Planung vorzunehmen, das heißt, Bauleitplanung mit Weitblick zu machen, um im ländlichen Raum für eine Perspektive zu sorgen. Wir werden unsere Programme, auch die zur Stärkung der Ortskerne, weiter ausbauen.

Die Nordostbayern-Initiative, die gegenwärtig auf die Landkreise Hof, Wunsiedel, Kronach und Tirschenreuth beschränkt ist, wird auf ganz Bayern ausgedehnt, weil es ein hervorragendes Programm für die Innenorte ist. Es geht darum, Sanierung zu managen, neuen Wohnraum zu schaffen und dabei auch die Bildung von Wohneigentum zu ermöglichen.

Wir wollen die Städtebauförderung ausbauen. Dieses Konzept im Interesse der Zukunft für den ländlichen Raum unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU)

Herr Hartmann, Sie forderten, längere Öffnungszeiten unserer Kindertagesstätten; hohe Qualität müsse vor Beitragsfreiheit gehen. Nichts anderes steht in der Regierungserklärung. Das ist Teil des Regierungsprogramms. Genau das hat der Ministerpräsident betont. Längere Öffnungszeiten, bedarfsgerechter Ausbau, hohe Qualität – das ist das Konzept der CSU. – Wir gestalten das Familiengeld Plus bedarfsgerecht aus.

Bayern ist – anders, als Sie es behaupten – das Land der Chancengleichheit. Wir haben die Grundschulgarantie. Wir haben die flexible Grundschule für die ersten beiden Jahrgangsstufen. Dort können die Schüler ein, zwei oder drei Jahre verweilen. Darüber können die Eltern entscheiden. Es kann flexibel reagiert werden.

Wir folgen dem Konzept "Kein Abschluss ohne Anschluss". Wir wollen die Übergangsklassen weiterentwickeln zu Klassen, in denen auch Zuwanderern Werte vermittelt werden. Dieses Konzept fördert Integration und bietet Zukunft.

Herr Hartmann, Sie sprachen davon, dass das Internet "zuckele". 1.500 Millionen Euro hat der Freistaat in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur investiert, um in allen Gemeinden, an allen Schulen schnelles Internet zu ermöglichen. Diese Anstrengungen gilt es fortzusetzen – mit Bundesgeld, mit dem Höfebonus, mit weiteren Mitteln –, um tatsächlich jeden Haushalt an das schnelle Internet anzuschließen. Kein anderes Bundesland ist mit dieser Geschwindigkeit unterwegs, um Breitband für alle Menschen zu organisieren. Bayern ist auch insoweit Vorbild.

Gleiches gilt für das nächste Thema, das Baukindergeld. Es kann nicht nur Mietwohnungsbau geben. Es gibt auch Familien, die in Eigentum investieren. Gerade im ländlichen Raum wollen zahlreiche Familien Eigentum schaffen, weil sie in Generationen denken. Wenn wir die Schaffung von Wohneigentum mit entsprechenden Mitteln unterstützen, dann ist das nicht nur Ausdruck unseres Bekenntnisses zum Eigentum, sondern auch unseres Bekenntnisses zu jungen Familien, insbesondere im ländlichen Bayern. Es ist Ausdruck unseres Bekenntnisses zu den Menschen in Bayern.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Auch die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wird gewahrt. Der Umgang mit dem Thema "drohende Gefahr" entwickelt sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz. Auch in Zukunft werden tatsächliche Anhaltspunkte notwendig sein, um entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Machen Sie doch den Leuten nicht weis, jeder Unbescholtene werde seine Privatsphäre verlieren. Die Polizei auf Augenhöhe mit den Tätern zu bringen, das muss unser Anspruch sein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Damit verliert kein Mensch seine Privatsphäre. Wir haben hier ausgewogene Lösungen gefunden.

Bayern hat einen Status als weltweiter Topstandort. Dieser muss erhalten und ausgebaut werden. Stillstand im Vergleich mit den anderen Regionen dieser Welt wäre Rückschritt. Dazu gehören Haltung und Überzeugung. Bayern ist modern und weltoffen, aber auch mit klarem Kompass ausgestattet. Wir machen ein Angebot an alle Menschen, die hier leben und arbeiten wollen. Wir sind für alle Menschen da, die Teil einer starken Gemeinschaft sein wollen.

Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Roadmap legen Sie über den Freistaat eine Karte, die das ganze Land erfasst. Es ist eine Roadmap, die in allen Regionen Perspektiven schafft und die Bayern mit Dynamik in die Zukunft führt. Wir begleiten Sie mit Engagement und voller Unterstützung bei der Umsetzung dieses Regierungsprogramms.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Muthmann. Fünf Minuten Redezeit!

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung: Wenn der Ministerpräsident im Rahmen seiner heutigen Regierungserklärung sagt, er wolle wissen, wo und wie die Menschen ihre Religion ausüben, dann fühle ich mich auch persönlich angesprochen. Und ich fühle mich dabei ausgesprochen unwohl. Ich will eben nicht, dass der Ministerpräsident weiß, wo, wie, wann und ob ich überhaupt meine Religion ausübe. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bei aller Eiferei bitte ich Sie, bei diesem Thema im Rahmen einer politischen Erklärung nicht zu überziehen. Wir müssen hier die gebotene Sensibilität dessen beachten, was der Staat kann, was er darf und wo er seine Grenzen hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER))

Sie haben heute eine Vielzahl von Themen aufgeworfen. Man könnte auch sagen: Sie haben mit der Gießkanne gearbeitet. Was haben wir geboten bekommen? – Viel Staat, zusätzliche Behörden, viel Geld und viel Personal. Ich glaube aber, dass Ihre Politikansätze auf vielen Politikfeldern unzureichend sind. Lassen Sie mich kurz ein paar Beispiele ansprechen: Beim Thema Sicherheit lautet Ihre Antwort: mehr Polizei und mehr Befugnisse. Ich hätte mir die Überlegung gewünscht, ob flankierend dazu nicht Themen wie der gesellschaftliche Zusammenhalt, Sensibilität und Wertebewusstsein, selbstbewusste gesellschaftliche Haltung sowie Empathie und Bildungsarbeit einen Beitrag leisten müssten, um das Maß an Sicherheit zu gewährleisten, das die Bevölkerung haben möchte.

Dieselbe Problematik besteht beim Thema Wohnungsbau. Alle Vorredner haben bestätigt und unterstrichen, dass dieses Thema eine besondere Herausforderung und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Was ist Ihre Antwort darauf? – Mehr Fördergeld, Baukindergeld, eine Eigenheimzulage und eine eigene staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Auf ganz zentrale weitergehende Fragen, zum Beispiel wie wir Impulse für Investoren setzen können, um den Miet-

wohnungsbau insgesamt anzukurbeln, oder wie wir Menschen, die viel Geld haben, von denen es auch nicht wenige gibt, bewegen können, Geld in den Mietwohnungsbau zu investieren, wurden keine Antworten gegeben. Dabei geht es um Regelwerke, um Verfahren und um Bauvorschriften. Dazu haben wir nichts gehört. Mit Ihren Ideen allein wird dieses Problem nicht zu lösen sein.

Ein weiterer Aspekt: Bei der Wirtschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik darf es nicht nur um prestigeträchtige staatliche Maßnahmen gehen. Hier lautet die wesentliche Frage, welche Impulse und Rahmenbedingungen wir für die Innovationskraft der Wirtschaft und der Wissenschaft setzen können und müssen. Dabei geht es beispielsweise um die Fragen: Wie organisieren wir kreative Milieus? Wie können wir es ermöglichen, dass Innovationen bei der Digitalisierung und anderen wichtigen Zukunftsthemen verbessert werden? Gibt es so etwas wie innovative oder digitale Freiheitszonen: ein Beispiel ist die digitale Forschungszone, auch im wirtschaftsschwachen ländlichen Raum. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dazu haben wir nichts gehört! Sie haben zum Thema "gleichwertige Lebensbedingungen" nur gesagt, der ländliche Raum müsse Wirtschafts- und Lebensraum bleiben: Das ist zu wenig. Wir legen großen Wert darauf, dass die Menschen überall und unabhängig davon, wo sie in Bayern leben, ein erfolgreiches und gelingendes Leben führen können.

Sie haben 1.000 Sendemasten angekündigt. Ich hoffe, der Freistaat erledigt das selbst. Sie haben außerdem eine Wirtschaftsagentur angekündigt. Das ist ein Eingeständnis bisheriger Versäumnisse. Die Opposition hat das schon längst angemahnt.

Zuletzt die Machtbegrenzung: Der Ministerpräsident will nur noch zehn Jahre im Amt bleiben dürfen. Damit wollen Sie zeigen, dass Macht Begrenzung braucht und Wechsel ein natürlicher Bestandteil der Demokratie ist. Dies ist aber nicht erst in zehn Jahren möglich, sondern schon am 14. Oktober, wenn die Wähler die Dinge richtig beurteilen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Kollege Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Alexander Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen damit zum **Tagesordnungspunkt 3:**

Besetzung von Gremien

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

Bestellung neuer Mitglieder und eines stellvertretenden Mitglieds sowie eines stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben"

Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Frau Staatsministerin Michaela Kaniber Frau Staatsministerin a. D. Emilia Müller neues Mitglied der Enquete-Kommission werden soll. Anstelle von Herrn Staatssekretär Josef Zellmeier soll Herr Tobias Reiß neues Mitglied der Enquete-Kommission werden. Ferner soll anstelle von Frau Staatssekretärin Carolina Trautner Herr Staatssekretär a. D. Johannes Hintersberger zum stellvertretenden Mitglied benannt werden. Gemäß § 32 Satz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Bestellung durch den Landtag. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber Beschluss fassen.

Wer mit der Bestellung von Frau Emilia Müller, Herrn Tobias Reiß und Herrn Johannes Hintersberger einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Alexander Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine

Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit sind die vorgenannten Kollegen in die Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" bestellt worden.

Durch das Ausscheiden von Herrn Staatssekretär Zellmeier ist auch der stellvertretende Vorsitz neu zu besetzen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir diese Bestellung gleich mit durchführen? – Widerspruch erhebt sich nicht.

Die CSU-Fraktion schlägt als neuen stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Thomas Huber vor. Wer mit der Bestellung von Herrn Thomas Huber zum stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Alexander Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist Herr Thomas Huber zum stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission bestellt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

**Wahl
eines stellvertretenden Mitglieds des
Parlamentarischen Kontrollgremiums**

Durch das Ausscheiden von Herrn Staatssekretär Dr. Hans Reichhart aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium ist die Neuwahl eines stellvertretenden Mitglieds erforderlich. Von der CSU-Fraktion wird hierfür Herr Eberhard Rotter vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden, dass gemäß § 42 Abs. 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen und über den Wahlvorschlag abgestimmt wird? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen.

Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion, Herrn Eberhard Rotter zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums zu wählen, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Alexander Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist Herr Eberhard Rotter zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 c** auf:

**Wahl
eines Maßregelvollzugsbeirats**

Durch das Ausscheiden von Herrn Staatssekretär Dr. Reichhart als Vorsitzender des Maßregelvollzugsbeirats beim Bezirkskrankenhaus Günzburg, Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie, ist auch hier die Neuwahl des Vorsitzenden notwendig geworden. Die CSU-Fraktion schlägt Herrn Alfred Sauter zur Wahl vor. Ich schlage Ihnen auch hier vor, von geheimer Wahl Abstand zu nehmen und über den Wahlvorschlag abzustimmen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen.

Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion, Herrn Alfred Sauter zum Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats des Bezirkskrankenhauses Günzburg zu wählen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Alexander Muthmann (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist Herr Alfred Sauter zum Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats beim Bezirkskrankenhaus Günzburg gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

**Bestellung
eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-
Kommission des Bayerischen Landtags**

Ebenfalls durch das Ausscheiden von Herrn Staatssekretär Dr. Reichhart aus der G 10-Kommission ist auch hier die Neubestellung eines stellvertretenden Mitglieds erforderlich. Von der CSU-Fraktion wird hierzu Frau Petra Guttenberger vorgeschlagen.

Wer der Bestellung von Frau Petra Guttenberger zum stellvertretenden Mitglied der G 10-Kommission nun seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Kollege Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Alexander Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen.

Damit ist Frau Petra Guttenberger zum stellvertretenden Mitglied der G 10-Kommission bestellt worden.

Wir kommen nun noch zu **Tagesordnungspunkt 3 e**:

Bestellung eines Mitglieds des Parlamentarischen Beirats der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Aufgrund des Ausscheidens von Frau Staatssekretärin Trautner ist auch hier eine Neubestellung erforderlich. Die CSU-Fraktion schlägt als neues Mitglied Herrn Peter Tomaschko vor.

Wer der Bestellung von Herrn Peter Tomaschko zum Mitglied für den Parlamentarischen Beirat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos), Herr Kollege Günther Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Alexander Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen.

Damit ist Herr Peter Tomaschko als neues Mitglied für den Parlamentarischen Beirat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bestellt.

Darüber hinaus teile ich Ihnen mit, dass die CSU-Fraktion anstelle von Frau Staatssekretärin Carolina Trautner Herrn Staatssekretär a. D. Johannes Hintersberger als neues stellvertretendes Mitglied für den Landesgesundheitsrat nominiert hat. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat in seiner gestrigen Sitzung Herrn Wolfgang Fackler zum neuen Vorsitzenden gewählt. Das Hohe Haus nimmt auch davon Kenntnis.

Aufgrund der Ernennung zu Staatsministerin und Staatssekretären ergeben sich weitere Umbesetzungen seitens der CSU-Fraktion im Ältestenrat, der Richter-Wahl-Kommission und in den Ausschüssen, über die aber nicht Beschluss gefasst werden muss. Die Umbesetzungen ergeben sich daher aus der Ihnen ausliegenden Liste, die Ihnen hiermit gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung bekannt gegeben wurde. Auch hier nimmt das Hohe Haus davon Kenntnis.

(Siehe Anlage 2)

Des Weiteren möchte ich noch bekannt geben, dass die CSU-Fraktion Herrn Tobias Reiß und Herrn Alexander König zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt hat. Herr Tobias Reiß nimmt dabei ab sofort das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers wahr.

Ich wünsche den genannten Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg in ihren neuen Tätigkeitsfeldern. Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen. Ich danke Ihnen.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 17/21480) - Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit ergibt sich eine Redezeit von 11 Minuten für die SPD-Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und bitte Herrn Kollegen Schuster zum Rednerpult.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Recht der Personalvertretung ist im Gegensatz

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

zum Betriebsverfassungsgesetz nicht bundesweit geregelt, sondern kann vom Bund und von den Ländern eigenständig geregelt werden. Bei einem Vergleich des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes mit den entsprechenden gesetzlichen Regelungen in anderen Ländern wird deutlich, dass das Bayerische Personalvertretungsgesetz nicht mehr zeitgemäß ist und es in anderen Ländern bereits viel fortschrittlichere Regelungen gibt. Die Personalvertretungen in Bayern haben deutlich weniger Rechte und schlechtere Arbeitsbedingungen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich deshalb entschlossen, einen Gesetzentwurf zu grundlegender Reform vorzulegen. Wir wollen ein modernes Bayerisches Personalvertretungsgesetz. Wir wollen, dass Bayern bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst Spitze wird.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Bayern sind wesentliche Änderungen für eine umfassende und nachhaltige Ausweitung der Rechte der Personalvertretungen erforderlich. Das beginnt mit einem Zuwachs an Mitbestimmungsrechten und einer Stärkung der Per-

sonalräte und reicht bis hin zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Informationsmöglichkeiten für die Personalräte. Die Praxistauglichkeit dieses für Bayern innovativen Ansatzes ist seit geraumer Zeit bekannt. Dafür zwei Beispiele.

Erstens. Im Gegensatz zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz haben die Personalvertretungen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen durch die sogenannte Allzuständigkeit das Recht auf eine umfassende Mitbestimmung.

Zweitens. In Nordrhein-Westfalen gelten analog dem Betriebsverfassungsgesetz bei den Freistellungen der Personalräte die im Vergleich zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz weitaus besseren Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber im Freistaat ist mit seinen circa 650.000 Beschäftigten in der heutigen Zeit des Fachkräftemangels einem starken Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um das Personal ausgesetzt. Gute Arbeitsbedingungen und eine moderne Mitbestimmung können durchaus ein Kriterium bei der Berufswahl junger Menschen sein. Von attraktiven Arbeitsbedingungen profitieren somit nicht nur die Bediensteten, nein: Gute Arbeitsbedingungen stärken den öffentlichen Dienst und damit das Gemeinwesen und den Freistaat insgesamt.

(Beifall bei der SPD)

Ohne den hoffentlich intensiven und insbesondere konstruktiven Beratungen im Haushalts- und Verfassungsausschuss und vor allem natürlich im federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes vorzugreifen, möchte ich dennoch einige wesentliche Reformvorschläge unseres Gesetzentwurfs darstellen.

Erstens. Mit der Allzuständigkeit des Personalrats wollen wir eine grundsätzlich gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung und Dienststellenleitung erreichen. Die Allzuständigkeit des Personalrats ist deshalb der Kern einer umfassenden und damit auch zeitgemäßen Mitbestimmung. Der Personalrat bestimmt bei der Allzuständigkeit bei allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen mit. Die Allzuständigkeit ist eine Generalklausel. Sie ersetzt die lange Liste von Mitbestimmungsrechten und schwächeren Mitwirkungsrechten. Wie die Erfahrungen mit der Allzuständigkeit zeigen, fördert sie den partnerschaftlichen Umgang zwischen der Dienststellenleitung und der Personalvertretung. Sie dient der Rechtssicherheit und vermeidet Rechtsstreitigkeiten zwischen Personalrat und Dienststelle. Die Allzustän-

digkeit gilt bereits in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen. Mit ihr kann auch schnell und ohne permanente Änderung des Personalvertretungsgesetzes auf die dynamischen Entwicklungen im öffentlichen Dienst reagiert und können Mitbestimmungslücken verhindert werden.

Zweitens. Wir wollen auch in Bayern eine deutlich verbesserte Freistellungsstaffel für den örtlichen Personalrat analog der Regelung im Betriebsverfassungsgesetz und analog dem Landespersonalvertretungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. In Bayern wird beispielsweise das erste Personalratsmitglied in Dienststellen ab 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freigestellt, in Nordrhein-Westfalen schon ab 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Fortschritte werden deutlich, wenn wir nur kurz den unteren Bereich der Freistellungsstaffel betrachten. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine erste Freistellung schon ab 200 Beschäftigten, in Bayern erst ab 400 Beschäftigten. In Nordrhein-Westfalen gibt es zwei Freistellungen ab 500 Beschäftigten, in Bayern erst ab 800 Beschäftigten. In Nordrhein-Westfalen gibt es drei Freistellungen schon ab 900 Beschäftigten, in Bayern erst ab 1.600 Beschäftigten. In Nordrhein-Westfalen gibt es 4 Freistellungen schon ab 1.500 Beschäftigten, in Bayern ab 2.400 Beschäftigten usw. usf. – Wir halten diese verbesserte Freistellungsstaffel für dringend erforderlich, um den Personalräten angesichts der wachsenden Herausforderungen mehr Zeit für die Erledigung ihrer Arbeit zu geben. Diesen Bedarf sehen wir auch bei den Gesamtpersonalräten.

Drittens. Wir wollen eine verbesserte Arbeitsmöglichkeit für die Personalräte. In Verbindung mit der Freistellungsstaffel soll es ein Personaltableau geben, in dem das Büropersonal für den Personalrat ausgewiesen ist. Das heißt: Für jeden freizustellenden Personalrat ist eine halbe Stelle für Büropersonal vorzusehen. Zur Stärkung der Arbeitsplätze der freigestellten Personalräte wird damit die Personalausstattung des Personals nicht mehr vom unbestimmten Rechtsbegriff der Erforderlichkeit, sondern von der Größe des Gremiums abhängig gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Manche Dienststellen haben sich bisher leider geweigert, dem Personalrat eine Bürokraft zur Verfügung zu stellen. Die Personalräte mussten beispielsweise in den Personalratssitzungen die Protokolle selber führen. Dafür wäre mit unserem Gesetz jetzt eine Bürokraft zuständig. Bis zur Untergrenze der Freistellung, also 199 Beschäftigte, verbleibt es wie bereits jetzt bei der Erforderlichkeit der Personalausstattung von Fall zu Fall. Diese Regelungen verbessern die Arbeitsbe-

dingungen der Personalräte deutlich, da sie von administrativen Aufgaben entlastet werden und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Viertens. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir Verbesserungen für die Personalvertretung bei Schulungen und Unterrichtsanspruch. Ein klassischer Streitpunkt an den Dienststellen ist, ob Personalratsmitglieder und jeweils das erste Ersatzmitglied unter Fortzahlung der Bezüge Gewerkschaftsveranstaltungen, die keine reinen Schulungen sind, besuchen dürfen. Künftig wäre dies zulässig, sofern Kenntnisse vermittelt werden, die für die Tätigkeit im Personalrat erforderlich sind. Da die bestehende Regelung zur Teilnahme an Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen den Mitgliedern des Personalrats keinen Anspruch auf Teilnahme an Veranstaltungen mit dienstlichem Bezug und/oder Bedeutung für die Arbeit als Personalrat gibt, welche über die enge Formulierung der Schulung oder Fortbildung hinausgehen, wird der Gesetzeswortlaut um diese Veranstaltungen ergänzt. Das ist eine langjährige Forderung der Gewerkschaften, des DGB und von Ver.di. Der Unterrichtsanspruch erhält im Gesetzentwurf einen eigenen Artikel, um seine Bedeutung zu unterstreichen. Der Unterrichtsanspruch wird an die aktuellen Bedürfnisse der Unterrichtung, der Anhörung und der Information der Personalräte angepasst.

Fünftens. Wir, die SPD, wollen die Möglichkeit der Gründung eines sogenannten Wirtschaftsausschusses. Diese Regelung ist dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Landespersonalvertretungsgesetz in Nordrhein-Westfalen nachgebildet und stellt ein erweitertes Informationsrecht für die Personalvertretungen dar. In Nordrhein-Westfalen steht der Wirtschaftsausschuss den Personalvertretungen seit 2011 zur Verfügung.

In Dienststellen mit in der Regel mehr als 100 ständig Beschäftigten wird auf Antrag des Personalrats ein Wirtschaftsausschuss gebildet. Der Wirtschaftsausschuss hat die Aufgabe, wirtschaftliche Angelegenheiten der Dienststelle zu beraten und den Personalrat zu unterrichten. Er ist rechtzeitig und umfassend über die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu unterrichten. Das sind zum Beispiel die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Dienststelle, beabsichtigte Investitionen, Rationalisierungsvorhaben, Einführung neuer Arbeits- und Managementmethoden und Fragen des betrieblichen Umweltschutzes.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum Schluss. Ein effizienter öffentlicher Dienst ist von einem intakten Vertrauensverhältnis zwischen Beschäftigten und Dienstherrn und der Möglichkeit zur demokratischen Mitgestaltung des öffentlichen Dienstes

gekennzeichnet. Deshalb ist eine grundlegende Novellierung unumgänglich.

(Beifall bei der SPD)

Ziel der Novellierung sind die Verbesserung und Stärkung der Personalratsarbeit durch die Einführung einer lückenlosen Mitbestimmung im öffentlichen Dienst sowie verbesserte Informations- und Arbeitsbedingungen der Personalräte. Wir wollen ein partnerschaftliches Zusammenwirken auf Augenhöhe. Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen und hoffen, dass es gemeinsam gelingen wird, diese grundlegende Reform des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode zu realisieren. Wir wollen dabei immer das Ziel im Blick behalten: Wir wollen, dass Bayern bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst Spitze wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich dem Kollegen Fackler das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, den Tagesordnungspunkt 4 b, das ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes, auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben. Nach diesem Tagesordnungspunkt wird dann der Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfegesetz aufgerufen. Dieser Tagesordnungspunkt wird heute auf jeden Fall noch behandelt. Ob wir anschließend noch zum Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes kommen, wird die Zeit zeigen. Die Zeit ist aber schon so weit fortgeschritten, dass wir nicht alles schaffen werden. Ich sage dies, damit Sie dann Ihre Redner parat haben. – Herr Fackler, jetzt bitte.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Schuster! Sie wollen uns mit Ihrem Gesetzentwurf wohl ein schlechtes Gewissen machen. Vielleicht wollen Sie uns auch Sand in die Augen streuen. Mit unserem bisherigen Bayerischen Personalvertretungsgesetz sind wir bereits Spitze. In Bayern und in Deutschland herrschen in vielen Bereichen bereits die besten Bedingungen vor. Dies gilt natürlich auch für die Personalvertretung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Universallage!)

– Lieber Herr Kollege, das ist der Generalzustand. Das ist der allgemeine Zustand in Bayern. Werte Kollegen, Ihr Gesetzentwurf funktioniert nicht, weil wir in Bayern ein modernes und zeitgemäßes Personalvertretungsgesetz haben, ein Personalvertretungsgesetz,

das die unverzichtbare und besondere Bedeutung der Personalvertretungen für die Dienststellen und den öffentlichen Dienst in Bayern insgesamt berücksichtigt. Wir, die CSU-Fraktion, wissen um die wichtigen Funktionen der Personalvertretungen. Sie sind Mittler von Interessen und Positionen. Sie bündeln Interessen zwischen den Dienststellen, Rathäusern sowie Behörden und den Beschäftigten. Das ist gelebte Demokratie, die an vielen Stellen existiert.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es auch ein vorrangiges Ziel des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes, dass Dienststelle und Personalrat vertrauensvoll und gemeinsam zum Wohle der Beschäftigten und zur Erfüllung der Aufgaben vor Ort tätig werden. Wir sind hier partnerschaftlich unterwegs. Dieses Ziel wird mit dem vorhandenen Recht bestens erfüllt.

Sie hingegen wollen eine Allzuständigkeit. Dies wird jedoch zu einer Flut von Mitbestimmungsfällen führen. Ich weiß nicht, ob Sie das wirklich wollen, oder ob das die Gewerkschaft will. Ich weiß nicht, ob das wirklich effizient und zielführend ist. In der schriftlichen Begründung ist von Entbürokratisierung die Rede. Sie machen aber mit dem Gesetzentwurf eigentlich das Gegenteil. Sie wollen mehr Büropersonal anfordern. Die Personalvertretung ist schon immer eine unmittelbare Tätigkeit des gewählten Personalrats. Sie bauen Bürokratie auf. Sie formalisieren und Sie erschweren damit die Arbeit an den Dienststellen. Das kann nicht unser Auftrag sein.

Die Einführung eines Wirtschaftsausschusses ist unnötig und ohne Mehrwert; ich kann zumindest keinen erkennen. Zumindest haben Sie mich heute nicht davon überzeugt. Haushaltspläne sind nämlich zugänglich und Jahresabschlüsse sind erhältlich. Viele Entscheidungen, vor allem strategischer Art, werden oft nicht auf örtlicher Ebene, sondern auf Ebene des zuständigen Ministeriums getroffen. Auch dies muss beachtet werden. Ein Wirtschaftsausschuss vor Ort bringt keinen Mehrwert. Wir werden im federführenden Ausschuss die Gelegenheit zur Beratung haben.

Außerdem haben sich die bestehenden Freistellungen von Personalratsmitgliedern bewährt. Sie gewährleisten eine konstruktive Zusammenarbeit. Das Bayerische Personalvertretungsgesetz enthält zudem nur Mindestfreistellungen. Dies bedeutet, dass die Freistellungen vor Ort flexibel nach oben angepasst werden können. Sie wissen das. Nach meinen Informationen wird davon auch Gebrauch gemacht, wenn Bedarf besteht, sei es bei Polizei oder im Kultusbereich. Jede zusätzliche Freistellung führt an den Dienststellen zu Kapazitätsverlusten. Am Ende des

Tages muss ja irgendjemand die eigentliche Arbeit machen. Vermutlich wollen Sie versteckt mehr Personal anfordern. Diese Auswirkungen müssen mit den kommunalen Dienstherren, Behörden und Verwaltungen abgestimmt sein. Im Übrigen wird das Bayerische Personalvertretungsgesetz, wo es sinnvoll ist, an die tatsächlichen, rechtlichen und technologischen Entwicklungen angepasst. Ich denke, das wissen Sie. Auch Fortbildungsmaßnahmen werden immer wieder berücksichtigt und sind möglich. Ich nenne nur ein paar Beispiele. Im Jahr 2013 wurden die Rechte, insbesondere die Informationsrechte, bei Auswahlentscheidungen und die Mitbestimmungsrechte des Personalrats bei Eingruppierungen erweitert. Dort ist eine hohe Mitwirkungsmöglichkeit gegeben. Im Rahmen unseres vorliegenden Gesetzentwurfs – das wissen Sie auch – wird das Schriftformerfordernis im Rahmen der Mitbestimmung und Mitwirkung abgeschafft, um Raum für neue Technologien und elektronische Arbeitsprozesse zu schaffen. Die Aufhebung der Altersgrenze bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen – das haben Sie heute nicht angesprochen – erfolgt bereits.

Zusammenfassend komme ich zu dem Ergebnis: Sie würden damit gravierend mehr Bürokratie aufbauen. Die Regelungen wären eine Abkehr von der bisherigen Praxis, die von der Zusammenarbeit und dem Miteinander geprägt ist. Für die Beamten sehe ich keine entscheidenden Verbesserungen. Folglich würde es zu mehr Personalbedarf kommen. Für die Beamten sind vor allem folgende Themen wichtig: modernes Dienstrecht, Bezahlung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In diesen Bereichen steht der Freistaat Bayern bundesweit an der Spitze, weil das unsere Prioritäten sind. Ich freue mich auf die Beratungen im federführenden Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Fackler. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD legt den Entwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes vor. Zunächst muss ich sagen, dass das Gesetz aus dem Jahre 1986 stammt. Deswegen ist es durchaus berechtigt und richtig, sich darüber Gedanken zu machen, wo man nach 30 Jahren nachsteuern und Verbesserungen anbringen kann. Man muss jedoch sehr sorgfältig prüfen, wo Korrekturbedarf besteht. Ich glaube, es ist unstrittig, dass das Zusammenspiel zwischen Dienstherren und Beamten in vielen Bereichen gut läuft. Wir können stolz darauf sein, dass wir gute Be-

amte in Bayern haben. Wir tun für unsere Beamten aber auch eine Menge. Beispielhaft nenne ich die Bezahlung für die bayerischen Beamten, die in vielen Bereichen höher als in anderen Bundesländern ausfällt. Deshalb ist Bayern auch ein attraktiver Arbeitgeber.

Man muss jedoch immer prüfen, wo man Verbesserungen vornehmen kann. Ich möchte drei Bereiche herausgreifen. Herr Kollege Fackler hat das Thema Bürokratie angesprochen. Ich würde das Thema noch etwas weiter fassen und von Effizienz sprechen. Wir müssen darauf achten, dass das Personalvertretungsrecht der Effizienzsteigerung oder der Aufrechterhaltung einer hohen Effizienz unserer Verwaltung dient. Herr Kollege Schuster, Sie haben darauf hingewiesen, dass Personalvertretungen Streitigkeiten im Vorfeld vermeiden können. Da die Reibungsverluste abnehmen, steigt die Effizienz. Das ist fraglos richtig. Auf der anderen Seite hat Herr Kollege Fackler auch recht, wenn er sagt: Je mehr Personal wir in Personalvertretungen binden, desto weniger Personal steht für die eigentlichen Aufgaben zur Verfügung. Das ist gegeneinander abzuwägen. Wenn wir im Gegenzug mehr Personal einstellen wollen, müssen wir beachten, dass wir nicht überall Personal bekommen. Deshalb habe ich bei der Regierungserklärung schmunzeln müssen, als der Ministerpräsident sagte, er würde hier 100 Stellen und dort 100 Stellen schaffen. Für die Staatlichen Bauämter haben wir zwar die Stellen im Haushalt geschaffen, wir konnten sie jedoch nicht besetzen, weil wir die Leute nicht bekommen haben. Das sollte man im Hinterkopf haben. Deshalb hat Herr Kollege Schuster völlig recht, wenn er sagt: Wir müssen den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber erhalten. Dazu gehört auch eine zeitgemäße Personalvertretung.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass Einigungsstellen das richtige Mittel sind. Diese Instanz würde ich unter zusätzlicher Bürokratie und Ineffizienz abspeichern. Ich bin aber sehr wohl der Meinung, dass wir den Bereich der Fortbildung verbessern müssen. Dort gibt es sicherlich Nachholbedarf. Ich glaube durchaus, dass eine gesetzliche Regelung sinnvoll ist. Man muss nicht auf die einzelne Behörde abstellen und im Einzelgespräch versuchen, etwas zu verbessern. Der strukturelle Ansatz gefällt mir an dem Gesetzentwurf durchaus gut.

Wir müssen uns sehr genau die Freistellungen ansehen. Vielleicht besteht in dem einen oder anderen Fall eine Schräglage. Möglicherweise ist eine etwas großzügigere Handhabung erforderlich. Die Arbeit von Personalräten wird manchmal ein wenig abschätzig beurteilt – ich meine, völlig zu Unrecht. Personalräte haben eine ganz wichtige Funktion für den Betriebs-

frieden und den Zusammenhalt innerhalb einer Behörde. Das ist die Basis für eine gute und effiziente Arbeit.

Jetzt komme ich wieder zur Effizienz und damit zum Anfang zurück. Auch wenn ich zusätzliche Organe wie Einigungsstellen kritisch sehe, ist ein gutes Miteinander zwischen Beschäftigten und Dienstherren wichtig. Dazu gehört ein guter Personalrat, der das Ganze zusammenhält. Deshalb ist es grundsätzlich richtig, eine Reform nach 30 Jahren anzustoßen. Dies müssen wir im Detail in den Ausschüssen diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch unstrittig, dass betriebliche Mitbestimmung in Form von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen eindeutig positive Effekte auf die Produktivität von Unternehmen, auf die Mitarbeiterzufriedenheit, auf die Personalfluktuationsrate, auf die Innovationskraft, auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sogar auf die Profitabilität von Unternehmen hat. Das wurde in zahlreichen Studien nachgewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich ist es nicht die Aufgabe öffentlicher Verwaltungen, Profite zu erwirtschaften. Aber alle anderen positiven Effekte von echter Mitbestimmung gelten auch für den öffentlichen Dienst. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt, bei der Aussprache zur Regierungserklärung, haben wir unsere unterschiedlichen und teilweise konträren Positionen und Auffassungen deutlich herausgearbeitet. In der Grundeinschätzung des öffentlichen Dienstes sind wir jedoch parteiübergreifend einig: Für einen funktionierenden Staat, den wir alle wollen und für den wir alle in das Parlament gewählt worden sind, brauchen wir eine effektive und gut aufgestellte Verwaltung. Bei den Vorrednern herrscht auch Einigkeit darüber, dass wir angesichts der Herausforderungen der Zukunft aufpassen müssen, dass der öffentliche Dienst weiterhin als attraktiver Arbeitgeber geschätzt wird. Es ist eine große Herausforderung, für den öffentlichen Dienst gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Besoldung der bayerischen Beamtinnen und Beamten und die Übernahme der Tarifabschlüsse gab es in den letzten Jahren in Bayern wirklich nichts zu bemängeln. Das neue Dienstrecht wurde 2016 von der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung mit dem Preis für gute Gesetzgebung geehrt. Aber wie schaut es mit der Mitbestimmung aus? – Da teile ich vollumfänglich die Einschätzung des Kollegen Schuster: Hier herrscht eindeutig Verbesserungsbedarf.

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz ist in seinem Kern mittlerweile 59 Jahre alt. Seit dem Inkrafttreten 1959 gab es zwar zahlreiche, aber meistens nur kleine und unbedeutende Veränderungen. Erst gestern ging es – es ist vom Kollegen Fackler erwähnt worden – im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes in der Aussprache über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung personalrechtlicher und weiterer dienstlicher Vorschriften auch um eine Anpassung des Personalvertretungsrechts. Ich will keinen Hehl daraus machen: Auch meine Fraktion, auch wir GRÜNE, haben diese Änderung mitgetragen, weil es im Wesentlichen nur redaktionelle Änderungen waren. Es gab zwar bei dem einen Punkt die Anpassung – Kollege Fackler hat es erwähnt –, dass das Höchstalter bei der Wahl von Jugend- und Auszubildendenvertretungen abgeschafft worden ist, aber bei der Stärkung der Mitbestimmung, also der Mitwirkungsmöglichkeiten der Personalvertretung, gibt es absolute Fehlanzeige. Vonseiten der CSU-Regierung sind hier keinerlei Verbesserungen bei dem Thema Schulungen der Personalräte und bei den Freistellungsregelungen vorgenommen worden.

Was Mitbestimmungsrechte anbelangt, hinkt der öffentliche Dienst in Bayern der freien Wirtschaft eindeutig hinterher. Da kann sich der Freistaat Bayern echt eine Scheibe vom Betriebsverfassungsgesetz abschneiden. Insofern zeigt der Gesetzentwurf der SPD den notwendigen Reformbedarf auf. Ich freue mich von daher schon auf die weitere Aussprache im federführenden Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wie schon angekündigt, rufen wir jetzt nicht den Tagesordnungspunkt 4 b auf, weil dieser verschoben

wurde, sondern gehen gleich weiter zum **Tagesordnungspunkt 4 d:**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
für ein Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-
Gesetz (Drs. 17/21573)
- Erste Lesung -**

Zu dem Gesetzentwurf haben sich sowohl Frau Staatsministerin Huml als auch Frau Staatsministerin Schreyer zu Wort gemeldet. Ich darf zunächst Frau Staatsministerin Huml das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir die Versorgung von Menschen in akuten psychischen Notlagen weiter verbessern und zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen beitragen. Wir regeln damit auch die öffentlich-rechtliche Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus neu. Meine Kollegin Kerstin Schreyer wird nachher noch einiges dazu erläutern.

Klar steht das Gesetz in einem gewissen Spannungsfeld. Das wissen wir auch. Es geht darum, dass wir den psychisch kranken Menschen möglichst gute Hilfe zukommen lassen. Wir haben an vielen Runden Tischen in vielen Arbeitssitzungen miteinander gesprochen, wie wir das weiterbringen wollen. Dieser Hilfedanke ist mir persönlich sehr wichtig. Deswegen haben wir zur Stärkung der Hilfen ein Maßnahmenbündel geschnürt, mit dem wir die Versorgung psychisch kranker Menschen in Bayern nachhaltig verbessern wollen.

Wir wollen auch die Prävention psychischer Erkrankungen ein Stück weit stärken. Wir werten die psychiatrische Selbsthilfe weiter auf; denn ihre Vertreterinnen und Vertreter werden künftig kraft Gesetzes an Entscheidungsprozessen der psychiatrischen Versorgungsplanung angemessen beteiligt werden. Es ist komplett neu, dass wir diejenigen, die in der Selbsthilfe tätig sind, bei Entscheidungsprozessen beteiligen, wenn es um Versorgungsplanung geht. Wir tun das, damit man sich einbringen kann und die Sorgen und Nöte der Betroffenen aufgenommen werden können. Das ist bisher nicht der Fall. Das wollen wir mit dem Gesetz voranbringen.

Wir führen erstmals eine regelmäßige Psychiatrieberichterstattung in Bayern ein. Das heißt, alle drei Jahre wird darüber berichtet werden, wie es in Bayern um die psychiatrische Versorgung, um die psychosomatische und psychotherapeutische Versorgung aussieht. Damit wollen wir uns daran messen lassen, dass etwas voranschreitet und dass man sehen kann,

dass wir mit der Versorgung für Menschen in diesem Bereich weiterkommen wollen.

Ich finde es ganz besonders wichtig, und das ist in meinen Augen ein Kernstück dieses Gesetzes und wohl die größte Neuerung dabei, wenn ich das so sagen darf, dass es einen flächendeckenden Ausbau von Krisendiensten für Menschen in akuten psychischen Notlagen geben wird. Bisher war es nur in manchen Landesteilen, nämlich im Bereich Oberbayern und im Bereich Nürnberg, möglich, in einer psychischen Notsituation Hilfe zu erfahren und jemanden anrufen zu können, weil eben über die Bezirke schon einiges organisiert war. Das wollen wir flächendeckend. Es ist in meinen Augen ein Kernstück dieses Gesetzes, dass es einen flächendeckenden Krisendienst geben wird. Wir wollen, dass in Krisensituationen für die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen über die Bezirke Hilfestellungen angeboten werden. Das ist in meinen Augen das ganz Wichtige an diesem Gesetz. Da sollten wir uns nicht verstecken, sondern sagen, dass es ganz wichtig ist und dass wir uns freuen, dass wir das mit den Bezirken in die Umsetzung bringen können, weil dann 24 Stunden am Tag angerufen werden kann.

Es ist auch daran gedacht, dass es eine aufsuchende Hilfe geben soll. Ähnlich wie bei einem Herzinfarkt, wenn man den Sanitäter oder Notarzt anruft, soll dann, wenn man in eine psychische Krisensituation kommt, Unterstützung geleistet und adäquat geholfen werden. In meinen Augen ist es ganz wichtig, dass wir diesen Krisendienst, der im Endausbau aus sieben Leitstellen bestehen wird, die rund um die Uhr erreichbar sind, einrichten. Da freue ich mich, dass die Kolleginnen und Kollegen zugestimmt haben, dass wir im Haushalt über die Bezirke 7,7 Millionen Euro für die Menschen in psychischen Notlagen ausgeben können. Die Krisendienste sollen mit mobilen Krisenteams ausgestattet werden, die auch aufsuchend tätig werden und sich vor Ort kümmern können.

Mir ist bewusst, dass dieses Gesetz noch eine breite Diskussion erfahren wird. Wir werden eine Expertenanhörung haben. Wir haben in diesem Bereich die Frage, wie man bei der Selbsthilfe die finanzielle Unterstützung noch weiter voranbringt. Da sind wir jederzeit gesprächsbereit, wenn in diesem Gesetz noch die eine oder andere Veränderung vorgenommen werden kann. Ich freue mich auf die breite Diskussion, die wir auch schon im Vorfeld der Gesetzgebungsarbeit, nämlich bei der Erstellung der Eckpunkte, so praktiziert haben. Es war uns immer ein Anliegen, dass wir möglichst viele einbinden. Das haben wir schon im Vorfeld getan. Ich denke, das ist ein kraftvoller Schritt, psychisch kranke Menschen in unserer Mitte besser aufzufangen, damit sie nicht gleich irgendwohin müs-

sen, sondern auch zu Hause die Chance haben, eine gute Versorgung zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Nunmehr bitte ich auch Frau Staatsministerin Schreyer ans Rednerpult. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten zweieinhalb Jahren haben meine Vorgängerin Emilia Müller und Melanie Huml in vielen Gesprächen versucht, ein gutes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz zu entwickeln. Die Kollegin Melanie Huml hat es zu Recht angesprochen: An der einen oder anderen Stelle müssen wir sicherlich überlegen, wie wir das optimieren können. Der Präventionsbereich wurde gerade dargestellt.

Ich komme jetzt zu dem etwas ungemütlicheren Teil, nämlich den Bereich, der eigentlich nur einen ganz kleinen Prozentsatz der Menschen betrifft, aber natürlich viel Sorge auslöst. Das ist die Neuregelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung. Es geht hier um eine geringe Anzahl von Menschen. Es geht nicht um alle Menschen mit psychiatrischer Diagnose. Es geht um einen kleinen Teil, für den wir, wenn eine Gefährdungssituation vorliegt, leider eine Neuregelung brauchen, weil das Bayerische Unterbringungsgesetz von 1992 ist und klar ist, dass wir es aktualisieren müssen. Bei Fixierungen oder einer Zwangsmedikamentierung brauchen wir immer, weil das ein erheblicher Grundrechtseingriff ist, eine klare Rechtssicherheit, und wir haben die Situation, dass die Rechtsprechung fortgeschritten ist. Insofern müssen wir dem ein Stück weit begegnen und überlegen, wie wir das gut aufs Gleis bringen können.

Es geht in diesem Fall um den kleinen Anteil, der diese Maßnahmen bekommt, und der dafür eine Regelung braucht. Diese Rechtssicherheit brauchen wir, damit der betroffene Mensch weiß, was wann mit ihm geschehen kann. Wir brauchen sie natürlich auch für die Angehörigen, und wir brauchen sie für die Fachkräfte, die dort jeden Tag ihren Mann oder ihre Frau stehen, damit Menschen in einer schwierigen Lebensphase entsprechend begleitet werden können. Außerdem ist klar: Die Richter werden weiterhin entscheiden, und es werden nicht mehr Menschen als bisher untergebracht. Das ist wichtig. Es geht um den kleinen Kreis der Menschen, für den wir Rechtssicherheit benötigen.

Bei der Frage "Schutz des Betroffenen", "Therapie" und "Schutz der Allgemeinheit" ist mir sehr wichtig: Es geht nicht um jeden Menschen, der eine psychiatri-

sche Diagnose hat. Der weit überwiegende Teil wird in dem Bereich, der in meinem Haus angesiedelt ist, nicht erfasst, sondern es geht um einen kleinen Teil, für den wir noch einmal nachjustieren und den rechtlichen Rahmen schaffen müssen.

Wichtig ist mir, dass wir das Gesetz heute eingebracht haben. Mir ist aber auch wichtig, dass wir im Dialog, im parlamentarischen Verfahren noch einmal prüfen, an welchen Schrauben wir drehen müssen, damit wir den Menschen trotz der rechtlichen Rahmenbedingungen, die wir nachsteuern müssen – dazu sind wir an der Stelle leider auch gezwungen –, noch stärker gerecht werden können. Insofern danke ich für Ihr Verständnis, dass wir das miteinander im Dialog machen; denn ich denke, dass wir für die Menschen, die eine psychiatrische Diagnose haben und auf dieser Grundlage eine Gefährdungssituation entwickeln, alle das Beste wollen. Der weit überwiegende Teil der Menschen, die eine psychiatrische Diagnose haben, ist nicht betroffen, aber wir müssen mit den Ängsten der Bevölkerung umgehen, was ist, wenn etwas passiert. Wenn wir aber versuchen, das alles entspannt und in Ruhe gut auf den Weg zu bringen, bin ich mir sicher, dass wir für die Betroffenen, für die Fachkräfte und für die Bevölkerung eine gute Lösung finden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Wir kommen jetzt zur Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Ich erteile das Wort der Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Der Tag, an dem der Gesetzentwurf für das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht wird, hätte ein großer Tag werden sollen und auch werden können. Dieses Gesetz hat, wie Sie richtig gesagt haben, Frau Ministerin, neben der Regulierung des Unterbringungsteils als solchem zwei große Ziele gehabt, nämlich zum einen die Versorgung psychisch kranker Menschen flächendeckend im Sinne der Hilfen zu verbessern und zum anderen die zivilrechtliche Unterbringung zu reduzieren.

Dieser Gesetzentwurf – das ist mir bei aller Kontroverse wichtig, heute zu sagen –, hatte eine beispiellose Entstehungsgeschichte. Der Bayerische Landtag hat dem Gesundheitsministerium federführend den Auftrag erteilt, im Rahmen eines Runden Tisches unter Beteiligung sämtlicher Beteiligter und Betroffener Eckpunkte zu erarbeiten. Das war ein extrem partizipati-

ver Prozess, der Sie auch stolz machen könnte, Frau Ministerin Huml; denn in den fünf Arbeitsgruppen hat das in langen Sitzungen mit schwierigen Debatten und bei unterschiedlichsten Vorstellungen zu diesem Thema dazu geführt, dass alle Beteiligten gute Kompromisse gefunden haben und alle aufeinander zugegangen sind. Ich sage Ihnen: Es ist nicht trivial, die Psychiatrie-Erfahrenen und die Klinikdirektoren dazu zu bringen, sich in allen Bereichen der Psychiatrie auf eine Kompromisslinie zu einigen. Das ist aber gelungen, und das war wirklich sehr, sehr gut.

Wir dachten, jetzt besteht nur noch die Aufgabe, diese Eckpunkte, die gut waren, zu einem guten Gesetz zusammenzuschreiben. Seit Bekanntwerden dieses ersten Arbeitsentwurfs herrscht allerdings – und, wie ich sage, zu Recht – jähes Entsetzen bei allen, die am Runden Tisch beteiligt waren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

– Bitte den Applaus am Schluss, ich habe eh so wenig Zeit. – Im Hilfe teil gibt es genau vier Artikel, im Unterbringungsteil sind es 35. Natürlich wollen wir alle den Krisendienst. Dafür bräuchten wir aber kein Gesetz; dafür würden die 7,7 Millionen Euro im Haushalt reichen. Selbst im Hilfe teil steht nicht die Sollvorschrift, dass die Polizei in psychiatrischen Krisen den Krisendienst mit dazu holen soll. Das ist eigentlich auch sehr viel weniger, als wir wollten.

Der große Konflikt liegt aber im Unterbringungsteil. Dabei handelt es sich nicht nur um die Tatsache, dass es 35 Artikel sind, sondern es ist auch der Duktus dieses Gesetzes, der ausschließlich auf Gefahrenabwehr ausgerichtet ist. Frau Ministerin Schreyer, ich weiß nicht, ob Sie Artikel 6 gelesen haben, in dem es darum geht, dass keine Gefahr für andere, keine Gefahr für Rechtsgüter anderer und keine Gefahr für die untergebrachte Person selbst entstehen soll. – Die untergebrachte Person, die nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz die Hilfe bekommen soll, steht noch hinter den Rechtsgütern anderer, und so ist der gesamte Tenor dieses Gesetzes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen, über die wir sprechen, sind kranke Menschen, und Sie haben recht: Nicht jeder psychisch Kranke wird untergebracht. Jeder psychisch Kranke hat aber Angst davor, irgendwann einmal untergebracht zu werden, und er hat noch mehr Angst davor, wenn er unter diesen Umständen untergebracht werden soll.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie schaffen mit diesem Gesetz eine Unterbringungsdatei, die – jedenfalls nach jetziger Vorstellung – unter anderem Namen, Adresse, Geburtsdatum und Diagnose enthalten soll und bei der die Daten fünf Jahre gespeichert werden sollen. Ich sage Ihnen: Es ist wurscht, ob Sie das fünf Jahre speichern oder fünf Stunden. In dem Moment, in dem das in einer Datei gespeichert ist, haben die Menschen Angst, stigmatisiert zu werden, und sie haben nicht nur Angst davor; denn sie werden stigmatisiert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kein Mensch in dieser Republik kommt auf die Idee, Diabetiker, Bluthochdruck-Patienten oder Blinddarmpooperierte in einer Datei zu erfassen, und auch unter diesen gibt es gefährliche Straftäter – übrigens deutlich mehr als unter den psychisch Kranken. Kein Mensch käme auf diese Idee.

Unerträglich ist auch, dass Sie zahlreiche Artikel wortgleich aus dem Maßregelvollzugsgesetz übernehmen, und es ist egal, ob der Grund dafür diese völlig bescheuerte Paragrafenbremse ist oder dieses Prinzip, vergleichbare Sachverhalte gleich zu regeln. Die Psychiatrie und der Maßregelvollzug sind keine gleichen Sachverhalte,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

und weil sie keine gleichen Sachverhalte sind, gehören sie unterschiedlich geregelt.

Mit den Kritikpunkten, die von den Experten und Expertinnen bisher schon geäußert wurden und die uns auch als Stellungnahme für die Ausschussanhörung am nächsten Dienstag vorliegen, könnte ich hier 20 Minuten füllen. Jetzt kann ich aber leider nicht mehr sagen; wir werden das im Ausschuss diskutieren.

Ich sage nur noch eines: Es kann jeden Menschen treffen. Sie alle haben wahrscheinlich dieses Beispiel von Herrn Dr. Kallert zur Wochenbettdepression gelesen. Eine junge Frau befindet sich nach der Entbindung in einer Ausnahmesituation und wird gegen ihren Mann tötlich, der sich nicht anders wehren kann, als die Polizei zu rufen. Sie wird untergebracht und endet dann in dieser Datei. Besprechen Sie das mit der Wissenschaftsministerin. Als Gynäkologin weiß sie, wie sich jemand fühlt, wie jemand stigmatisiert ist und welche Auswirkungen das auf die ganze Familie hat, wenn man die Menschen zusätzlich zu dieser schwierigen Diagnose noch mit solchen Knüppeln belastet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage es noch einmal: Sie alle – Sie, ich, wir, unsere Bekannten und unsere Freunde – können in so eine Ausnahmesituation kommen, und ich möchte nicht, dass dann so etwas passiert. Dieser Gesetzentwurf ist nicht nur kein Fortschritt, sondern er ist ein extremer Rückschritt in finstere Zeiten der Psychiatrie.

Die SPD steht nach wie vor für die Arbeit an Verbesserungen bereit. Eines kann ich Ihnen aber heute schon sagen: Es gibt zwei Conditiones sine quibus non – zum einen den ersatzlosen Wegfall der Unterbringungsdatei und zum anderen den Wegfall dieser Analogien zur Sicherungsverwahrung. Wir werden mit allen Beteiligten für ein gutes Gesetz kämpfen, aber diese Bedingungen müssen wir am Anfang stellen, weil ohne sie aus diesem vorgelegten Entwurf kein gutes Gesetz werden kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Sonnenholzner. – Nächster Redner ist Herr Kollege Seidenath. Bitte schön, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die Erste Lesung des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Vor vier Jahren, beim Start in diese Legislaturperiode, war dieses Gesetz eines der wichtigsten gesetzgeberischen Vorhaben. Das ist es bis heute. Unser Ziel war es, und das ist es auch weiterhin, die Hilfen für psychisch kranke Menschen in einem Gesetz zu kodifizieren. Wir wollten und wir wollen Hilfen aus einem Guss. Wir wollten und wir wollen dafür ein eigenes, ein eigenständiges Gesetz; denn psychische Erkrankungen sind in den letzten Jahren zu Recht mehr und mehr in den Fokus gerückt. Sie sind aus einer Tabu-Ecke herausgeholt worden. Das sehen Sie beispielsweise daran, dass die Vorbeugung vor psychischen Erkrankungen eine wichtige Säule sowohl des Präventionsgesetzes auf Bundesebene als auch des Präventionsplans des Freistaates Bayern ist. Wie auch dem Präventionsgesetz eine jahrelange Vorbereitung vorausgegangen ist, war das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ein jahrelanges Ziel, auf das wir Gesundheitspolitiker hingearbeitet haben. Ich bin deshalb zunächst einmal froh, dass wir uns nun im parlamentarischen Verfahren befinden und die Staatsregierung diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Wir können die so wichtigen Hilfen für psychisch Kranke also noch in dieser Legislaturperiode beschließen. Das Gesetz soll nämlich Mitte dieses Jahres 2018 in Kraft treten. Das geht in der aktuellen Diskussion leider unter.

Das Gesetz setzt mit seinen Hilfen für psychisch Kranke einen Meilenstein in der bayerischen Gesundheitspolitik. Liebe Frau Sonnenholzner, heute ist in der Tat ein großer Tag, weil wir dieses Gesetz in der Ersten Lesung in den Landtag einbringen und diskutieren können. Erst das konstruktive Zusammenwirken und die Einigung von Staat und Bezirken hat das möglich gemacht. Sie haben den gordischen Knoten durchschlagen. Ich bin deshalb den Bezirken und namentlich dem Präsidenten des Bayerischen Bezirkstages Josef Mederer und seinem Team für die Offenheit überaus dankbar.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Die Stellungnahme des Bezirkstages haben Sie schon gelesen?)

Ohne die Verhandlungspartner auf der anderen Seite, ohne unsere Gesundheitsministerin Melanie Huml und ohne den zuständigen Referatsleiter Dr. Georg Walzel, der hier auch namentlich erwähnt gehört, weil er enorm viel Herzblut in diesen Gesetzentwurf gelegt hat, wäre der Gesetzentwurf nicht zustande gekommen. An dieser Stelle möchte ich deshalb auch den involvierten Beamtinnen und Beamten der Staatsregierung, aber insbesondere denen des Gesundheitsministeriums ein herzliches Dankeschön sagen.

Wegweisend und insgesamt beispielgebend für ein modernes Gesetzgebungsverfahren war auch die lange und intensive Vorbereitung des Gesetzes unter Einbeziehung aller Akteure, insbesondere auch der Betroffenen und der Psychiatrieerfahrenen. Das hat Maßstäbe gesetzt. Meine Vorrednerinnen sind darauf eingegangen. Wir haben uns zu mehreren Runden Tischen getroffen, um zunächst die Eckpunkte des Gesetzes zu erarbeiten, ehe sich die Ministerien daran gemacht haben, diese Punkte auszufüllen und auszuformulieren.

Ich möchte noch einmal betonen: Ziel dieses Gesetzes ist es, die Prävention von psychischen Krisen zu stärken und Menschen in psychischen Krisen noch stärker als bislang wirksam zu unterstützen. Auch sollten Unterbringungen und Zwangsmaßnahmen so weit wie irgend möglich vermieden werden. Das sind gute, hehre und wichtige Ziele dieses Gesetzes. Ich bedauere es sehr, dass die aktuelle öffentliche Diskussion von diesen guten und wichtigen Neuerungen etwas ablenkt. Die Diskussion über den Unterbringungsteil überlagert derzeit vieles. Mit diesem Teil des Gesetzes, dem Unterbringungsteil, werden wir uns am kommenden Dienstag noch in der Landtagsanhörung befassen. Beim vorliegenden Entwurf wird es im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens sicher noch Änderungen geben. So viel kann man jetzt schon sagen.

Umso mehr möchte ich Ihr Augenmerk heute auf den Teil betreffend die Hilfen für psychisch Kranke lenken. Das ist wesensprägend für dieses Gesetz; denn es heißt Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Das Gesetz bringt ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit denen die psychiatrische, die psychotherapeutische, die psychosomatische und auch die psychosoziale Versorgung in Bayern nachhaltig gestärkt werden. Zentraler Baustein hierbei ist die landesweite Einführung von Krisendiensten. Mit den Krisendiensten für Menschen in akuten psychischen Krisen wird eine lange bestehende Versorgungslücke endlich geschlossen. Während die überwiegend auf somatische Notfälle spezialisierten Rettungsdienste – Frau Staatsministerin Huml hat das dargestellt – seit Jahrzehnten rund um die Uhr im Notfall verfügbar sind, konnten Menschen mit akuten psychischen Krisen bisher nur in wenigen Regionen Bayerns auf spezialisierte Dienste zurückgreifen. Die Krisendienste werden von den Bezirken aufgebaut und betrieben. Der Freistaat gibt hierfür 7,7 Millionen Euro pro Jahr aus. Das ist ehrenwert und wichtig. Sie sollen Hilfebedürftige und auch die Angehörigen akut psychisch gestörter Menschen beraten, frühzeitig auffangen und, soweit erforderlich, freiwillige weitere Versorgungsangebote vermitteln. Dadurch sollen auch stationäre psychiatrische Einweisungen, insbesondere sogenannte Zwangseinweisungen, auf das absolute Mindestmaß verringert werden.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Stärkung der organisierten psychiatrischen Selbsthilfe der Psychiatrieerfahrenen und der Angehörigen psychisch Kranker. Sie werden künftig in angemessener Weise an allen Planungen zur Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen sowie bei der Weiterentwicklung der Therapiekonzepte beteiligt.

Erstmals wird es eine Psychiatrieberichterstattung geben. Alle drei Jahre werden die für die Versorgung relevanten Daten erfasst und ausgewertet. Sie bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung der Versorgung. Damit leistet das Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen. Ihre Rechtsstellung, ihre Teilhabe an der Gesellschaft und ihre selbstständige Lebensführung werden gestärkt. Daneben sieht das Gesetz die Neuregelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung vor.

Insgesamt wird das Gesetz einen sachgerechten Ausgleich zwischen den Belangen psychisch kranker Menschen und den Interessen des Staates herstellen, der die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen hat. Es geht also um Gefahrenabwehr, gleichrangig geht es aber um die Heilung der psychisch Kranken. Damit soll ein leichter zu handhabender Einsatz und ein Ersatz für die zivilrechtliche Betreuung gefunden wer-

den. Sie war für die Betroffenen nämlich oftmals viel einschneidender, weil sie die Betreuung nicht mehr losgeworden sind.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Aber der Eintrag in die Kartei soll gut sein?)

Deshalb war es von vornherein ein Ziel, das Recht der öffentlichen Unterbringung praktikabler zu machen, damit dieses für die Betroffenen weniger einschneidende Folgen hat. Auch das ist eine echte Hilfe für psychisch Kranke.

Ich fasse zusammen: Das neue BayPsychKHG soll die psychiatrische, psychotherapeutische, psychosoziale und psychosomatische Versorgung in Bayern weiter stärken und die öffentlich-rechtliche Unterbringung von Menschen mit psychischen Störungen auf verfassungsrechtlich sichere Füße stellen. Es ist ein Gesetz, das seinen Namen zu Recht trägt: Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Seidenath. Bitte bleiben Sie noch. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Seidenath, Sie waren dabei, als der Landtag den Beschluss für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz gefasst hat. Sie wissen, was wir beabsichtigt haben, nämlich ein echtes Hilfegesetz. Umso mehr erstaunt mich Ihre – ich sage es einmal so – schönfärberische Beurteilung des Gesetzes, das uns hier zur Ersten Lesung vorliegt. Ich möchte dazu zwei konkrete Fragen stellen:

Erstens. Wenn es um Hilfe für psychisch kranke Menschen geht, wie kann es dann sein, dass die Daten in der Unterbringungsdatei unter anderem dafür vorgesehen sind, sie dem Bewährungshelfer zu geben? Wir reden hier über kranke Menschen, nicht über Straftäter. Wenn die CSU-Staatsregierung hier eine saubere Unterscheidung machen wollte, dann dürfte sie solche Artikel nicht in das Gesetz schreiben.

Die zweite Frage, die ich Ihnen stellen möchte, betrifft das Problem, wie unbescholtene Bürger in den Sicherheitswahn der CSU-Staatsregierung kommen können. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel geben: Nehmen wir an, Sie haben einen zuckerkranken Menschen, der aufgrund eines Zuckerschocks auffälliges Verhalten zeigt. Die Umgebung weiß sich nicht zu helfen und lässt ihn einliefern. Dort wird dann festgestellt, dass er aufgrund der Zuckererkrankung einen Schock hatte, eine Ausfallerscheinung. Er wird danach inner-

halb weniger Stunden oder Tage entlassen. Nach diesem Vorfall ist er aber registriert, mit allen Daten. Wozu das denn?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bernhard Seidenath (CSU): Werte Frau Kollegin Celina, ich bin doch nicht schönfärberisch, nur weil ich nicht in Ihre laute Kritik an diesem Gesetzentwurf einstimme. Ich weise vielmehr darauf hin, welche guten, wichtigen und vorteilhaften Ziele er verfolgt und umsetzen will.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass Sie es waren, die mit Ihrer Fraktion aus der Reihe getanzelt sind, indem Sie unser wichtiges Ziel, diesen Gesetzentwurf gemeinsam zu erarbeiten, konterkariert haben, indem Sie einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt haben.

Die Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, betreffen Dinge, die wir in der kommenden Woche in der Anhörung erörtern werden. Im Übrigen möchte ich nochmal darauf hinweisen, was ich eben in meiner Rede schon gesagt habe, dass wir sicherlich auch zu Änderungen in dem einen oder anderen Fall kommen werden. Ich denke gerade an das Thema Datenspeicherung. Das werden wir in der Anhörung auch noch beraten.

Im Übrigen werden Sie die Fragen, die Sie eben gestellt haben, sicherlich noch an anderer Stelle vorbringen, dafür schon jetzt vielen Dank. Aber, wie gesagt, schönfärberisch ist das nicht. Es ist berechtigt, diesen Gesetzentwurf zu loben; denn er ist ein Meilenstein für die gesundheitliche Versorgung der psychisch kranken Menschen in unserem Lande. Es ist dies ein großer Tag für die Menschen in unserem Lande, die psychisch krank sind. Wir kodifizieren nun erstmals die Hilfen in einem Guss in diesem Gesetzentwurf. Das hätte Ihren Beifall verdient.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Seidenath. – Nächster Redner ist Kollege Dr. Vetter. Bitte sehr.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz heißt es eigentlich. Es war für mich aber symptomatisch – Herr Seidenath, Sie haben es vielleicht nicht so sagen wollen –, dass Sie sagten, dieses Gesetz diene der Gefahrenabwehr und gleichrangig der Hilfe. Daran erkennt man, welche Prioritäten in diesem Gesetzentwurf von der Denke her enthalten sind. Wenn Sie nun die Bezirke als Kronzeugen dafür he-

ranziehen, was für einen guten Entwurf Sie vorgelegt hätten, stimmt das einfach nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben alle vor zwei, drei Tagen noch von Herrn Mederer, der diese Sache federführend bearbeitet, diesen Brief erhalten, indem er eine vernichtende Kritik an diesem Gesetzentwurf übt. Das, was Sie jetzt hier gesagt haben, Herr Seidenath, stimmt einfach nicht.

Kolleginnen und Kollegen, es hat lange gedauert. Die Einbeziehung der Verbände hat eine lange Zeitspanne in Anspruch genommen. Das war vorbildlich, Frau Ministerin. Alle Beteiligten waren beim Runden Tisch dabei. Sie haben sich mit großem Einsatz und mit viel Engagement in den einzelnen Arbeitsgruppen eingebracht und konstruktive Vorschläge und Ergebnisse erarbeitet. Umso erschreckender ist es nun, dass sich so wenige Vorschläge der Experten und Betroffenen im Gesetzentwurf wiederfinden.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Eigentlich keine!)

– Ja, eigentlich fast keiner. Man muss sich fragen, ob das Ziel eines modernen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes – es ist kein Unterbringungsgesetz, sondern es ist ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – überhaupt erfüllt wird, wenn statt Hilfe – ich habe es schon gesagt – strikte Gefahr im Vordergrund steht und Menschen in psychischen Krisen immer wieder mit psychisch kranken Straftätern in einen Topf geworfen werden. So geht das gar nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin Huml, ich kenne Sie: das ist sicherlich nicht Ihr Gesetzentwurf. Mich würde schon interessieren, wie die Abläufe innerhalb der CSU und der Staatsregierung vor sich gehen. Wer hat hier eingegriffen? Hat Herr Herrmann eingegriffen oder sogar Herr Söder? Wer war das? Vielleicht könnten wir das einmal unter vier Augen besprechen. Ihr Gesetzentwurf ist das sicherlich nicht.

Wir FREIE WÄHLER haben folgende Erwartungen an ein modernes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz: Im Vordergrund muss in der heutigen Zeit immer noch die Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen stehen.

Frau Schreyer, Sie haben gesagt, Sie wollten nicht mehr Einweisungen. Wissen Sie eigentlich, wie viele Einweisungen wir in Bayern haben? Es sind 61.000 im Jahr. Das sind 2,5-mal so viele wie in Baden-Württemberg, und es sind 13.500 Einweisungen mehr als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Und da sagen

Sie, der Gesetzentwurf diene dazu, nicht mehr Einweisungen zu bekommen. Wir wollen weniger Einweisungen in unsere psychiatrischen Kliniken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwangsbearbeitungen sind nur die Ultima Ratio; darin sind wir uns einig. Außerdem brauchen wir rechtsverbindliche Regelungen zur Kontrolle und zur Sicherung der Rechte der Betroffenen.

Dieser Gesetzentwurf kann nur an einer einzigen Stelle den Anforderungen gerecht werden, nämlich der Schaffung und Finanzierung eines flächendeckenden Krisendienstes an 24 Stunden an sieben Tagen der Woche. Einverstanden! In allen anderen Bereichen weist der Gesetzentwurf deutliche Defizite auf. Die Hilfeangebote, also Leistungen, die den Menschen in einer psychischen Krise befähigen sollen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben, muss man regelrecht suchen.

Noch einmal: Mit der geplanten Unterbringungsdatei werden zahlreiche personenbezogene Daten, auch hochsensibel wie Diagnosen, zentral für fünf Jahre gespeichert. Strafvollstreckungsbehörden, Sicherheitsbehörden, Verwaltungsbehörden sowie die Justiz sollen darauf Zugriff haben. Das ist völlig überzogen und leistet einer Stigmatisierung unserer psychisch Kranken deutlich Vorschub. Dieses Gesetz darf nicht in Kraft treten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, leider habe ich nicht die Zeit, das Gesetz noch näher zu beleuchten. Wir fordern – das können wir im Ausschuss machen – ein Melderegister für Zwangsmaßnahmen in anonymisierter Form; damit kann eine ausreichende Transparenz und eine effektive Kontrolle über die in Bayern durchgeführten Zwangsmaßnahmen erreicht werden. Diese Forderung werden wir einbringen.

Für die FREIEN WÄHLER hoffe ich jedenfalls – dafür werde ich mich einsetzen –, dass es uns doch noch gelingt – entsprechende Signale sind heute ausgesandt worden –, diesen Gesetzentwurf in ein modernes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz umzuwandeln, das Hilfe für Menschen in Krisen anbietet und deren Rechte effektiv schützt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Herr Dr. Vetter. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Wenn jemand krank ist, dann helfe ich" – ein Satz, den wohl jeder unterschreiben würde, bis auf die CSU. Anders kann ich mir deren Vorschlag für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz nicht erklären. Und wenn Sie diesen Gesetzentwurf weiter so vor sich hertragen, sollten Sie ihn in "Psychisch-Kranken-Hilfe-Verweigerungsgesetz" umbenennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn jemand krank ist, ist er oder sie krank, und dann verdient er oder sie eine ordentliche Behandlung. Und da ist es egal, ob es sich um einen Herzinfarkt handelt, um eine Grippe oder um eine seelische Krankheit. Wir, die wir alle hier in diesem Raum sitzen, kennen sicherlich mindestens eine Person im Freundes- oder Verwandtenkreis, die schon einmal psychisch krank war oder ist. Für einige von uns hier gilt das ebenfalls. Das ist total normal; denn nicht weniger als ein Drittel aller Menschen wird im Laufe ihres Lebens psychisch krank, und diese Menschen können auch in Ausnahmesituationen kommen. Ich finde, im Jahr 2018 ist es endlich an der Zeit, dass die Vorurteile, die Stigmatisierung und das Schämen dafür aufhören müssen; denn auch seelische Krankheiten gehören zum Leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber anstatt den seelisch kranken Menschen zu helfen, stigmatisiert die CSU sie mit diesem Gesetzentwurf. Anstatt die Heilung der Krankheit in den Vordergrund zu stellen, geht es der CSU primär um die Gefahrenabwehr, und anstatt psychisch kranke Menschen zu unterstützen, rückt die CSU sie in die Nähe von Straftätern.

Die Kolleginnen und Kollegen haben es vorhin schon gesagt: Vier Paragraphen in dem Gesetzentwurf enthalten Aussagen über Hilfe für die Patientinnen und Patienten, und 35 Paragraphen gibt es mit Aussagen über ihre Unterbringung zum Zwecke der Gefahrenabwehr. Das allein spricht Bände.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seidenath, da kann ich Sie jetzt nicht verstehen, dass Sie sich darüber betroffen zeigen, dass die Öffentlichkeit nicht über die paar positiven Errenschaften spricht. Wenn der Hinweis auf 35 Paragraphen nicht hilft, bin ich heilfroh, dass die Bevölkerung so laut und stürmisch ist und klar formuliert, dass das, was Sie hier vorgelegt haben, so nicht verabschiedet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben aus dem Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz abgeschrieben, einem Gesetz, in dem es um verurteilte psychisch kranke Straftäter geht, und Sie wollen jetzt diese Maßnahmen für Menschen hernehmen, die sich in einer seelischen Krise befinden und unschuldig sind. Das finde ich, ehrlich gesagt, schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Aufgabe hier im Parlament ist es doch, den Willen, die Selbstbestimmtheit und die Unversehrtheit der Patientinnen und Patienten mit einem solchen Gesetz zu schützen. Das, was Sie vorgelegt haben, entspricht weder dem aktuellen Stand der Wissenschaft noch der Medizin noch den Ergebnissen des Runden Tisches seit 2014. Was Sie fabriziert haben, ist in meinen Augen ein zivilisatorischer Rückschritt. Die Psychiatrie ist da schon weiter, und die Gesellschaft ist schon weiter. Nur Sie als CSU verharren in diesem Punkt in der Vergangenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Menschen, die eine seelische Krankheit haben und trotz Angst vor Stigmatisierung Hilfe in Anspruch nehmen, gehören auf eine Liste starker Persönlichkeiten und nicht in eine zentrale Unterbringungsdatei. Wer wird denn in einer Notsituation noch vertrauensvoll professionelle Hilfe suchen, wenn klar ist, er wird als psychisch Kranker registriert und stigmatisiert? Da macht es auch gar keinen Unterschied, ob die Daten nur ein Jahr oder fünf Jahre gespeichert werden. Damit lassen Sie alle kranken Menschen in ihrer Not und Verzweiflung alleine. Deswegen ist für uns GRÜNE klar: Wir brauchen anonymisierte Register mit Informationen zu Zwangsmaßnahmen und Zwangsbehandlungen und keinen CSU-Überwachungswahn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber auch das Positive an dem Gesetzentwurf erwähnen: Endlich gibt es landesweite Krisendienste. Aber auch da gilt, dass die Lorbeeren nicht der CSU, sondern den bayerischen Bezirken gebühren. Ohne deren Druck wäre nichts vorangegangen. Dafür möchten wir heute auch vielen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend kann man eigentlich nur feststellen: Von der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes bis hin zu diesem Gesetzentwurf sieht man sehr deutlich, was Sie für ein Menschenbild haben. Sie haben kein Interesse an Freiheit, an Selbstbestimmung und an Bürgerrechten. Sie zeigen mit diesen

Gesetzen Ihr wahres Gesicht, und das ist, finde ich, ehrlich gesagt, kein schöner Anblick.

Deswegen muss das Gesetz in dieser Form weg. Wir GRÜNE haben 2014 schon vor den Runden Tischen den ersten Gesetzentwurf vorgelegt und waren sehr froh, dass es endlich losging und man gemeinsam beraten hat. Umso entsetzter sind wir zusammen mit den vielen Initiativen und mit den Verbänden über das, was am Ende herausgekommen ist.

Mich würde auch sehr interessieren, wie die Staatsregierung intern vorgeht. Die beiden Ministerinnen haben das Positive nach vorne gesetzt. Auf der anderen Seite stehen im Gesetzentwurf richtige Hämmer. Irgendwo muss das doch untereinander abgestimmt worden sein. Es hat auf jeden Fall nichts mit dem zu tun, was am Runden Tisch beschlossen wurde. Deswegen sagen wir GRÜNE ganz klar: Das Gesetz muss in dieser Form weg, und wir werden dafür alles tun, was nötig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schulze. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Kurz und knapp zusammengefasst: Es gab jahrelang Anhörungen, und am Ende ist die gesamte Expertise inklusive der Expertise der eigenen Partei, der CSU, vom Tisch gewischt worden.

Die Unterbringungsdatei ist zu streichen, oder zumindest sind die Zugriffsmöglichkeiten durch andere Behörden einzuschränken. Die generellen Benachrichtigungspflichten der Klinik an die Polizei bei Erwachsenen sind zu streichen oder zumindest zu beschränken. Das ist, etwas gekürzt, aus der Anhörungsstellungnahme des Bayerischen Bezirkstags zitiert. Das ist ziemlich deutlich und ziemlich klar formuliert.

Das Gesetz atmet den Geist einer repressiven Haltung gegenüber psychisch Erkrankten, die als Sicherheitsrisiko und nicht als Menschen gesehen werden, die Hilfe benötigen. Das heißt, psychisch kranke Straftäter werden psychisch Kranken gleichgestellt. Es ist ein Sicherheitsgesetz und kein Hilfesgesetz. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies im Sinne der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes ist, die auch Freiheitsrechte lieben. Außerdem verstößt

es sicherlich auch gegen die Konvention der Vereinten Nationen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Suizidrate bei bestimmten psychischen Erkrankungen ist jetzt bereits sehr hoch, und zwar einfach deswegen, weil es viel zu wenig Therapieplätze und viel zu lange Wartezeiten gibt. Wenn sich jetzt Patienten und Patientinnen aus Sorge darum, dass ihre absolut sensiblen Krankheitsdaten für Jahre gespeichert werden, nicht an die Hilfe wenden, die sie bräuchten, kann dieses Gesetz sogar tödlich wirken. Ich bin sicher und hoffe, dass es noch verändert wird, diesmal hoffentlich auch ganz schnell mit Hilfe vonseiten der CSU.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Sie wissen, wir haben als Sitzungsende 19.00 Uhr fest vereinbart. Aufgrund dieser Tatsache sind die Fraktionen, zum Teil schweren Herzens, übereingekommen, den nächsten Gesetzentwurf noch aufzurufen, ihn aber ohne Aussprache in den Ausschuss zu verweisen.

Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 4 c** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 17/21586) - Erste Lesung -

Es erfolgt keine Aussprache. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Kolleginnen und Kollegen, die noch offenen Tagesordnungspunkte werden verschoben. Damit kann ich jetzt sogar ein paar Minuten vor der Zeit die Sitzung beenden.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.56 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u. a. SPD
 Integration von Flüchtlingen an bayerischen Hochschulen / Forderungen von Hochschule Bayern e.V. umsetzen
 Drs. 17/11819, 17/21318 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Norbert Dünkel, Ingrid Heckner u. a. CSU
 Modellprojekte für Schulstarthelfer starten!
 Drs. 17/18714, 17/21532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitales Renteninformationssystem einführen –
Rentenansprüche transparenter machen!
Drs. 17/18869, 17/21307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Alleinerziehende und ihre Kinder finanziell entlasten –
Armutsrisiko nicht weiter verschärfen
Drs. 17/19240, 17/21310 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Armut von Alleinerziehenden und Kindern bekämpfen
Drs. 17/19259, 17/21311 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bayern –
Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen
Drs. 17/19267, 17/21534 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung eines neuen Fachs „Digitalkunde“
Drs. 17/20360, 17/21507 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter I
Digitale Bildung im Lehramtsstudium stärken
Drs. 17/20488, 17/21509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter II
Didaktik der Informatik im Grund- und Mittelschulbereich ausbauen
Drs. 17/20489, 17/21496 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter III
Lehrkräfte für das Fach Informatik qualifizieren
Drs. 17/20490, 17/21497 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter IV
Flächenwirksame Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte initiieren
Drs. 17/20491, 17/21498 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter V
Stärkung des digitalisierten Unterrichts
Drs. 17/20492, 17/21499 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter VI
IT-Standards an Schulen
Drs. 17/20493, 17/21500 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter VII
Rahmenbedingungen für BYOD sicherstellen
Drs. 17/20494, 17/21501 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter VIII
IT-Systembetreuer an Schulen stärken
Drs. 17/20495, 17/21502 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. CSU
Lernen und Lehren an bayerischen Schulen im digitalen Zeitalter IX
IT-Ausstattung von Seminarschulen
Drs. 17/20496, 17/21503 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll u. a. SPD
Digitales Bildungsland Bayern I – Gesamtkonzept erarbeiten
Drs. 17/20697, 17/21504 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll u. a. SPD
Digitales Bildungsland Bayern II – Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern
Drs. 17/20698, 17/21505 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl, Martin Güll u. a. SPD
Digitales Bildungsland Bayern III –
Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte sicherstellen
Drs. 17/20699, 17/21506 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fluglärm in Ansbach endlich reduzieren
Drs. 17/20533, 17/21284 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Auswirkungen der Liberalisierung des Zuckermarkts
auf den bayerischen Rübenanbau
Drs. 17/20534, 17/21525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Modellversuch freier Eintritt in staatliche Museen
Drs. 17/20537, 17/21322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haltungsbedingungen für Junghennen verbessern
Drs. 17/20541, 17/21285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u. a. und Fraktion (SPD)
Riedberger Horn: Leben und Sicherheit ist wichtiger als Profit –
geologische Gefahren ernst nehmen!
Drs. 17/20584, 17/21286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen entlasten – zentrale Datenschutzbeauftragte bei den Landkreisen
Drs. 17/20585, 17/21536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Urteil des Verwaltungsgerichts München umsetzen –
Recht auf Bildung für alle Kinder gewährleisten!
Drs. 17/20586, 17/21667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD)
 Regelbeschulung von Schulpflichtigen in Aufnahmeeinrichtungen –
 Konsequenzen aus den Beschlüssen des Verwaltungsgerichts München vom
 08.01.2018 zur Beschulung von Kindern aus dem Bayerischen Transitzentrum
 Manching/Ingolstadt
 Drs. 17/20588, 17/21670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Aktiver Klimaschutz: Moorrenaturierung mit Photovoltaik
 Drs. 17/20612, 17/21287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

29. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
 Zusammenarbeit von Krankenhäusern vereinfachen
 Drs. 17/20621, 17/21554 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
 Stand des Breitbandausbaus im Auge behalten
 Drs. 17/20702, 17/21555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u. a. SPD
Gleichwertigkeit zwischen beruflicher Bildung und Studium forcieren
Drs. 17/20704, 17/21556 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u. a. SPD
5G-Netzausbau forcieren - Grundlagen schaffen
Drs. 17/20706, 17/21557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Angelika Schorer,
Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Fischotter-Managementplan aktualisieren
Drs. 17/20775, 17/21526 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige Flüchtlingsberatung in Aufnahmeeinrichtungen erlauben –
oberbayerischen Sonderweg beenden
Drs. 17/20795, 17/21535 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausweisung des Ökolandbaus bei Agrarstatistiken
Drs. 17/20834, 17/21527 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die geplante Änderung der Ausgleichszulage
im Rahmen der Agrarförderung in Bayern
Drs. 17/20837, 17/21528 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Unabhängige Asylverfahrensberatung in den Aufnahmeeinrichtungen
durch NGOs sicherstellen!
Drs. 17/20841, 17/21537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u. a. SPD
Anhörung zu mehr Transparenz an bayerischen Hochschulen
Drs. 17/21150, 17/21323 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Mitteilung

Umbesetzungen im Ältestenrat, in der Richter-Wahl-Kommission und den Ausschüssen

Aufgrund der Berufung in das neue Kabinett wurden von der CSU-Fraktion die nachstehenden Umbesetzungen mitgeteilt, die hiermit gemäß § 26 Abs. 2 bekannt gemacht werden:

Ältestenrat:

Herr **Tobias Reiß** anstelle von Herrn Josef Zellmeier
Herr **Dr. Otmar Bernhard** neues stellvertretendes Mitglied

Richter-Wahl-Kommission:

Herr **Tobias Reiß** anstelle von Herrn Josef Zellmeier
Herr **Reinhold Bocklet** anstelle von Herrn Dr. Florian Herrmann
als stellvertretendes Mitglied:
Herr **Bernd Kränzle** anstelle von Herrn Dr. Hans Reichhart

Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen:

Herr **Tobias Reiß** anstelle von Frau Mechthilde Wittmann
Herr **Helmut Brunner** anstelle von Herrn Josef Zellmeier

Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport:

Frau **Dr. Beate Merk** anstelle von Herrn Dr. Florian Herrmann
Frau **Ulrike Scharf** anstelle von Herrn Dr. Hans Reichhart

Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familie und Integration:

Herr **Wolfgang Fackler** anstelle von Frau Michaela Kaniber
Frau **Ulrike Scharf** anstelle von Herrn Dr. Hans Reichhart
Frau **Mechthilde Wittmann** anstelle von Frau Kerstin Schreyer

Ausschuss für Wissenschaft und Kunst:

Frau **Dr. Ute Eiling-Hütig** anstelle von Frau Michaela Kaniber

Ausschuss für Bildung und Kultus:

Frau **Dr. Beate Merk** anstelle von Frau Carolina Trautner

Ausschuss für Gesundheit und Pflege:

Frau **Gudrun Brendel-Fischer** anstelle von Frau Carolina Trautner

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen:

Herr **Johannes Hintersberger** anstelle von Herrn Wolfgang Fackler